

A-4954.

„Baltische Monatshefte“

48

53346/718

Baltische Monatshefte



Heft 7/8

Juli/August 1939

Verlag der Aktien-Gesellschaft „Ernst Plates“, Riga

Bezugsbedingungen:

Für Lettland: vierteljährlich Ls 3,80; Einzelheft Ls 1,40;
für Estland: vierteljährlich EKr. 3,80; Einzelheft EKr. 1,40;
für Deutschland und andere Länder: vierteljährlich
RM. 2,40; Einzelheft RM. 1,—

Manuskripte sind an die Adresse der Akt.-Ges. „Ernst Plates“, Riga,
M. Monētu ielā 18, zu schicken. Rücksendung von unverlangt eingesandten
Manuskripten erfolgt nur, wenn das Rückporto beigefügt ist.

Verlag der A.G. „Ernst Plates“, Riga, M. Monētu ielā 18

Postcheck-konto 1983

Inhalt:

	Seite
Blick in die Gegenwart	377
Karl-Heinz Pfeffer: Das Weltreich der Engländer	381
Otto Digel: Deutsche Kolonialpioniere und königliche Kaufleute	391
Paul Kohrbach: Deutsche Leistungen in Osteuropa	405
Karl Hermann Theil: Die Donauschwaben	413
—b.: Volksgeschichtliche Kezereien	418
Walter Linden: Der volksdeutsche Anteil an der deutschen Gegen- wartsdichtung	426
Erwin Hölzle: Die Weltkriegswende im Osten	432
Schwedische Kulturpropaganda in Estland	444
Jürgen von Hehn: Friedrich von Meyendorff	453
Politische Chronik:	
Lettland	459
Estland	469
Wissenschaftliche Umschau	472
Deutsche Forschung im baltischen Raum / Die Estländische Ritterschaft / Carl- Merkel / Die Pastoren Oels seit der Reformation / Der Wandertweg der Rußlanddeutschen / Hans Quednau, „Livland im politischen Wollen Herzog Albrechts von Preußen“ / Jürgen v. Hehn, „Die lettisch-literarische Gesellschaft und das Lettentum / Volkstum und baltische Ordnung / Beiträge zur Kunde Estlands.	
Mitarbeiter dieses Hefts	483
Mitteilung der Schriftleitung	484

Blick in die Gegenwart

Es ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen, ob jene Bezeichnung, die bereits im Vorjahre von berufener Seite dem Jahre 1939 gegeben wurde, sich in vollem Maße rechtfertigen wird: Jahr der Entscheidung!

Was soll sich in diesem Jahre entscheiden? Das Kräftepiel Deutschland-England hat heute die gesamte Weltpolitik in seinen Bann gezogen: der Rahmen staatlicher Auseinandersetzungen wird zugunsten dieser größeren Entscheidung gesprengt, die bereits jetzt alle anderen Ereignisse überschattet und dem Jahre 1939 jene eigene Prägung gibt, die es mit ungeheurer Spannung erfüllt. Ein Kampf der besseren Einsicht gegen stures Verharren. Es scheint nur so, daß staatliche Grenzlinien die Kreise der Gegner gegeneinander abgrenzen; tatsächlich jedoch spielt sich dieser Kampf bereits auch innerhalb der Grenzen der traditionellen Gegner der Ordnungsstaaten ab und hat gerade auch deshalb so erbitterte Formen angenommen.

Die letzten Monate sind für das Verständnis der weltpolitischen Vorgänge außerordentlich lehrreich. Zeigen sie doch mit geradezu verblüffender Eindeutigkeit, welche Stellungen bezogen wurden und welche strategischen Linien zu uneinnehmbaren gemacht werden sollen. England ist die dankenswerte Rolle zugefallen, der Welt die Augen über eine Reihe von Dingen geöffnet zu haben, die bisher doch noch sehr verschiedener Beurteilung unterlagen: England hat die Karten aufgedeckt. Ob gewollt oder gezwungen, fällt hier nicht ins Gewicht, entscheidend bleibt nur, daß England mit ungewohnter Lautstärke vor der Welt bekundet hat, wofür es kämpfen werde und an welcher Stelle seine Geduld zu Ende wäre. Es ist völlig gleichgültig, ob die politische Terminologie um ein halbes Duzend Worte, wie „Einkreisung“, „Friedensfront“, „Schutzverband“, „Antiaggressionsfront“ u. a. m. bereichert wird, deren Sinn von jenen, auf die sie sich beziehen sollen, vielfach abgestritten wird. Wesentlich ist nur, daß sich zurzeit tatsächlich ein Kampf abspielt, der erweisen mag, ob eine Prophezeiung des Astronomen Nostradamus vom Jahre 1558 sich für das Jahr 1939 bewahrheiten kann — Beginn des Zerfalls eines großen Weltreiches.

Est.A

TARTU ÜLIKOOLI
RAAMATUKOGU

31247

Soviel zeigte sich: abwegig war es zu glauben, daß die deutsch-englische Erklärung vom 30. September 1938 in München englischerseits ehrlich gemeint war. Denn bereits Tage später setzte dokumentarisch nachgewiesenermaßen auf dem Gebiete der damals nunmehr verkleinerten Tschecho-Slowakei ein englischerseits finanzierter und geleiteter Wühl- und (bereits damals!) Einkreisungsfeldzug ein, der es nicht zur erhofften Befriedigung kommen lassen sollte. Man hat in London selbst die Münchener Erklärung als „Atempause“ für England bezeichnet, während welcher es versuchen wollte, den deutschen Vorsprung auf vielen Gebieten aufzuholen. Die Begründung eines Protektorats Böhmen und Mähren gab den Einkreisungsmächten dann willkommenen Anlaß für die öffentliche Propagierung einer Aktion, die hinter den Kulissen bereits seit dem Jahre 1933 betrieben wurde, ihren stärksten Auftrieb jedoch erst nach den gewaltigen außenpolitischen Erfolgen des Deutschen Reiches erhielt.

Was sich heute im Rahmen der Einkreisungsmaßnahmen vollzieht, was überhaupt an Konfliktstoffen zwischen Ordnungsstaaten und westlichen Demokratien vorhanden ist, darf keineswegs nur im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen beurteilt werden. Die Einkreisung — zum mindesten ihr Grundsatz — ist in ihrer Nachkriegsgestalt ebenso alt, wie das Wiedererstarken Deutschlands. Nur so kann alles das, was sich heute rings um die Achsenmächte abspielt, richtig verstanden werden. Als Grundthese dieser Aktion wurde die Behauptung herausgestellt, die ehemaligen Siegerstaaten hätten für eine ganze Reihe von Fragen, die in deutschem Sinne gelöst wurden, volles Verständnis gehabt. Nun aber habe Deutschland das Maß des Statthaften überschritten und müsse daher als latente Gefahr für den Frieden gewarnt und gezügelt werden. Wir wissen, daß das Gegenteil der Fall ist — hätten die Einkreisungsmächte es vermocht, so wäre Deutschland beim ersten Versuch, angetanes Unrecht wieder gut zu machen, sofort in die Knie gezwungen worden. Da dieses aber im Hinblick auf die deutsche Wehrkraft nicht möglich war, machte man aus der Not eine Tugend und verstand sich angeblich zur nachträglichen „Anerkennung“ einer Reihe von Neuordnungen. Genau so, wie Chamberlain nicht nach München fuhr, um Bedingungen zu stellen, sondern — um Bedingungen anzunehmen. Alles dieses muß ins Gedächtnis zurückgerufen werden, will man das politische Geschehen der Gegenwart richtig bewerten.

*

Gerade die letzten Wochen sind außerordentlich ereignis- und lehrreich für das Verstehen einer der größten Auseinandersetzungen aller Zeiten. Allein die Aufzählung aller Ereignisse läßt bereits klare Schlüsse zu. Be-

ginnen wir mit Moskau als dem zeitweiligen Zentrum heißer Bemühungen um den Abschluß jenes Paktes, der die Sowjetunion zum Diener englisch-französischer Interessen machen soll. Es bedarf der Betonung, daß die Bemühungen der Westmächte um den Kreml nun schon länger als ein viertel Jahr dauern. Wenden wir den Blick weiter ostwärts — nackte Engländer vor asiatischem Pöbel! Nackte Engländer oder solche in Unterkleidung in einer Reihe mit chinesischen Kulis vor japanischen Stacheldrahtzäunen und davor japanische Soldaten, die den Engländern deren eigene Pässe ins Gesicht schlagen. Welch tiefgehende psychologische und politische Wandlungen gingen den Ereignissen in Tientsin voraus: welche asiatische Macht hatte es bisher gewagt, Söhne Albions zu beleidigen, und zwar bewußt im Ansehen zu erniedrigen, ohne auf der Stelle die Sühne zu empfangen?! Eine englische Konzeßionsstruppe unter Blockade gestellt, ohne daß der Versuch der Gegenwehr unternommen wurde. Und wer hätte sich noch vor zwei Jahren die seltsame Situation vorstellen mögen, englische Diplomaten vor den bolschewistischen Machthabern im Kreml monatelang antichambrieren sehen, um die ersehnte — ach, so nötige — Hilfe zu erlangen. Und doch bleibt zunächst als einziges Ergebnis — daß zahlreiche Freunde sich empört und enttäuscht abwenden, im Bewußtsein, preisgegeben zu sein und einem falschen Spiel gedient zu haben, dessen seltsame Monöver nunmehr erst dem Sonnenlicht ausgesetzt sind. Seit wann beginnt der entscheidende Umbruch in der sonst so instinktstärkeren und erfolgreichen britischen politischen Tradition? Seit wann endlich war es üblich, als Großmacht mit Pakten und „Garantien“ hauffieren zu gehen?

Seit wann? Seit dem Jahre 1939. Denn dieses Jahr bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß sich eine Reihe von Um- und Neuordnungen in Europa vollzog, ohne daß England befragt, geschweige denn beteiligt wurde. Und der Grund? — Weil Englands Ansehen entscheidend gesunken ist! Weil Bündnisse mit England nicht mehr denselben Wert besitzen können, wie etwa noch vor wenigen Jahren. Es sind dieses alles Feststellungen, nichts als nüchterne Feststellungen, die sich aus der Reaktion anderer Staaten England gegenüber ergeben haben.

Nun aber zur anderen Seite. Da stehen die „Aggressoren“, die sich heute gegen eine gewaltige Aktion Englands, Frankreichs, Amerikas und einiger weniger Trabanten zu behaupten und zu sichern haben! Seltsame Lage. Während alle Welt vom Kriege spricht, während sich die Kriegspychose in einzelnen Ländern bis zur Hysterie gesteigert hat, geht gleichzeitig die Aufbauarbeit in den Mittelländern Europas mit faszinierender Ruhe und Selbstsicherheit ihrem neuen Rhythmus nach. Man hat dabei

selbstverständlich Augen und Ohren für die Wetterwolken offen, die sich ringsum ballen. Wir erleben aber gerade in diesen Wochen, in welchem Maße die Austragung der großen weltgeschichtlichen Spannung eine Frage der festeren Nerven ist. In der einen Hand den Spaten, in der anderen freilich das Schwert — so entsteht im Herzen Europas die Grundlage einer neuen Ordnung, und gerade im Gleichmaß in der Planmäßigkeit dieser eigengesetzlichen Entwicklung liegt ja die „Aggression“: das Gesetz des Wachstums, das die gekünstelte Versailler Konstruktion des Nachkriegs-europa in Frage stellte.

*

Die deutsche Reichshauptstadt übt seit einiger Zeit eine magische Anziehungskraft aus: Königliche Hoheiten, Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten, Außenminister, Generalstabschefs, Abordnungen verschiedener Art, Wissenschaftler und Künstler, Ausstellungsbesucher und gewöhnliche Touristen — in fast ununterbrochener Folge sind sie Gäste des deutschen Führers, seiner engeren Gefolgschaft oder schlechtthin des deutschen Volkes. Es ist nicht einmal immer reinste Liebe, die Unterhändler, Vertragspartner oder Neugierige in die deutsche Reichshauptstadt führt. Aber es ist jedenfalls stets die Erkenntnis, daß die großen Entscheidungen der Weltpolitik nun in Berlin fallen. Ganz abgesehen davon, daß 80 Millionen Menschen einen natürlichen Wirtschafts- und Raumdruck ausüben, dem sich anzugleichen Gebot der Vernunft sein muß.

So kann es denn gar nicht Wunder nehmen, daß Nichtangriffspakte abgeschlossen wurden, deren Zustandekommen gerade in diesem Augenblick besonders kennzeichnend war. Ebenso natürlich müssen Wirtschaftsabkommen zwischen einem der größten Weltkonsumenten und seinen natürlichen Produzenten erscheinen. Und es liegt etwas Bezeichnendes darin: während ringsum die Einkreisung fiebert, pflegen die Staaten der Achse wirtschaftlichen Gedankenaustausch selbst mit denen, die sich unmißverständlich zur Einkreisungsfront bekennen. Als hätte man in den Ordnungsstaaten kein Kriegsgeschrei gehört, als ginge alles nach wie vor seinen normalen Gang.

*

So wird nun die Danziger Frage zum Probefall der „Aggression“ erklärt. Denn liegen hier nicht alle Kennzeichen in eindeutigster Zusammenstellung vor: die widernatürliche Abschnürung, der künstlich erzwungene Status quo auf der einen — natürliches Lebensrecht und selbstverständliches Wachstums-gesetz auf der anderen Seite? Wir fürchten, die Warner behalten abermals recht, die den Sieg des natürlichen Rechts über die Annatur drohend prophezeihen. Und wir sehen dabei, wie die Welt — nicht zuletzt

vielleicht gerade durch diese klagenden Stimmen der Warnung — sich an die Unausbleiblichkeit der Lösung gewöhnen will.

Wer in unseren Tagen zum Kriege treibt, ist dem deutschen Menschen bewußt. Die Methode ist offenbar geworden: Das eigengesetzliche Wachstum der neuen Ordnung in Mitteleuropa wurde zur Aggression gestempelt, die den Krieg bringen mußte. Je logischer und naturnotwendiger sich dieses Wachstum vollzieht, umso logischer und naturnotwendiger — dies wird durch eine einheitlich arbeitende Weltpresse seit Monaten den Völkern eingehämmert — sei der Krieg. Er sei unabwendbar. Eine Beweisführung von grausiger Suggestivkraft. Von skrupelloser Verworfenheit.

Aber so einleuchtend dieser Schluß in der Massenpropaganda wirksam wurde, irgendwie wollen die Völker doch zögern, die Folgerungen zu ziehen. Sie sehen die Gesetzmäßigkeit einer neu heraufziehenden Ordnung, die ihnen verdächtig gemacht wurde und mißfällt. Vielleicht entschieden mißfällt. Aber ob dies Mißfallen ausreicht, den von Juda ersehnten Heiligen Krieg zu entfesseln, bleibt die offene Frage. Ihn als Notwendigkeit hinzustellen, ist nicht restlos gelungen. Noch nicht.

Danzig wurde zum Probefall der „Aggression“ erklärt. Ja, Danzig ist wichtig. Nicht nur als Machtprobe zweier Kraftsysteme. Mehr vielleicht als Prüfstein für die Wirkung einer Massenpropaganda, die 1914 bereits endloses Unheil säte. Damals gelang es, die Völker von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen, den sie nicht wollten und in den sie gedrängt wurden. Ob sie in 25 Jahren hellhöriger geworden sind? Die Antwort wird über den Frieden entscheiden.

Karl-Heinz Pfeffer

Das Weltreich der Engländer

In einer Zeit der ernstesten deutsch-englischen Spannung sagte der deutsche Führer: „Ich habe während meiner ganzen politischen Tätigkeit immer den Gedanken der Herstellung einer engen deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit vertreten.“ Und weiter: „Das angelsächsische Volk hat ohne Zweifel eine unermessliche kolonialisatorische Arbeit auf der Welt vollbracht. Dieser Arbeit gehört meine unverbrüchliche Bewunderung. Der Gedanke an eine Zerstörung dieser Arbeit erschien mir und erscheint mir von einem höheren menschlichen Standpunkt nur als ein Ausfluß menschlichen Herostratentums.“ Diese Sätze der Reichstagsrede vom 28. April 1939 legen die deutsche Haltung zum Weltreich der Engländer

ebenso eindeutig nach der einen Seite hin fest wie der folgende Satz nach der anderen Seite: „Allein dieser mein aufrichtiger Respekt vor dieser Leistung bedeutet nicht einen Verzicht auf die Sicherung des Lebens meines eigenen Volkes. Ich halte es für unmöglich, eine dauernde Freundschaft zwischen dem deutschen und dem angelsächsischen Volk herzustellen, wenn nicht auch auf der anderen Seite die Erkenntnis vorhanden ist, daß es nicht nur britische, sondern auch deutsche Interessen gibt, daß nicht nur die Erhaltung des Britischen Weltreiches für die britische Männer Lebensinhalt und Lebenszweck ist, sondern für die deutschen Männer die Freiheit und Erhaltung des Deutschen Reiches.“

Gerade der unerbittliche deutsche Lebens- und Leistungswille der Gegenwart kann das Weltreich der Engländer wieder mit einer Achtung betrachten, die eines großen und selbstsicheren Volkes auch gegenüber seinen verstocktesten Gegnern würdig ist. Diese Achtung gilt einer politischen Leistung, die längst nach ihrem Untergang noch in fernen Zeiten im Buch der Weltgeschichte stehen wird wie die Leistung Roms. Sie gilt dieser Leistung umso mehr, als sie von einem artverwandten Volk vollbracht wurde, das sich allerdings nur sehr selten der gemeinsamen Herkunft bewußt wird, aber doch das Gesetz seines Ursprungs nicht verleugnen kann. Und weil diese Einschätzung auf dem Bewußtsein der deutschen Ebenbürtigkeit gegründet ist, wird sie nicht zu einer würdelosen Schwärmerei, sondern zu einer nüchternen Anerkennung der fremden Leistung. Diese Anerkennung sieht natürlich auch die Schwächen der englischen Herrschaft, sie sieht vor allem, daß reichszerstörendes Herostratentum nicht nur von außen an ein Weltreich herantreten, sondern auch in seiner eigenen Verblendung aufbrechen kann.

1.

Wie jedes echte „Reich“ ist das britische Weltreich nicht eine Summe von Kolonialbesitz, eine aufzählbare Reihe von Ländern, die von einem Mutterland „beseffen“ werden, sondern ein politisches Weltsystem aus Bündnissen und Abhängigkeiten aller Grade, getragen von der geschichtlichen Vitalität des englischen Reichsvolks, das entweder in den zu dem System gehörigen Räumen selbst lebt oder von außen auf sie wirkt. Die Grenzen des Weltreichs sind nicht wie europäische Staatsgrenzen überall im Gelände abgesteckt, sondern sie fließen wie die Grenzen Roms oder die des Ersten Deutschen Reiches. Es gibt Verbündete vor der Grenze, es gibt „Wildnis“ als Grenze. Die Grenzen des Weltreichs umfassen nicht nur die „zugehörigen“ Länder, sondern auch Länder, die nur in dem Bann seiner Strahlungskraft liegen.

Die verschiedenen Glieder des Reiches vertreten verschiedene Stufen des geschichtlichen Werdens der Gesamtheit. Auch die britischen Inseln mußten erst von den Engländern geeinigt oder unterworfen werden, nachdem die normannische Eroberung in England selbst zunächst eine einheitliche Grundlage für den politischen Ausgriff geschaffen hatte. Die Eroberung der „keltischen“ Länder Wales, Schottland, Man und Irland wird staatlich und geistig im Mittelalter vorbereitet und dann durch den Tudorstaat des 16. und 17. Jahrhunderts endgültig gesichert. Die unter der englischen Krone stehenden normannischen Kanalinseln vor der französischen Küste vertreten noch heute die Ausbreitungsbemühungen auf das Festland, die im englischen Mittelalter neben der Ausbreitung über die britischen Inseln herliefen.

Von der Tudorzeit bis in das 19. Jahrhundert hat dann der schlagkräftige und starke englische Staat eine Ausbeutungskolonie nach der anderen erworben, sie europäischen Rivalen oder eingeborenen Herrschern ohne viel Skrupel abgenommen und ihren Aufbau auf den heimatischen Wirtschaftsbedarf ausgerichtet. Oft begann diese Landnahme durch kapitalistische Ausbeutungsgesellschaften mit einem königlichen Freibrief („chartered companies“), die erst später den staatlichen Schutz in Anspruch nahmen. In diesen Ausbeutungskolonien arbeiten europäische Pflanzler mit eingeborenen Arbeitskräften unter dem Schutz einer weißen oder von Weißen geführten Garnison. Westindien, Ostindien, Afrika und die Südsee sind stückweise nach und nach als Ausbeutungskolonien dem englischen Herrschaftsbereich eingefügt worden. Zwischen den Ausbeutungskolonien haben sich die Engländer ein System strategischer Stützpunkte gesichert, die gelegentlich auch zu Ausbeutungskolonien werden können, aber doch nicht um ihres Eigenwertes willen genommen worden sind, sondern weil sie Flotten Zuflucht bieten oder Wege sichern oder auch nur weil sie nicht in andere Hände fallen dürfen. Von Aden bis zu den Falklandinseln, von Gibraltar bis Singapore reihen sich die englischen Stützpunkte aneinander.

Während die Ausbeutungskolonien auch unter englischer Herrschaft Länder der farbigen Völker geblieben sind, deren Schätze entweder durch englische Faktoreien für das Mutterland gesammelt werden, oder deren Menschen unter englischer Aufsicht für England arbeiten müssen, haben die Engländer andere überseeische Räume in Besitz genommen oder weißen Rivalen abgezwungen, in denen die zahlenmäßig schwachen oder minderwertigen Eingeborenen durch weiße Siedler verdrängt wurden. Hier entstanden nicht ausbeutende Pflanzungskolonien, sondern voll ausgebaute Volkswirtschaften mit Ackerbau und Gewerbe nach mütterländischem Mu-

ster. Auch der Aufbau dieses Reichs der weißen Siedlungsländer ist erst in den Jahrhunderten nach der Tudorzeit erfolgt und im 19. Jahrhundert vollendet worden. Nach dem Verlust der amerikanischen Kolonien, des wichtigsten Siedlungslandes, wurden neben dem kleinen Neufundland Kanada und Australien, Neuseeland und Südafrika als Siedlungskolonien ausgebaut. Rhodesien und Kenia zeigen heute Anfänge einer ähnlichen Entwicklung.

Schließlich hat sich dieses System mit einer ganzen Reihe von Schutzstaaten umgeben, die entweder militärisch entwaffnet oder unter englischem militärischem Einfluß leben, die wirtschaftlich abhängig und in ihrer Außenpolitik englischem Druck ausgeliefert sind. Die formal selbständigen, mit England nur verbündeten Staaten der arabischen Welt oder des Himalayas sind die bekanntesten Beispiele dieser Art der englischen Herrschaft. Aber seit dem Methuenvertrag mit Portugal, der Vernichtung der dänischen Flotte mitten im Frieden, den Neutralitätsbrüchen der Weltkriegszeit in Griechenland oder Persien ist deutlich, daß England alle Staaten in tatsächliche Abhängigkeit zu zwingen versucht, die es zur Aufrechterhaltung seiner Weltherrschaft zu benötigen vermeint.

Dieses Weltreich, das nur in den wirklich „zugehörigen“ Reichsteilen ohne die formell selbständigen Trabantenstaaten ein Viertel der Menschheit und ein Viertel der Erde umfaßt, ist nun wirklich das Reich der Engländer, der Herrschaftsraum des englischen Kernvolks. Seitdem unter den Tudors England die allgemein europäische Bewegung der Renaissance als gewaltigen politischen Ausbruch erfuhr, die innere Einheit der britischen Inseln sicherte und die königlichen Abenteurer seiner Raperflotten auf die Meere schickte, hat der Machtwille der Engländer sich die Welt zu unterwerfen versucht. Spanien, Holland und Frankreich wurden von den überseeischen Reichumsquellen weggedrängt, Adel und Hochbürgertum eroberten sich ein überseeisches Handelspatrimonium.

Im 19. Jahrhundert verließ der Ausbau des Weltreiches zweigleisig: der kapitalistische Imperialismus versuchte Kosten zu sparen und glaubte gelegentlich, die kostspieligen Eroberungen vermeiden und stattdessen einen „freiwilligen“ Anschluß der Welt an die liberale Vormacht England durch wirtschaftlichen Druck erzwingen zu können. In der Ermüdung nach den napoleonischen Kriegen, in der hohen Zeit des Freihandels 1860 bis 1880 und in der Zeit nach dem Weltkrieg hat so ein „Kleinengländertum“ vorgezogen, indirekt zu herrschen. In dieser Zeit begriff man Neuerwerbungen nur als „durch Zufall erobert“. In der für die bürgerliche Zeit bezeichnenden Dialektik konnte aber an die Stelle dieses Kleinengländertums stets ein

„romantischer Imperialismus“ treten, der die indirekten Methoden des Kapitalismus nur pessimistisch beurteilte und die sittliche Verpflichtung zur Machtausübung offen bekannte. Die Armee, Teile der Verwaltung, die aufstiegshungrige Jugend haben sich ihrer Weltherrschaftsträume nicht geschämt. Die englische Reichsausdehnung wird bald bestimmt von Gladstone, bald von Cecil Rhodes, sie bedient sich heute der Genfer Liga und morgen der an der indischen Nordwestgrenze eingesetzten Armeekorps. Sie verkörpert den Machtanspruch einer starken Rasse, die nicht nur ausbeuten, sondern herrschen will.

2.

Das Weltreich in allen seinen Teilen als Herrschaftsraum des englischen Volkes ist verwirklicht worden durch den Wanderstrom englischer Menschen, der seit dem 17. Jahrhundert über die Erde geht und im 19. Jahrhundert große Massen aus dem Mutterland in die überseeischen Reichsteile geführt hat. Wenn man vom Engländerum in den Vereinigten Staaten von Amerika abieht, kann man auf der Erde höchstens 60 Millionen eigentliche „Briten“, das heißt Engländer, Schotten und Waliser, zählen. Ihr Wille trägt ein Reich von bald 500 Millionen Menschen, wobei die Trabantenstaaten noch nicht einmal gezählt sind. In Indien stehen 150 000 Engländer 350 Millionen Eingeborenen gegenüber, in Nigieren 5000 Engländer 20 Millionen Farbigen. Junge Männer des Abels und des geldkräftigen Bürgertums legen hier Geld im Weltreich an und spielen in Übersee die erste Geige. Die heimatliche „middle class“ gründet ihren Reichtum wesentlich auf die überseeischen Gewinne der eigenen oder einer früheren Generation der Familie. Den Tüchtigen aus allen Ständen steht ein Aufstieg über die Möglichkeiten des Weltreichs offen: über Kolonialbeamtenschaft oder Armee, Luftwaffe oder Mission oder Landwirtschaft oder Großhandel.

Die Auswanderungsmöglichkeit in volkseigene Großräume hat das Mutterland von schwierigen menschlichen Problemen befreit und sicher zu dem Fehlen eines Klassenbewußtseins im festländisch-revolutionären Sinn in England beigetragen: Schotten und Iren wurden nach Kanada oder Australien verdrängt, soweit sie nicht in die Vereinigten Staaten gingen, diese Auswanderung erleichterte England die Herrschaft über die Gesamtheit der britischen Inselwelt. Das durch die Entwicklung der Grundherrschaft in England vernichtete Bauerntum fand neuen Boden in der Weite des Weltreichs: zuerst in Irland und Amerika, dann in den großen Siedlungskolonien, den „Dominions“. Die Auswanderung bot sich immer wieder als Möglichkeit zum Abschub proletarischer Existenzen aus dem Mutter-

land. Tapfere Abenteurer, denen die europäische Welt zu eng wurde, konnten ihre Fähigkeiten noch immer für England einsetzen in der Weite der englischen Kolonialräume. Das Weltreich bietet dem herrschenden Volk der Engländer eine Fülle menschlicher Möglichkeiten, deren sich die Nutznießer kaum bewußt sind.

Der englische Herrschaftswille hat sich natürlich immer gegen den Widerstand anderer Völker durchsetzen müssen. Er hat diese Auseinandersetzungen niemals gescheut, sondern bis zur Unterwerfung der anderen oder aber bis zu ihrer Bekehrung zum Glauben an England durchgeföhrt. Er hat gegen farbige Eingeborene: Indianer, Matabele, Afschanti, Burmesen, Maoris, er hat gegen rivalisierende Kolonialmächte: Spanien, Holland, Frankreich, Deutschland, und er hat gegen selbständige weiße Völker auf dem von ihm begehrten Boden: Iren und Buren, Krieg geführt.

In den sieben Achteln der Bevölkerung des britischen Weltreichs, die nicht Engländer sind, bilden sich auch nach der militärischen Niederlage immer wieder Kerne des Widerstandes gegen das englische Führungsvolk. Dieser Widerstand bemüht sich bald ohne politischen Ehrgeiz nur um eine wirtschaftliche Besserstellung der engeren Heimat — richtet sich also gegen die wirtschaftliche Ausbeutung im Interesse Englands — bald kämpft er um Gleichberechtigung eines nichtenglischen Volkes mit den Engländern im Gesamtreich, bald wird er als Irredentabewegung eines benachbarten Nationalstaats wirksam, bald als revolutionärer Entschluß großer Volks-, Rasse- oder Glaubensgemeinschaften zum Zusammenschluß all ihrer Glieder ohne Rücksicht auf die geschichtlichen Grenzen des Britischen Reiches, bald als Anspruch unterworfenener selbständiger Völker auf eine eigene Geschichte. Seiner Breite, die in jedem Reichsteil etwas Anderes bedeutet, die auch in jedem Reichsteil für das dort mögliche Teilziel erst die notwendigen Willensträger finden muß, die noch niemals zu einer einheitlichen Front der von England Unterdrückten geworden ist, — steht die Einheit des tragenden Reichsvolks gegenüber, d. h., also dem ganz schwachen schottischen und dem nur wenig stärkeren walisischen „Nationalismus“, dem fanatischen Freiheitswillen und Einigungsglauben der jungen Männer Irlands, dem Kampf der Malteser und Zyprioten um Vereinigung mit ihren Mutterländern, der eigenwilligen Artbehauptung und Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Stärkung der eigenen Stellung durch Frankokanadier und Buren, dem Selbständigkeitsdrang der orientalischen oder anderen Erabantstaaten, den Bemühungen einer schmalen, europäisierten farbigen Oberschicht um die Erweckung eines sozialen Rassenkampfes mit klaren Fronten, die in Afrika kaum, in Indien schon eher Erfolg gehabt haben,

Durch fremde Widerstände und Aufstände sind Reiche noch niemals zugrundegegangen, die dauernde Bewährung im Kampf erhält sie jung. Die einzige Frage ist nur, ob das Reichsvolk selbst die Kraft zur Überwindung der Widerstände und Erfüllung der selbstgestellten Aufgaben hat.

3.

Das jeweilige politische System des Weltreichs ist nicht, wie die Engländer selbst gern sagen, die Verwirklichung eigentümlich englischer Regierungsprinzipien unter gegebenen Möglichkeiten, ist nicht eine dauernde Bemühung um den Zusammenklang von Macht und Freiheit, imperium und libertas, sondern ist der augenblickliche Ausgleich zwischen dem Ausbreitungs- und Herrschaftsdrang des englischen Reichsvolks und den unterworfenen oder einbezogenen nichtenglischen Völkern. Es wandelt sich sehr rasch mit sich wandelnden Umständen.

Für das englische Reichsvolk selbst gilt in all seinen Gliedern, gerade auch in seinen überseeischen, grundsätzlich die politische Gesamtverantwortung aller Engländer, die man dann „Selbstbestimmungsrecht“ oder „Dominion Status“ nennt. Aus den ausgewanderten Engländern haben sich unter der gemeinsamen Krone Tochternationen gebildet, die in ihren eigenen Dingen Selbstbestimmung genießen wie selbständige Staaten, die außerdem seit Ende des 19. Jahrhunderts tatsächlich und seit dem Weltkrieg rechtlich an der Führung der Gesamtreichspolitik verantwortlich beteiligt werden. Durch den Dominion Status sind die Engländer Australiens ebenso zum Einsatz für das Gesamtreich verpflichtet, wie die Engländer Großbritanniens. Er ist nicht ein Element des Auseinanderstrebens, sondern des Zusammenschlusses.

Die nichtenglischen weißen Völker des Reichs dagegen haben sich den Dominion Status mit der Waffe oder mit Diplomatie als Mittel ihrer völkischen Eigenentwicklung erkämpft, das französische Kanada, das buriische Südafrika und das irische Irland zerren heute schon an den Bindungen der gemeinsamen Verantwortung, die der englisch gedachte Dominion Status ihnen auferlegt. Irland ist schon nicht mehr Dominion unter der gemeinsamen Krone, sondern ein Staatswesen eigenen Rechts mit einem eigenen Staatsoberhaupt, das nur aus freien Stücken zum Staatenverband des Weltreiches gehört und die Krone nur als formelle Vertretung dieses Verbandes nach außen anerkennt, „solange es die anderen Staaten des Verbandes tun“. Wie die Iren, so nehmen auch die Frankokanadier und die Buren das Neutralitätsrecht und schließlich auch das Sezessionsrecht für sich grundsätzlich in Anspruch. Vorläufig verdecken sehr unklare staatsrechtliche Festlegungen des Dominionstatus hier noch Konflikte, die ausbrechen können, wenn der

Reichszusammenhalt auf eine ernsthafte Belastungsprobe gestellt wird oder wenn die radikalsten völkischen Vorkämpfer Irlands, Frankokanadas oder des Burentums die Führung ihrer Völker übernehmen. Es ist nicht vorauszusagen, ob sich in diesem noch nicht eingetretenen Fall England mit dem Unabänderlichen abfinden, oder ob es Gewalt anwenden würde.

Alle farbigen Völker stehen auch heute noch klar unter englischer Herrschaft, die sich nur dort mit freiheitlichen Einrichtungen verbrämt, wo sie das für gefahrlos hält, wo die Völker ihrer Meinung nach „reif zur Freiheit“, das heißt für England sicher, sind. Nur so ist auch die indische „Verfassung“ von 1935 zu verstehen, die alle wirklich entscheidenden Bereiche doch immer dem Vizekönig, das heißt dem Indienminister in der englischen Regierung, vorbehält. Für die Millionen des eigentlichen Kolonialreichs außerhalb der Dominien und Indiens ist der englische Kolonialminister oder in letzter Instanz das englische Parlament zuständig. Gelegentlich werden auch hier „Verfassungen“ gegeben, aber wie in Malta oder Cypern ebenso rasch wieder genommen, wenn sich die Einwohner nicht als „reif zur Selbstverwaltung“ erweisen, also wenn sie den schmalen, gewährten Spielraum nicht in dem gewünschten Sinne ausnutzen. Ob die Herrschaft „direkt“ oder durch eingeborene Vertrauensmänner „indirekt“, ob sie durch „Verfassungen“ oder durch Gouverneursregierungen ohne beigegebene Vertretungskörperschaften ausgeübt wird, die eigentliche Herrschaft liegt immer in der Hand der Engländer.

Das politische System des Weltreichs ist aber nur die äußerlichste Form der Herrschaft des englischen Reichsvolks. Hinter ihm steht die menschliche und soziale Führung des Gesamtreichs durch das Herrschaftsvolk. Die über die ganze Erde verstreuten Engländer werden nicht nur durch den „Dominion Status“, sondern vor allem durch die immer wieder neu bewiesene Gemeinsamkeit ihrer Herkunft und Haltung zu gemeinsamer Verantwortung zusammengeschlossen. Nahrung, Wohnung und Kleidung, Sitte, Familie und Sport, Religion, Erziehung und Sprache, gesellschaftliche Geltung, Recht und politische Organisation, Arbeitsgesinnung und Wirtschaftsordnung weisen wohl zwischen Neuseeland und Neufundland, Schottland und Natal gewisse landschaftliche Unterschiede auf, aber in ihrem Wesen bleiben sie sich soweit gleich, daß es eine einheitliche „englische Lebensweise“ in den alltäglichsten Dingen, das heißt ein einheitliches englisches Menschentum, über die ganze Erde hin gibt. Diese menschliche Einheit, in der sich alle Engländer verstehen, ist die eigentliche Bürgerschaft des Reichszusammenhalts. Nur auf ihrer Grundlage hat der rechtliche Zusammenschluß überhaupt Bestand.

Immer wieder gelingt es den Engländern, einzelne Führer und führende Kreise der weißen, eingeordneten Fremdvölker auf das Vorbild ihrer eigenen Lebensweise auszurichten und damit vom Menschlichen her auch politisch für sich zu gewinnen. Der Bure Botha, der Frankokanadier Laurier und der Ire Redmond haben sich bei aller eigenvölkischen Eigenwilligkeit doch zur englischen Lebenshaltung bekehrt und damit ihre Völker England unterstellt. Ihr Fall wiederholt sich häufig bis heute.

Den Farbigen gegenüber halten die Engländer mit bestimmten Ausnahmen eine klare und scharfe Rassengrenze in commercium und connubium ein, deren nur selten klar ausgesprochene, aber umso öfter rücksichtslos verwirklichte Schärfe auch das alte Kulturvolk der Inder ausschließt. Die biologisch und sozial klar abgegrenzte farbige Welt wird mit allen Mitteln, auch mit denen des Pogroms, in ihre Schranken zurückgewiesen, wenn sie sie sprengen will. Wenn sie sich aber mit der Begrenzung abfindet, wird ihre Führerschicht von der Vortrefflichkeit der englischen Lebensweise überzeugt und werden ihre Massen fürsorglich betreut, soweit diese Betreuung nicht mit anderen Interessen des Herrenvolkes in Konflikt gerät.

So ist das Weltreich der Engländer ein politischer Raum, in dem entweder englische Menschen politisch oder auch nur gesellschaftlich und wirtschaftlich herrschen oder in dem andere Menschen die Vorbildlichkeit dieser englischen Herrenrasse aus Überzeugung anerkennen. Unbedingter Friede und unbedingte Sicherheit an allen Grenzen sind diesem Reich nie geschenkt worden, es bewährt sich als echtes Herrschaftsgebilde in ständigem Kampf. Krieg und Aufruhr bedrohen also nicht seinen Bestand, sondern gehören zu ihm.

4.

Umso gefährlicher aber wird die Herrschaft eines Volkes in einem Riesenraum bedroht, wenn die Kraft dieses Reichsvolks erlahmt. Hier liegt die erste wesentliche Gefahr für das Weltreich der Engländer. In England ist nicht nur die Geburtenrate auf einen erschreckenden Tiefstand gesunken, sondern eine breite Schicht einflussreicher Engländer bekennt sich zur Geburtenreinschränkung, damit zur Reichszerstörung. Mit jedem Schritt, den England den intellektuellen Zerfegungsbewegungen der Gegenwart in die Sicherheit seiner Welt gestattet, gefährdet es sein Reich. Salonbolschewismus zersetzt die Führungsqualitäten.

Selbst wo England haltungsmäßig sich selbst treu bleibt, bleibt sein Reich von der biologischen Grundlage aus bedroht. Es lebte im ständigen Wanderungsstrom englischer Menschen. Solange England ländliche Menschen besaß, konnten seine Auswanderer in den weiten Räumen der Aber-

seewelt Neuland erschließen. Heute aber muß England sein zahlenmäßig schwaches Landvolk, das schon nicht mehr Bauerntum im festländischen Sinne ist, sondern das es mühsam in seiner industriellen Welt sich erhalten hat, im Mutterland behalten. Ländliche Auswanderer stehen nicht mehr zur Verfügung. Mit arbeitslosen Industriearbeitern, die schon seit Generationen in den großen Städten sitzen, lassen sich neue Räume nicht erschließen. Seit 1931 überwiegt die Einwanderung die Auswanderung England. Die Dominien rufen nach neuen Menschen, aber die Menschen, die das Mutterland bieten kann, sind untauglich und daher unerwünscht.

England hat eben die Grundlagen seines Weltreiches in den staatlichen und soldatischen Jahrhunderten zwischen 1600 und 1800 gelegt, den eigentlichen Aufbau aber im Jahrhundert des bürgerlichen Kapitalismus vollzogen. So scheint der Bau seines Reiches mit dem Schicksal des bürgerlichen Kapitalismus verknüpft. Der Zusammenbruch der kapitalistischen Weltwirtschaft zieht die eine Grundlage der britischen Weltgeltung weg, der Gewichtsverlust der bürgerlichen Werte in den Wertungen der Völker die andere. Eine Zeit, die Bauerntum verachtete, richtete sich innerlich nach dem englischen Adligen oder Großbürger aus. Heute aber haben die Völker den ewigen Wert des Bauerntums wieder erkannt, und bäuerliches Vorbild kann England nicht mehr sein, weil es sein eigenes Bauerntum im Industriesystem vernichtet hat.

Aus dem Verlust der selbstverständlichen Weltgeltung ergibt sich dann eine innere Unsicherheit, die bis zur Verblendung führen kann. Um die verfallene Ordnung der alten Zeit, in der England selbst groß wurde, zu schützen, — um die bürgerlichen Werte, die England zugutekamen, vor den Revolutionen der jungen Völker zu behaupten, baut England eine Front nicht nur des politischen, sondern auch des geistigen *status quo* auf legt damit sein eigenes herrschaftliches Menschentum auf Aufgaben fest, die seine Kraft von den wirklichen Aufgaben des eigenen Herrschaftsbereichs abziehen. Anstatt das Viertel der Erde, das der englischen Weltherrschaft untersteht, für die Menschheit weiter auszubauen, anstatt die Grundlagen seiner eigenen biologischen Kraft, der reichsbildenden Kraft, durch eine soziale Neuordnung wiederzuerlangen, scheint England seine Kräfte einsetzen zu wollen, um auch außerhalb seines eigenen riesigen Herrschaftsbereichs eine Weltordnung aufrechtzuerhalten, ohne die es nicht leben zu können vermeint.

Wandlungen der Welt können aber nie aufgehalten werden, sie sind für starke Völker nur das Zeichen zur Vermehrung der eigenen inneren Stärke. Wenn England sich gegen Bauerntum und biologische Erneuerung, soziale Gerechtigkeit und eigenvölkische Entwicklung in der Welt für Juden-

tum, Intellektualismus und Kapitalismus schlägt, dann gefährdet es selbst sein Reich. Doch ist nicht endgültig entschieden, ob England diesen Weg des Herostratentums wirklich zu Ende gehen will. Durch seine Selbstzerstörung würde die Menschheit ärmer.

Otto Digel

Deutsche Kolonialpioniere und königliche Kaufherren

In jedem einzelnen Erdteil tritt die Leistung der Deutschen stets in anderer Gestalt in Erscheinung. Bildet das Deutschtum in Nordamerika einen unmeßbaren und unaustilgbaren Anteil am blutmäßigen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau des amerikanischen Volkes und Staates, so kann man mit Fug sagen, daß die jeweils verschieden gelagerten Deutschtumsgruppen in den Südamerikanischen Staaten zum größten Teil ihre Eigenart bewahrt haben. Ihre Leistung bei der Urbarmachung und Besiedlung weiter Räume ist im Gesamtkulturbild dieser Staaten nicht wegzudenken. — Wenn andererseits das Deutschtum in Asien und Australien zahlenmäßig immer verhältnismäßig gering war, so ist es doch stets im Hinblick auf die wirtschaftliche Erschließung und inbezug auf die Leistung deutscher Technik und Industrie für diese Gebiete von großer Bedeutung gewesen. — Läßt sich somit in Nordamerika und bis zu einem gewissen Grade auch für Südamerika von einer deutschen Massenleistung sprechen, so wäre bei der wirtschaftlichen und technischen Erschließung Asiens vor allem die Leistung einzelner deutscher Pioniere und wirtschaftlicher Unternehmungen herauszustellen.

In keinem Erdteil ist das Zusammenklingen beider Leistungsarten, der Einzelleistung wie einer deutschen Gesamtleistung, je so klar und vollkommen in Erscheinung getreten wie in Afrika; hier ging einer systematischen Erschließung und dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau großer geschlossener Gebiete durch deutsche Ansiedlung und deutsche Verwaltung eine intensive Durchforschung des „dunklen Erdteils“ durch einzelne deutsche Forscher auf kühnen und überaus gefährlichen Reisen und Expeditionen voraus. In keinem anderen Erdteil war aber auch die Zahl der deutschen Entdecker und Forscher so groß und die Ergebnisse ihrer Forschungen vermittelten ein solch umfassendes und nahezu erschöpfendes Bild eines bis dahin zum großen Teil unbekannt gebliebenen Kontinents, wie in Afrika.

Die Opfer waren überaus groß, denn von den über 70 namhaften und berühmten deutschen Entdeckern und Erforschern Afrikas mußte ein großer Theil den Wagemut mit dem Leben büßen. Sie liegen in Afrika begraben oder starben in die Heimat zurückgekehrt, allzu früh an den Folgen tropischer Fieber oder unerhörter Strapazen. Wenn heute das deutsche Volk mit klarer Bestimmtheit die Rückgabe seiner afrikanischen Kolonien fordert, so tut es dies nicht zuletzt aus der inneren Verpflichtung und Mahnung jener Opfer wertvollster deutscher Menschen heraus, die bei der Erschließung und Grundlegung dieses auf rechtmäßigem Wege erworbenen Kolonialbesitzes ihren Einsatz mit dem Leben bezahlten. Und in der Erkenntnis von der Bedeutung dieser deutschen Pionierarbeit in Afrika für die deutsche Weltgeltung und für den Erwerb unserer Kolonien selbst sollen in folgendem einige besonders hervorragende Führergestalten und Kolonialpioniere beleuchtet werden.

Gröben.

Der erste deutsche Pionier in Afrika und Schöpfer der ersten deutschen Kolonie an der afrikanischen Westküste ist der 1657 im Ermland geborene Otto Friedrich von der Gröben. Aus deutschen Uradel stammte er. Zwei seiner Vorfahren wurden als tapfere Führer in der Schlacht bei Tannenberg, in jenem tragischen Kampf des Deutschen Ordens gegen die Polen, erschlagen. In Otto v. d. Gröben mag das kühne und kämpferische Wesen der deutschen Ordensritter wieder lebendig geworden sein, denn früh schon zog es ihn in Kampf und unbekannte Ferne.

In Begleitung des in polnischen Diensten stehenden Obersten Menglin zog Gröben über Italien nach Malta und kämpfte mit dem Malteser Orden im östlichen Mittelmeer gegen die Türken. In abenteuerlichen Fahrten, bei denen er verwundet, gefangen und wieder befreit wurde, durchstreifte er den ganzen Mittelmeerraum, kam nach Syrien und Palästina, nach Ägypten und an die nordafrikanische Küste und kehrte nach achtjähriger Abwesenheit nach Berlin zurück, wo er als Kammerjunker am Hofe des Großen Kurfürsten mit seinen Berichten großes Aufsehen erregte. Der Große Kurfürst erkannte gerade in diesem an Erfahrungen und Erlebnissen reichen und kühnen Kämpfer und Seefahrer den für seine Kolonisationspläne geeigneten Mann.

Nach dem Sieg des Großen Kurfürsten über die Schweden bei Fehrbellin trat das kleine Brandenburg in die Reihe der europäischen Großmächte ein. Doch war das Land durch die jahrzehntelangen Kämpfe verarmt und bedurfte dringend neuer Geldmittel. Und eine der damals am reichlichsten fließenden Geldquellen war der Sklavenhandel, der zu jener

Zeit in keiner Weise Aufstoß erregte und von den europäischen Großmächten Holland, Spanien, England und Frankreich an der westafrikanischen Küste betrieben wurde. Die Neger wurden vor allem nach den spanischen Kolonien in Amerika verkauft, wo sie die Arbeit der viel weniger widerstandsfähigen Indianer übernehmen mußten.

Gleichzeitig versprach sich der Große Kurfürst sehr viel von einer Handelsniederlassung an der Guinea-Küste, wo besonders Gold, Elfenbein und Gewürze eingetauscht werden konnten. So beauftragte nun der Große Kurfürst im Jahre 1682 von der Gröben, an der Guinea-Küste einen Militärstützpunkt anzulegen, der seine Handelsbestrebungen sichern sollte. Schon zwei Jahre früher waren in des Kurfürsten Auftrag zwei Holländer dorthin gesegelt, die auch einen geeigneten Handelsplatz am Kap „Tres Puntas“ im heutigen Britisch-Guinea ausfindig machten und mit eingeborenen Häuptlingen Verträge abschlossen.

Auch bei dieser zweiten Fahrt waren die Kapitäne der beiden Fregatten „Kurprinz“ und „Morien“, sowie der größte Teil der Mannschaft Holländer, da im Deutschland der damaligen Zeit noch kein Verständnis für überseeischen Besitz und Kolonisation vorhanden war. Gröben aber hatte die gesamte politisch-militärische Leitung der Expedition und verstand es, auf Grund seiner reichen Erfahrungen und seiner hervorragenden Führereigenschaften, die beiden Schiffe trotz all der ungeheuren Schwierigkeiten, die einer Seefahrt zu jener Zeit durch die Unzulänglichkeit der Schiffsausrüstung und die stete Gefahr gefährlicher Krankheiten, besonders Storbut, erwachsen, zum Ziele zu führen. In seiner „Guineischen Reisebeschreibung“ schildert er in überaus lebendiger und anschaulicher Weise die Fahrt, die durch immer wiederkehrende Landungen an der westafrikanischen Küste zur Aufnahme von Nahrungsmitteln unterbrochen werden mußte, wobei man gleichzeitig einen ausgezeichneten Einblick in die Kolonisationsmethoden der damaligen Zeit erhält.

Auf einer Insel gegenüber der Guineischen Küste an der Mündung eines Flusses landete Gröben und hißte am 1. Januar 1683 auf dem Berg Mansro unter „Pauken und Schalmeien“ die kurbrandenburgische Fahne, den roten Adler im weißen Feld. „Und weil Seiner kurfürstlichen Durchlaucht Name in aller Welt groß ist, also nannte ich den Berg den Großen Friedrichsberg.“ Die Festung, deren Bau alsbald in Angriff genommen und zu einem wuchtigen und wohl konstruierten Fort ausgebaut wurde, erhielt den Namen Groß-Friedrichsburg. Noch heute sind die Ruinen dieser brandenburgischen Feste als Zeugen einstiger deutscher Macht an der westafrikanischen Küste zu sehen.

Gröben war noch während des Baues der Festung, an heftigem Tropenfieber erkrankt, in die Heimat zurückgekehrt, wo er weitere Kriegszüge mitmachte und sich dann auf seinen väterlichen Gütern niederließ. Es war die Tragik seines Lebens, daß er den Untergang seines Werkes, der Kolonie Groß-Friedrichsburg, noch erleben mußte.

Die Handelsniederlassung, die im Schutze dieser Festung im letzten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts rasch emporblühte, erregte bald den Neid der benachbarten kolonisierenden Mächte Holland und England und häufige Kämpfe entbrannten um den brandenburgischen Besitz.

Nach dem Tode des Großen Kurfürsten erlahmte das Interesse an der Kolonie und Kurfürst Friedrich III. ließ die brandenburgische Flotte so verkommen, daß acht Jahre lang kein Schiff ausgerüstet werden konnte, das die Kolonie mit Ausrüstungen und Soldaten hätte versehen können. Friedrich Wilhelm I. aber hatte überhaupt kein Interesse mehr an der überseeischen Kolonie, die ihm all zu viel kostete, da er sie immer wieder gegen die eiferfüchtigen Holländer und Engländer verteidigen mußte. Er verkaufte daher den ganzen Besitz im Jahre 1717 für 6000 Dukaten an die Holländer. Doch verteidigte der Negerhäuptling San Cuny, der seinem König, dem Großen Kurfürsten, die Treue geschworen hatte, noch volle sieben Jahre die Festung mit Erfolg gegen die Holländer und floh mit der brandenburgischen Flagge, damit sie nicht in feindliche Hände gerate, in den Urwald.

So zerfiel das Werk Friedrichs von der Gröben, und erst nach 200 Jahren gewann das Deutsche Reich wieder die Macht und vor allem das Interesse, überseeische Kolonien zu gründen.

Barth.

Für lange Zeit fiel Afrika in das Dunkel der Vergessenheit zurück und bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war es für die Mehrzahl der europäischen Staaten nur noch von geringem wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interesse. Wohl wurden im 17. und 18. Jahrhundert die Küsten und Umriffe Afrikas völlig bekannt, doch ging man erst im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts daran, das Innere des unbekanntem Kontinents zu erforschen.

Allen Staaten voran war es England, das aus wirtschaftlichen Gründen neue Absatzgebiete für seinen anwachsenden Handel suchte. In Englands Auftrag unternahmen denn auch deutsche Wissenschaftler Forschungsreisen durch Afrika, so z. B. Friedrich Hornemann, der um 1800 den nordöstlichen Teil der Sahara erforschte und von Tripolis über Murzuk zum erstenmal eine Nord-Süddurchquerung der Sahara bis zum Schad-See

durchführte, aber dabei ums Leben kam. Erst einem anderen deutschen Forscher sollte es gelingen, einen großen Teil Nord- und Zentralafrikas zu bereisen und mit seinem wissenschaftlich umfassenden und großartigen Werk gleichzeitig die Grundlage für alle weiteren Afrikaforschungen zu schaffen. Dieser Mann ist der Hamburger *Heinrich Barth*, der neben Livingstone als der größte Afrikareisende aller Zeiten gilt, — hat er doch während seiner 5½-jährigen Reise durch die gefürchtetsten Gebiete Zentralafrikas und des Sudans rund 20 000 Kilometer zurückgelegt.

Barth wurde am 16. Februar 1821 in Hamburg geboren und beteilte sich als geographischer Wissenschaftler von 1849—55 an einer englischen Expedition, die sich die Aufgabe gestellt hatte, quer durch die Sahara nach dem Sudan vorzudringen. Die Oberleitung hatte der englische Journalist James Richardson, der jedoch im Verlauf der Expedition am Fieber starb, worauf Barth die Leitung der Reise selbst übernahm. Ihn begleitete der für astronomische Messungen besonders vorgebildete Hamburger Gelehrte *Adolf Overweg*, der ebenfalls auf dieser Reise, und zwar bei der Erforschung des Tschad-Sees, dem Fieber erlag.

Allein und unter den allergrößten Schwierigkeiten und Strapazen setzte nun Barth seine Reise fort, da es ihn mit unwiderstehlicher Gewalt trieb, die geheimnisvolle Stadt zwischen Sahara und Sudan, Timbuktu, kennen zu lernen. Er durfte sich nur mit großer Vorsicht in dieser Stadt bewegen, da er als Christ unter den fanatischen Mohamedanern in steter Lebensgefahr schwebte. Als erstem Europäer gelang es ihm, diese Stadt lebendig wieder zu verlassen. Von Timbuktu zog er den Niger abwärts über Sokoto an den Tschad-See, wo er auf den Leipziger Naturwissenschaftler *Eduard Vogel* traf, der dem Forscher von England aus nachgesandt wurde, da man befürchtete, daß er ebenfalls umgekommen sei. Vogel hatte von London den bestimmten Auftrag erhalten, an Stelle des verstorbenen Richardson die astronomischen Forschungen auf der Barth'schen Expedition durchzuführen.

Während Barth afrikamüde durch die Sahara auf Karawanenwegen über Murzuk nach Tripolis zurückkehrte und im Herbst 1855 wieder europäischen Boden betrat, setzte der erst 26 Jahre alte Vogel seine Forschungen am Tschad-See und im unbekanntesten südlichen Sudan fort und hatte den kühnen Plan, in west-östlicher Durchquerung des Sudans zum Nil vorzudringen und nlabwärts zurückzukehren, wurde jedoch im Wadaigebiet wegen seiner Argwohn erregenden Forschertätigkeit und vor allem wegen seines vermeintlichen Reichtums ermordet.

Barth schrieb unmittelbar nach seiner Heimkehr ein 5-bändiges, für alle Zeiten grundlegendes Werk „Reisen und Entdeckungen in Nord- und

Zentralafrika“ und legte darin Zeugnis ab von seiner fast übermenschlichen Forschertätigkeit und von seinen phantastisch anmutenden Erlebnissen. Er hatte nicht nur den ganzen westlichen Sudan, die Flußgebiete des Niger und den Lauf des Benue sowie das Schadsee-Gebiet aufs genaueste erforscht und geographisch festgelegt, sondern auch Sitten und Bräuche der einzelnen Eingeborenenstämme im Sudan mit scharfer Beobachtungsgabe dargestellt und ein erschöpfendes Bild der Landschaft, des Menschen und seiner Umwelt gegeben.

Nachdem das Reisewerk Barths erschienen war, ergriff die ganze europäische Forscherwelt der Drang, ebenfalls weitere, bisher unbekannte Gebiete Afrikas zu erschließen und damit in die Reihe berühmter Entdecker einzutreten. Besonders eifrig zeigten sich im Verfolg der Afrikaerforschung deutsche Wissenschaftler und Forscher, die den Schleier, der bislang über dem Kontinent lag, lüfteten und durch ihre Reisen und Entdeckungen wesentlich dazu beitrugen, Afrika dem europäischen Menschen näher zu bringen und die Kolonisation durch den Weißen vorzubereiten. Es seien unter den zahlreichen deutschen Pionieren hier nur *Nohlfs*, *Nachtigal*, *Schweinfurth* und *Wissmann* genannt, die große abenteuerliche und ungemein aufschlußreiche Reisen und Durchquerungen Afrikas durchführten.

Nachtigal.

Wenn wir aus der Reihe dieser Forscher *Gustav Nachtigal* herausgreifen, so deshalb, weil er neben seiner Forschertätigkeit die überaus bedeutungsvolle politische Aufgabe erhielt, wichtige Kolonialgebiete für das Deutsche Reich zu gewinnen.

Gustav Nachtigal wurde im Jahre 1834 in Eichstedt bei Stendal geboren und ergriff die Laufbahn eines Militärarztes. Doch konnte er diesen Beruf nicht lange ausüben, da ihn ein schweres Lungenleiden zwang, im Süden zu leben. So ging er nach Algier und Tunis, wo er bald Haus- und Leibarzt des Beys von Tunis wurde. Nach kurzem Aufenthalt in der Heimat veranlaßte Gerhard Nohlfs, daß Nachtigal, der sich sehr rasch mit dem Wesen der Eingeborenen vertraut gemacht hatte, mit der Überbringung von Geschenken des Königs Wilhelm von Preußen an den Scheich Omar von Bornu betraut wurde. So zog er im Hochsommer des Jahres 1869 mit einer kleinen Karawane unter ungeheuren Schwierigkeiten von Tripolis durch die Wüste über Mursuk und über das Hochland von Tibesti bis zum Hauptort Bardai, auf welcher Reise er knapp der Gefangennahme und dem Tode durch Verdursten entrann. Nachtigal zog dann weiter zum Schadsee und unternahm von hier aus, nachdem er seine Geschenke überreicht und

damit die volle Gunst des Scheichs Omar erworben hatte, zahlreiche größere Expeditionen in die Nachbargebiete des Schadsees. Ganz besonders kühn war seine Reise durch Wadai, wo einst die beiden deutschen Forscher Vogel und von Beurmann ermordet worden waren und das als das gefürchtetste Gebiet im Sudan galt. Es gelang jedoch, über Wadai, Darfor und Kordofan den Nil zu erreichen.

Zu einem wahren Triumphzug gestaltete sich Nachtigals Heimreise nilabwärts und nach Europa, war er doch der erste Forscher, der den Verbindungsweg vom Schadsee zum Nil herstellte und damit der weiteren Erschließung Afrikas ganz neue Wege wies. Auf Grund seiner unendlich reichen Erfahrungen und Erlebnisse, die er in dem leider unvollendet geliebenen zweibändigen Werke „Sahara und Sudan“ niederlegte, ernannte ihn Bismarck im Jahre 1882 zum Generalkonsul in Tunis.

Mit Nachtigals Wirksamkeit beginnt die offizielle deutsche Kolonialpolitik in Westafrika. Im Frühjahr 1884 erhielt er von Bismarck den bedeutungsvollen Auftrag, an der Westküste Afrikas mit den eingeborenen Häuptlingen zu verhandeln und festzustellen, welche Gebiete des deutschen Schutzes bedürfen.

Die Niederlassungen deutscher Handelsfirmen, insbesondere von Bremer und Hamburger Kaufhäusern an der westafrikanischen Küste fühlten sich mehr und mehr bedroht durch die eigenmächtigen und selbstherrlichen europäischen Kolonialmächte, vor allem durch England, und sie wandten sich wiederholt mit der Bitte um Schutz und Hilfe an die deutsche Reichsregierung. Wenn auch Bismarck anfänglich einer deutschen Übersee- und Kolonialtätigkeit zurückhaltend, ja bisweilen ablehnend gegenüber stand, so änderte er doch auf Grund der unerhörten wirtschaftlichen und kolonialen Erfolge einiger Firmen wie Woermann und Lüderitz seine Haltung und sicherte ihnen den Schutz des Reiches zu. Diesen Schutz sollte nun Nachtigal offiziell übermitteln und gleichzeitig weitere wichtige Gebiete erwerben und diese ebenfalls unter den Schutz des Reiches stellen.

So landete Nachtigal am 2. Juli 1884 mit der „Möwe“ an der Togo-Küste und schloß mit dem König Mlaga von Togo den ersten Vertrag ab, worauf am 5. Juli dieses Gebiet feierlich zum Schutzgebiet des Deutschen Reiches erklärt und die deutsche Reichsflagge gehißt wurde. Einige Tage darauf, am 14. Juli 1884, hißte Nachtigal, nachdem auch mit diesen Eingeborenen die Verträge abgeschlossen waren, in Kamerun die deutsche Flagge, und so gelang es durch das blitzschnelle Handeln Nachtigals, in letzter Stunde diese wertvolle Kolonie vor dem geplanten Zugriff der Engländer für das Deutsche Reich zu gewinnen.

Darauf fuhr Nachtigal, obwohl seine Gesundheit durch übermenschliche Anstrengungen schon stark erschüttert war, nach Ungra Pepuena, dem heutigen Hafen Lüderichsbucht an der Südwestküste Afrikas, um auch die dortigen Handelsniederlassungen und das zum Teil von Lüderich schon erworbene Hinterland unter deutschen Schutz zu stellen. Es wurden mit den im Innern lebenden Häuptlingen die notwendigen Verträge abgeschlossen und Ende August des Jahres 1884 in Bethanien, im Innern Deutsch-Südwestafrikas, die deutsche Flagge gehißt.

Und wieder ging es zurück nach Kamerun, um dort die durch englische Machenschaften aufgeheizten Eingeborenen zu beruhigen. Doch als die „Möwe“ im Frühjahr 1885 zur Heimfahrt rüstete, lag ein schwerkranker Mann an Bord. Gustav Nachtigal, von heftigem Fieber befallen, starb bald nach seiner Abfahrt von der afrikanischen Westküste am 20. April 1885 als einer der bedeutendsten deutschen Afrikaforscher und als großer deutscher Kolonialpionier im Dienste seiner großen Mission für seine deutsche Heimat.

Woermann.

Wohl war es Nachtigal, der im Auftrag der Reichsregierung die offizielle Besitzergreifung für das Deutsche Reich vollzog, doch wäre diese letzte entscheidende Handlung nicht möglich gewesen, wenn nicht weitblickende deutsche Kaufleute aus eigenem Willen und kühnem Unternehmungsgeist die Voraussetzungen für eine koloniale Erwerbung geschaffen hätten. Zwei Männer haben sich durch ihre beispielhafte kolonialwirtschaftliche Pionierarbeit einen Platz in der deutschen Geschichte erworben: Adolf Woermann und Adolf Lüderich.

Woermann entstammt einer Hamburger Großfirma, die bereits unter dem Vater, Carl Woermann, rege überseeische Verbindungen pflegte und schon seit 1850 regelmäßige Fahrten nach Australien, Ostindien und Java einrichtete. Betrieb die Firma anfänglich die Leinenausfuhr im Großen, so erweiterte sie im Laufe ihrer Entwicklung ihre Interessen und handelte über ihre Faktoreien und Niederlassungen in tropischen Zonen mit den entsprechenden tropischen Erzeugnissen. Die Firma, in die der 1847 geborene A. Woermann im Jahre 1874 als Teilhaber aufgenommen wurde, wuchs außerordentlich rasch und baute für ihren immer stärker werdenden Handel in eigener Reederei eigene, für den überseeischen Handel besonders ausgerüstete Schiffe.

Im Jahre 1849 wurde zum erstenmal die westafrikanische Küste angelaufen und 1852 kam das erste Afrikaschiff in Fahrt, da es sich gezeigt hatte, daß ein Handel mit dem näher liegenden Afrika lohnender war als mit

Ostindien. Dieses Handelsgebiet wurde mit der Zeit völlig aufgegeben und ein regelmäßiger Schiffsverkehr zwischen Europa und Afrika angestrebt. Adolf Woermann, der auf eigenen Schiffen die väterlichen Niederlassungen in Indien, China und Japan kennen gelernt hatte, war zu der klaren Erkenntnis gekommen, daß ein Warenaustausch zwischen Europa und Afrika von größter Bedeutung für die europäische Wirtschaft und von vielversprechender Zukunft sei.

Die ersten Woermannschen Niederlassungen wurden in Liberia und im Jahre 1862 in Gabun gegründet, während die erste Niederlassung in Kamerun im Jahre 1868 entstand. Dem tatkräftigen und weitblickenden Kaufmannsgeist Woermanns gelang es in kurzer Zeit, sowohl den Handel als auch den Schiffsverkehr und den Schiffsbau erheblich zu steigern, sodaß der Handelsumsatz weit über den eigenen Firmenbedarf entwickelt werden konnte. Die bisher üblichen Segelschiffe wurden allmählich alle durch Dampfer ersetzt, die auf der vom Woermannschen Kaufhaus nun abgetrennten Reederei gebaut wurden.

Im Jahre 1884 erwarb A. Woermann zusammen mit Jantzen und Thormählen, die ebenfalls aus der Firma hervorgegangen waren, das Mündungsgebiet des Kamerunflusses. Hier wurden größere Landfaktoreien errichtet, doch waren diese Niederlassungen durch andere kolonisierende Mächte und vor allem durch die Eingeborenen selbst und durch die Gefahren des Küstenlandes ständig bedroht und in ihrer Tätigkeit schwer behindert.

So hatte wohl Woermann wertvolle überseeische Gebiete in den europäischen Handel einbezogen, konnte diese jedoch nicht gegen feindliche Angriffe, insbesondere seitens England verteidigen. Als nun 1884 Nachtigal im Reichsauftrag diese Gebiete mit großem Hinterland und mit Hilfe Adolf Woermanns, der ihm mit Rat, Tat und reicher Erfahrung zur Seite stand, unter deutschen Reichsschutz stellte, trat die Woermannsche Firma die seinerzeit erworbenen Länder und Zehntsrechte an das Reich ab. Andererseits hatte nun Woermann einen starken Einfluß auf die weitere koloniale Entwicklung und bestimmte durchaus deren neue Richtung, die er häufig gegen Bismarcks Ansicht im Interesse einer deutschen kolonialen Wirtschaftspolitik durchzusetzen vermochte.

Zu welcher Bedeutung das Woermannsche Unternehmen anwuchs, beweist die Tatsache, daß die Woermann-Linie (die durch Adolf Woermann mitbegründete Afrika-Dampfschiffahrts-AG.) im Jahre 1914 mit 43 Dampfern und 112 865 Register Tonnen einen regelmäßigen Verkehr zwischen Europa und Afrika vermittelte.

In der Zeit des großen Eingeborenenaufstandes in Deutsch-Südwest-

afrika versah Boermann allein den Transport an Mann, Pferden und Munition und trug wesentlich dazu bei, diesen Aufstand zu beenden.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß durch die Tätigkeit Boermanns ein ganzer Erdteil neu belebt wurde und Afrika um vieles näher an Europa gerückt ist, wurden doch nicht weniger als zwölf Linien vom Boermann-Haus nach Afrika betrieben. So wird verständlich, daß beim Tode dieses „königlichen Kaufmannes“, wie ihn Bismarck nannte, im Jahre 1911 auf einem ganzen Erdteil Halbmaß geschlagt wurde, war doch mit ihm „der größte Vertreter deutscher Macht im Auslande gestorben.“

Lüderitz.

Der Typus des zähen, energiegeladenen deutschen Kolonialpioniers wird neben Boermann vor allem durch Adolf Lüderitz vertreten. Er war es, der als erster Deutscher im heutigen Südwest entscheidend Fuß faßte. Dort liegt er auch begraben in diesem Lande, für dessen Gewinnung und Erschließung er bis zuletzt gekämpft hat — irgendwo unter den Wüstendünen. Verdurstet, erschlagen — wer weiß es. Aber sein Bild lebt im Gedenken der Deutschen fort.

Adolf Lüderitz wurde als Sohn eines Bremer Großkaufmanns am 16. Juli 1834 geboren und lernte im väterlichen Geschäft, das sich damals schon durch seinen Tabakgroßhandel einen Namen gemacht hatte, das weite Feld eines Bremer Kaufmannshauses kennen. Um auch Erfahrungen im Überseegeßäft zu erhalten, ging er als 20-jähriger nach New York, zog aber bald weiter nach Mexiko, wo er eine Zeit lang in einem deutschen Handelshaus arbeitete, das jedoch nach einiger Zeit den Konkurs anmelden mußte. Aber Lüderitz wollte nicht gleich wieder in die Heimat zurückkehren, hatte er doch noch keine eigene Arbeit in Übersee leisten können und wollte er doch in jungem Fernendrang die bunte, fremde Welt erleben. So gründete er auf eigene Faust eine Pferdefarm und hätte wohl bald dank seiner großen kaufmännischen Begabung reichen Nutzen daraus ziehen können, wenn nicht die immerwährenden Revolutionen sein Unternehmen vernichtet hätten.

Arm an Mitteln, jedoch reich an wertvollen, wenn auch zum Teil bitteren Erfahrungen kehrte er nach einem 5-jährigen Amerikaufenthalt nach Bremen zurück und übernahm die Leitung des Bremer Handelshauses. Schon im Jahre 1861 gründete er in Lagos an der Küste von Nigeria eine eigene Faktorei und erkannte sofort, wie wertvoll und notwendig eigene Niederlassungen und Besitztümer in Afrika für den deutschen Handel waren. In zwanzigjähriger Tätigkeit legt nun Lüderitz den Grund für seine späteren

kolonialen Erwerbungen. Im Jahre 1883 faßte er dann auch an der damals herrenlosen südwestafrikanischen Küste Fuß und legte dort Faktoreien an, die rasch größeren Umfang annahmen und den Handel des Lüderichschen Kaufhauses erheblich steigerten.

Lüderich arbeitete zäh und zielbewußt, sein Beauftragter, der erfahrene „Afrikaner“ H. Vogelsang erwarb den Hafen Angra-Dequena, der seit 1886 den Namen Lüderichbucht trägt, sowie einen zwanzig Meilen breiten Streifen Landes. Es gelang ihm, mit dem Hottentottenhäuptling Josef Fredericks am 25. August 1883 einen Vertrag abzuschließen, durch den Angra-Dequena mit weiterer Umgebung an Lüderich abgetreten wurde.

Jetzt war die Grundlage geschaffen für eine deutsche Kolonie an der südwestafrikanischen Küste, doch wurden dem Kaufmann durch die Engländer, die einst den Schutz über dieses Gebiet abgelehnt hatten, nun der Besitz streitig gemacht. Lüderich verstand es aber, Bismarck für seine kolonialen Pläne und Unternehmungen zu interessieren und erhielt die Zusicherung des Reichschutzes. Als nun Vogelsang, der sich in Angra-Dequena immer mehr durch die Engländer bedroht fühlte, dringend um den Schutz des Deutschen Reiches bat, wurde das Gebiet durch die am 24. April 1884 an den Konsul in Kapstadt gerichtete Depesche Bismarcks unter die Oberhoheit des Reiches gestellt. Die Flaggenhissung selbst erfolgte jedoch erst am 7. August 1884 durch Reichskommissar Dr. Nachtigal, der durch weitere Verträge und durch Setzen von Grenzpfählen das Gebiet besonders nach Norden hin wesentlich erweiterte.

Auch Lüderich verhandelte in der Folge noch mit verschiedenen Eingeborenensstämmen, wobei er vor allem den noch fehlenden Teil der Westküste dazu erwarb. Es war ihm jedoch nicht mehr möglich, dieses Gebiet, das damals etwa die Größe Preußens hatte, selbst zu verwalten und zu finanzieren, und so trat er seine Rechte im Jahre 1885 an die „Koloniale Gesellschaft für Südwestafrika“ ab, an der er mit einem Sechstel beteiligt blieb.

Lüderich fand in Deutschland sehr viele Gegner und Spötter, die ihm unter anderem den Vorwurf machten, daß sich diese „Sandkolonie“ in keiner Weise rentiere und nur eine Belastung der deutschen Finanzen darstelle. Doch ließ er sich in seinem Handeln nicht beirren, hatte er doch festgestellt, daß gerade die klimatischen Verhältnisse Südwestafrikas für eine europäische Daueriedlung geeignet waren, und darauf gründete sich sein Plan. Er wollte verhindern, daß der große Strom deutscher Auswanderer, der am Ausgang des 19. Jahrhunderts vor allem nach Amerika ging, weiterhin dem Deutschen Reich zahllose wertvolle Menschen entzog, sondern wollte viel-

mehr dahin wirken, daß die Ansiedlung Deutscher in Übersee systematisch gelenkt würde, damit die Ausgewanderten auf deutschem Besitz in Übersee weiterhin einen wichtigen Bestandteil des Reiches selbst bilden könnten. Allerdings wurde Lüderitz nur von den Wenigsten verstanden, obwohl sich seine Ideen bis zu einem gewissen Grade später doch verwirklichen sollten.

Eine gewisse Rechtfertigung nach außen hin für seine Südwestafrika-Politik gaben Lüderitz allmählich die Funde an Erzen, Kupfer und vor allem an Diamanten, die den Wert und besonders das Ansehen der Kolonie erheblich steigerten. So drängte es ihn festzustellen, wie groß diese mineralogischen Vorkommen tatsächlich waren. Er unternahm zu diesem Zweck eine kühne Fahrt den Oranjefluß aufwärts, von der er nie wieder heimkehrte. Auf seiner Fahrt ist Lüderitz im Oktober 1886 auf unbekannte Weise ums Leben gekommen.

Unter den deutschen Kolonialpionieren nimmt Adolf Lüderitz einen eignen Platz ein. Mit weitschauendem Blick hat er die Bedeutung überseeischer Kolonien für Deutschland erkannt, und es ist ihm schließlich auch gelungen, bei der deutschen Reichsregierung und insbesondere bei Bismarck selbst für seine Gedanken und für seine Arbeit Verständnis zu finden, Lüderitz hat auf die Gesamtentwicklung der deutschen Kolonialpolitik einen entscheidenden Einfluß ausgeübt und für Deutschland die gegenwärtig bedeutendste und deutscheste Afrikakolonie erworben hat.

Peters.

Die hervorragendste Persönlichkeit auf dem Gebiete deutscher Kolonialpolitik ist wohl unbestritten Carl Peters, der am 27. September 1856 zu Neuhaus an der Elbe als achttes Kind eines Landpastors zur Welt kam. Er wurde in eine Zeit hineingeboren, die angefüllt war von heftigem Streit für oder gegen deutschen Kolonialbesitz, in eine Zeit, in der die großen deutschen Afrikaforscher einen beträchtlichen Teil dieses Erdteiles dem Dunkel entrisßen hatten oder noch dabei waren, den Ruhm deutscher Kühnheit und deutscher Forschertätigkeit auf bedeutungsvollen Expeditionen zu verstärken und vermehren. Peters war schon in seiner Jugend von unbändigem Fleiß und selten scharfer Beobachtungsgabe und fühlte sich selbst durchaus als Führerpersönlichkeit. Er verband seine überragende geistige Veranlagung mit einem starken Geltungsbedürfnis, das ihm viel Anfeindung einbrachte.

Von entscheidender Bedeutung für sein ganzes künftiges Leben war es, daß er nach Beendigung seines Studiums von einem reichen, in London lebenden Onkel nach England eingeladen wurde, wo er die beste Gelegen-

heit hatte, das englische Volk und das Wesen der englischen Machtpolitik kennen zu lernen. Er beschäftigte sich eingehend mit der englischen Kolonialpolitik und kam zu der Überzeugung, daß Deutschland mit gleichem Recht und sicher auch mit demselben Erfolg auf kolonialem Gebiet arbeiten könnte, wenn nur der Wille und vor allem der nationale Stolz dazu vorhanden wäre. Er hätte seinem Onkel die größte Freude gemacht, wenn er Engländer geworden wäre und damit dessen reiches Erbe angetreten hätte, doch voll nationalen Selbstbewußtseins lehnte er dieses glänzende Anerbieten ab und kam im Herbst 1883 wieder nach Deutschland, um mit klarer Überzeugung und festem Willen für die Notwendigkeit eines deutschen Kolonialreiches in der eben erst erwachenden deutschen Kolonialbewegung praktisch mitzuarbeiten.

Diese Kolonialbewegung forderte aus zwei Gesichtspunkten heraus deutschen Kolonialbesitz. Einmal war man bestrebt, für die immer kräftiger sich entwickelnde deutsche Industrie Rohstoffgebiete zu erwerben, zum anderen hoffte man aus eigenen Kolonien geeignetes Siedlungsgebiet für die überaus zahlreich gewordenen Auswanderer zu schaffen.

Gerade dieser letztere Gesichtspunkt wurde von Peters als eine dringende Notwendigkeit vorangestellt, und er setzte sich nun auch mit seiner ganzen Persönlichkeit dafür ein. Mit organisatorischem Talent gründete er am 28. März 1884 mit dem Grafen Behr-Bandelin die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“, die alsbald den Plan faßte, auf eigene Faust, ohne die Hilfe des Reiches, ja in scharfem Gegensatz zu der deutschen öffentlichen Meinung das vom Grafen Joachim von Pfeil empfohlene, gegenüber von Sansibar liegende, herrenlose Gebiet in Ostafrika zu erwerben. Die damalige Stimmung in maßgebenden Kreisen Deutschlands war derart feindselig gegen den „abenteuerlichen“ Peters gerichtet, der „das ihm von der Gesellschaft anvertraute Geld für ganz andere egoistische Zwecke verwende“, daß die am 1. Oktober 1884 nach Sansibar abreisende Expedition, die nur aus vier Personen unter der Leitung von Peters selbst bestand, nur unter falschen Angaben des Reiseziels getarnt fahren konnte. Trotzdem war von irgendeiner Seite ihre Absicht verraten worden, denn als sie in Sansibar ankamen, wurden sie mit der amtlichen Warnung empfangen, „das Deutsche Reich könne ihnen weder Schutz für etwaige Landeserwerbungen zusichern, noch auch für ihre persönliche Sicherheit Gewähr leisten“, worauf Peters die scharfe Antwort gab, die Reichsregierung solle ihm den Schutz erst dann verweigern, wenn er darum bitte.

Trotz dieses entmutigenden Empfangs ließ sich Peters nicht beirren und führte, ganz unzureichend ausgerüstet, eine verwegene Expedition in

das Innere Ostafrikas durch, wobei zahlreiche Verträge mit den dortigen Häuptlingen abgeschlossen wurden. Schon nach Verlauf eines Monats, am 19. Dezember 1884, traf die Expedition wieder in Sansibar ein, und Peters fuhr sofort mit dem nächsten Dampfer nach Deutschland zurück, wo er das Auswärtige Amt um Genehmigung eines Schutzbriefes bat. Durch kluges und energisches Vorgehen und durch die Unterstützung von Geheimrat Rufferow gelang es Peters auch tatsächlich, schon am 27. Februar 1885 die Genehmigung des deutschen Schutzes, unterzeichnet vom Kanzler und Kaiser, zu erhalten. Damit war die Grundlage für Deutschlands größte und reichste Kolonie geschaffen durch das rasche und zielklare Handeln Peters.

Im Laufe der nächsten Jahre wurde das Gebiet durch verschiedene Verträge noch erweitert und Peters erhielt den Auftrag, mit dem Sultan von Sansibar, Said Bargasch, wegen der in dessen Besitz sich befindlichen Küstenzone zu verhandeln. Peters, als guter Menschenkenner und weitblickender Politiker machte dabei dem Sultan einige Zugeständnisse, die die in der Heimat sitzende „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ nicht verstehen konnte und sich bewogen fühlte, Peters abuberufen und an seine Stelle den Konsul Vohsen zu bestimmen.

Im Jahre 1889 schied Peters endgültig aus der „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“, wie die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ unbenannt worden war, aus, da die immer mehr kaufmännisch ausgerichtete Arbeit der Gesellschaft seinen hohen staatspolitischen Gedanken in keiner Weise entsprach.

Und dann kam der Höhepunkt seines Lebens: In den Jahren 1889/90 führte er die sog. Emin-Pascha-Expedition durch, die ihn zu dem hervorragendsten Kolonialpionier Deutschlands machte und ihm auf Grund seiner Forschertätigkeit und seiner Leistung als Expeditionsleiter hohe offizielle Auszeichnungen und Anerkennungen verschaffte. Diese Expedition, die ihn auf abenteuerlichen und überaus gefährlichen Wegen ins Innere Ostafrikas führte, hatte die Aufgabe, den damaligen Gouverneur der südlichsten Provinz des Sudan, der Äquatorial-Provinz, nämlich Emin Pascha, oder wie er eigentlich hieß, Eduard Schnitzer, aus seiner durch die Mahdi-Aufstände überaus bedrohten Lage zu befreien. Peters traf mit Emin Pascha, der mittlerweile von der Stanley-Expedition erreicht worden war, zusammen und sah damit seine Aufgabe als erfüllt an.

In einem wahren Triumphzug kehrte Peters nach Deutschland zurück, wurde aber durch die Intrigen jüdischer Parlamentarier und eifersüchtiger englischer Kolonialpolitiker in unerhört entwürdigender Weise angegriffen

und beschimpft und, obwohl seine Unschuld bewiesen war, sogar einem Disziplinarverfahren unterzogen. Mit 41 Jahren floh der seiner Ehre und seiner Leistungen beraubte Peters nach London, wo er 18 Jahre lang Gastfreundschaft genoss. Im September 1914 nach Deutschland zurückgekehrt, wollte er seine englischen Erfahrungen der deutschen Politik zur Verfügung stellen, wurde jedoch von der Regierung völlig abgelehnt.

Wohl wurden ihm bei seinem Begräbnis am 21. September 1918 durch den Kaiser und alle hohen Behörden höchste Ehren erwiesen, doch konnte die Persönlichkeit und die Leistung Peters' damals nicht verstanden werden.

Heute jedoch sehen wir in diesem „Revolutionär“, in diesem überragenden politischen Genie wieder das, was Peters wirklich war: Den größten deutschen Kolonialpolitiker aller Zeiten und eine der tapfersten, kämpferischsten und deutschesten Persönlichkeiten, die sich in Leben und Taten allen Anfeindungen und Widerständen zum Trotz bis zum Schluß in den Dienst Deutschlands gestellt hat und damit dessen Geltung in der Politik der Großmächte endgültig festigen half.

Paul Kohrbach

Deutsche Leistungen in Osteuropa

Die große ostwärts gerichtete deutsche Raumsiedlung kam seit dem 14. Jahrhundert zum Stillstand. Das hatte verschiedene Ursachen. Eine davon war sicher der furchtbare Bevölkerungsschwund durch den Schwarzen Tod. Europa soll durch ihn in den Jahren von 1348 bis 1350 über zwanzig Millionen Menschen, wahrscheinlich mehr als die Hälfte seiner damaligen Bevölkerung, verloren haben. Eine zweite, schon vorher wirksam gewordene Ursache war die Zunahme des Städtewesens, durch das ein Teil des ländlichen Bevölkerungsüberschusses in die Stadt gezogen wurde. Dazu kam drittens, daß die Bauern durch die wachsende Macht der Grundherren ihre Freizügigkeit immer mehr verloren. Dadurch, daß der im 12. und 13. Jahrhundert außerordentlich stark wirkende deutsche Siedlungsdruck aufhörte, erklärt sich auch, daß sich das polnische und das tschechische Volkstum ungeschmälert behaupten konnten. In diesen beiden Gebieten hatte das Slawentum überdies schon verhältnismäßig früh festere staatliche Formen gewonnen.

Mit der zusammenhängenden Raumsiedlung hörte aber der Einfluß der von den fremden Fürsten selbst geförderten deutschen Städtefiedlung im

europäischen Osten noch keineswegs auf. Das polnische, das böhmische und das ungarische Städtewesen sind fast ganz deutschen Ursprungs. Den Fürsten kam es darauf an, ihre Einkünfte zu erhöhen. Dazu brauchten sie Gewerbe und Handel, und beides kam mit den herbeigerufenen deutschen Kaufleuten und Handwerkern ins Land. Eine der frühesten Gründungen dieser Art war Danzig, das später mit dem Deutschordenslande Preußen zusammenwuchs. Schon am Ende des 12. Jahrhunderts beriefen die Herzöge von Pommerellen deutsche Kaufleute neben ihre Burg an der Mündung der Mottlau in die Weichsel, und im Jahre 1224 erhielt die Danziger Marktsiedlung durch Herzog Swantopolk deutsches Stadtrecht. In Prag besaßen die Deutschen schon am Ende des 11. Jahrhunderts gewisse Vorrechte, und 1235 erhielt die Altstadt, 1257 die Prager Kleinseite deutsches Recht. Krakau, das die Tataren 1241 zerstört hatten, wurde von Deutschen neu besiedelt und 1257 mit Magdeburgischem Recht ausgestattet. Buda (Ofen) und Pest waren schon zu Beginn des 13. Jahrhundert reiche, vorwiegend deutsche Gemeinden. Das Ofener deutsche Stadtrecht wurde zur Rechtsquelle für die meisten deutschen Gemeinden in Ungarn. Vor der Ankunft der Deutschen bestand an allen jenen Plätzen neben der Fürstenburg nur eine mehr oder weniger bedeutungslose Siedlung von eingeborenen Dienstleuten und fremden Händlern. Das deutsche Stadtrecht reichte im 14. Jahrhundert bis in das damalige russische (ukrainische) Fürstentum von Halitsch-Galizien.

Isolierte deutsche Siedlungen von besonderem Charakter waren der sogenannte Königsboden der Siebenbürger Sachsen und die Zips, wohin Deutsche von den ungarischen Königen als Hüter der Grenzpässe während des 13. Jahrhunderts gerufen wurden. Auch die Bergwerksstädte in Oberungarn (in der Zips) waren Gründungen deutscher Bergleute. Livland war eine überseeische Kolonie des Deutschen Reichs und spiegelte in seiner bunten Zusammensetzung aus Ordensland, geistlichen Fürstentümern und Hansestädten im Kleinen das Abbild des Reichs wider.

Der Niedergang des deutschen Städtewesens war in Polen zum großen Teil eine Folge der Gegenreformation. Die polnischen Könige seit Stefan Bathory (1575—1586) waren eifrige Förderer der Rekatholisierung, das deutsche Bürgertum in den polnischen Städten war aber meist der Reformation zugefallen, und die Deutschen zogen es vor, abzuwandern, anstatt wieder katholisch zu werden. An ihre Stelle schoben sich als die Hauptträger des polnischen Wirtschaftslebens fortan die Juden. In Böhmen machten die Hussiten der Blüte der deutschen Städte ein Ende. Seit den Hussitentrieben war Böhmen tschechisiert, d. h. es bestand ein tschechi-

ses Adelsregiment, und die alten deutschen Stadtrechte waren aufgehoben. In Ungarn wurde alles Städtewesen durch die Türkeninvasion im 16. Jahrhundert hinweggeschwemmt; nur Preßburg, das um das Jahr 1200 als deutsche Stadt gegründet worden war, blieb erhalten.

Der dreißigjährige Krieg dezimierte das deutsche Volk von neuem, ähnlich wie dreihundert Jahre früher der Schwarze Tod. Andererseits aber riefen die trostlosen innern Zustände, in die Deutschland nach dem Westfälischen Frieden zerfiel, trotzdem Auswanderungslust hervor. Am stärksten geschah es im Westen, wo die Plünderungen und Verwüstungen der Franzoseneinfälle, die kleinstaatliche Zersplitterung und der Religionsdruck der bald protestantischen, bald katholischen Fürsten, deren Konfessionswechsel die Untertanen zwangsweise mitmachen mußten, das Volk zur Verzweiflung brachten. Je kleiner der Fürst, desto größer war die Auszugung durch einen kostspieligen und gewissenlosen Hofhalt, durch die nutzlose Soldatenspielerci und den Verkauf der Untertanen in fremde Kriegsdienste. Diese Zustände riefen um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert in Westdeutschland, namentlich aus der Pfalz, schon eine zunehmende Auswanderung nach Amerika hervor.

Stärker als nach überseeischen Fernen war zunächst noch der Menschenabfluß nach dem durch die kaiserlichen Heere den Türken wieder entrissenen Ungarn. Die Türkenherrschaft hatte hier menschenarme Einöden zurückgelassen. Hauptberater des Wiener Hofes für die Wiederbesiedlung Ungarns war Prinz Eugen. Er riet der Regierung, nicht dem Verlangen der Magnatenfamilien nachzugeben, die sich während der Türkenzeit in dem *habsburgisch* gebliebenen Teil von Westungarn erhalten hatten und nun eine Ausstattung großen Stils in dem zurückeroberten Gebiet verlangten. Das Land wurde zunächst auch wirklich als freies Staatseigentum behandelt und sollte nach dem Rat des Prinzen eine von Deutschen besiedelte, unmittelbare Domäne der kaiserlichen Gewalt werden. Prinz Eugen erhielt selbst eine große Landdotation in Südungarn, die noch heute so genannte Schwäbische Türkei, und kolonisierte sie meist mit Württembergern, Badenern und Pfälzern. Auch im Banat, der Batschka und der Baranya, im Gebiet der Theiß und der unteren Donau, erhielt die Kolonisation vorwiegend südwestdeutschen Charakter. Daher rührt die Bezeichnung der ungarländischen Deutschen als Donauschwaben. Man schätzt die Gesamtzahl der deutschen Einwanderer nach Ungarn im Laufe des 18. Jahrhunderts auf 80 000 Seelen. Die Menschenverluste durch Krankheiten, namentlich Malaria, waren Anfangs sehr groß, aber allmählich gesundeten die Siedlungen, und bis zum Anfang des Weltkrieges war die Zahl der Nachkommen jener 80 000

Einwanderer bis auf über zwei Millionen gestiegen. Durch die Friedensdiktate sind sie heute unter Rest-Ungarn, Rumänien und Jugoslawien verteilt.

Die Ansiedlung der Donauschwaben war für jene Zeit eine große kolonialisatorische Leistung, aber sie war mit zwei Mängeln behaftet. Erstens wurde schon im Jahre 1773 das ganze Kolonisationsgebiet von der Wiener Regierung an Ungarn zurückgegeben. Damit war der Plan des Prinzen Eugen aufgegeben, der aus Südungarn „kaiserlich deutschen“ Boden machen wollte. Ein ebenso großer Fehler war, daß die deutschen Ankömmlinge zwar reichlich Boden erhielten, um eine gesunde Bauernwirtschaft zu begründen, daß man aber bei weitem das meiste Land den damals noch halb-wilden und halbnomadischen Rumänen und Serben überließ, von denen sich eine kleine Zahl auch unter der Türkenherrschaft erhalten hatte. Diese Leute waren Hirten und nutzten den Grund und Boden Anfangs nur als Weideland. Unter der geregelten kaiserlichen Verwaltung machten sie sich aber ansässig, wurden Bauern und hatten nun viel größeren Landbesitz als die Deutschen. Auch ihre natürliche Vermehrung war dauernd kräftiger als bei den deutschen Bauern, die um nicht ihr Land in immer kleinere Stücke teilen zu müssen, und außerstande, neue Tochter-siedlungen zu gründen, seit der letzten Jahrhundertwende mehr und mehr das Zweikindersystem annahmen.

Daß die Donauschwaben nicht, so wie fünfhundert Jahre früher die „Sachsen“ nach Siebenbürgen und die deutschen Bürger und Ritter nach Livland, mit dem Schwert, sondern mit dem Hut in der Hand kamen — glücklich, dem heimischen Druck zu entrinnen und ein schönes Stückchen Land zu erhalten — hat sich in der Folge dahin ausgewirkt, daß sich bei ihnen kein Herrenbewußtsein entwickelte. „Herrisch“, d. h. herrschaftlich, wurde bei ihnen gleichbedeutend mit Ungarisch, d. h. Magyarisch. Es entstand auch späterhin weder ein neues deutsches Stadtwesen, noch wurden deutsche höhere Schulen gegründet. Das bereitete einen gefährlichen Boden für die Magyarisierung. Erst der Weltkrieg und das Erscheinen deutscher Truppen in Ungarn hat den Donauschwaben ein Stück nationalen Selbstbewußtseins zurückgegeben. Die landwirtschaftliche Kultur Ungarns ist in der Hauptsache von Deutschen geschaffen. Die donauschwäbischen Bauernhöfe waren und sind noch heute Musterbetriebe in ganz Ungarn.

Mit in die österreichische Zeit gehört die Entstehung des Deutschtums in Galizien, nachdem dies Land durch die Teilungen Polens unter Habsburg gekommen war. Die galizische Hauptstadt Lemberg erhielt 1356 durch den polnischen König Kasimir den Großen Magdeburger Recht. Als sie

1772 an Osterreich fiel, war auch in ihr nicht mehr viel Deutschthum vorhanden. Kaiser Joseph II. zog aber bäuerliche deutsche Einwanderer aus dem Reich nach Galizien, und wie in Ungarn, so bildeten sich auch hier im ganzen Lande zerstreute deutsche Bauernkolonien. Etwa 80 von ihnen haben noch heute deutschen Charakter. Bis 1867 war die gesamte Verwaltung Galiziens deutsch. In dem Jahre wurde sie den Polen übergeben, und die Wiener Regierung trug unbesonnenerweise nicht Sorge dafür, daß die bodenständige deutsche Bevölkerung ihr deutsches Schulwesen auch weiterhin aus öffentlichen Mitteln bezahlt erhielt. Die evangelische Kirche schritt sofort energisch zum Abwehrkampf gegen die Polonisierung und schuf überall in den deutschen evangelischen Dörfern deutsche Privatvolkschulen. In den katholischen Dörfern aber nahmen nur wenige deutsche Geistliche den Widerstand gegen die Polonisierung auf. Den Mittelpunkt nicht nur des evangelischen Deutschthums, sondern des Deutschthums in Galizien überhaupt bilden die von Superintendent Zöckler in Stanislau geschaffenen Anstalten *).

Der Erfolg der Schwabensiedlung in Ungarn erweckte die Aufmerksamkeit der Kaiserin Katharina II. von Rußland. 1762 und 1763 erließ sie vielversprechende Manifeste zur Anwerbung von deutschen Einwanderern nach Rußland. Versprochen wurde, neben sonstigen lockenden Rechten, freie Wahl des Ortes der Niederlassung und des Berufs. Als aber die Deutschen kamen, wurden sie von dem Sammellager bei Oranienbaum, unweit Petersburg an der Küste des Finnischen Meerbusens, wider ihren Willen nach der unkultivierten Steppe am Unterlauf der Wolga in der Gegend von Saratow auf den Weg gebracht. Dort war ihre Ansiedlung nur sehr mangelhaft vorbereitet; wilde Tiere und kirgisische Räuberbanden bedrohten ihr Leben. Nicht wenige erlagen auch Krankheiten bei der mangelhaften Versorgung und Pflege. Erst in der zweiten Generation waren diese durch russischen Wortbruch und Organisationsunfähigkeit hervorgerufenen Nöthe überwunden, und die Kolonien kamen allmählich zur Blüte. Unmittelbar vor dem Weltkrieg betrug die Zahl der deutschen Wolgakolonisten nahezu eine halbe Million. Ihre Landwirtschaft war nur mittelmäßig, da sie zeitweilig den Fehler gemacht hatten, das russische System

*) Trotz Weltkrieg und Zusammenbruch des Habsburgischen Staates und trotz der ständigen Kämpfe zwischen Polen und Ukrainern ist es Zöckler gelungen, seine Anstalten zu erhalten und auszubauen: ein Mädchen- und ein Knabenheim, ein Heim für Gymnasiastinnen und Kostschülerinnen, ein Mittelschüler-Heim, ein Kandidatenkonvik, ein Diakonissenhaus, ein Siechenheim, eine Haushaltungsschule, ja sogar eine Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, in der viele heranwachsende deutsche Jungen eine tüchtige Ausbildung erhalten.

der periodischen Landumteilung unter die Gemeindeglieder teilweise anzunehmen, aber ihr Einfluß auf die industrielle Entwicklung, namentlich in dem rasch anwachsenden Saratow, war durch die Gründung großartiger Dampfmühlen und die Einführung verschiedener Gewerbe in den größeren Siedlungsorten bedeutend.

So gab es z. B. in der Kolonie Balzer, einem Dorf von 16 000 Einwohnern, deren Vorfahren aus Hessen stammten, zwei Ölmühlen, zwei große Dampfmühlen, acht holländische Windmühlen, eine Gießerei, eine Maschinenfabrik, zwei Appreturfabriken, eine mechanische Weberei, eine Wollspinnerei, vier Strumpffabriken, 300 Schustereien, 15 Färbereien, 17 Gerbereien, 12 Filzfabriken, 4 Ziegelbrennereien, 8 Wagenbauereien, 4 Sattlereien, 12 Tischlereien, 12 Fabriken für Schmiedewerkzeug und 1400 Handwebstühle! Das ist nur ein Beispiel dafür, was deutscher Fleiß und deutsche Energie im fernsten Osteuropa, seit über einem Jahrhundert getrennt von dem belebenden Zusammenhang mit der Heimat, leisten konnte, inmitten einer fremden Umwelt, aus der weder Anregung noch Belehrung zu schöpfen war. Auch daß Saratow aus einem hölzernen Steppendorf zu einer Großstadt von 250 000 Einwohnern herangewachsen war, ging größtenteils auf die Nähe der deutschen Kolonien zurück.

Kaiser Alexander I. folgte dem Beispiel seiner Großmutter Katharina, als er während der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts Deutsche als Kolonisten in die Steppen des damals sogenannten Neu-Rußland berief. Es war dies das weitgedehnte, von Natur fast baumlose Schwarzerde-Gebiet, das sich von den Küsten des Schwarzen Meeres viele Hundert km landeinwärts erstreckt und bis zur Annerion durch Katharina II. den krimischen Tataren gehört hatte, Vasallen des türkischen Sultans. Es war fast unbesiedelt, und hier hatte der Feldmarschall Potemkin, der Günstling Katharinas, seine verächtigten Dörfer aufgebaut, um die Kaiserin davon zu überzeugen, daß sie ein wertvolles Land erworben hatte. Die Blockhäuser waren am Ufer des Dnjepr, auf dem die kaiserliche Yacht hinabfuhr, schnell zusammengeschlagen worden, und die dorthin beorderten Bauern wurden des Nachts, wenn das Kaiserschiff vor Anker lag, immer ein Stück weiter in die nächste Scheinsiedlung getrieben, um am Tage die vorüberfahrende Kaiserin „jubelnd zu begrüßen“.

Aus diesem betrügerischen Schein wurde durch deutschen Fleiß zwei Menschenalter später Wahrheit. Im ganzen wurden von 1804 bis 1823 über 170 deutsche Schwarzmeer-Kolonien gegründet. Die Zahl der Zuwanderer während der Hauptsiedlungsperiode betrug etwa 110 000 Seelen, denen über eine halbe Million Hektar Kronland angewiesen wurde. 1835,

schon unter der Regierung Nikolais I. war die Zahl der Siedlungen auf 287 gewachsen, 1890 auf 496 und 1914 auf 1077. Je länger desto mehr hatte sich aus dem deutschen Bauerntum heraus eine Art von ländlichem Großgrundbesitzerstand entwickelt, und die großen Einzelgüter, von denen manche 1000 Hektar und mehr an gekauftem Land umfaßten, sind bei der Zahl 1077 miteingerechnet. Die Gründung so zahlreicher Tochterkolonien ging zurück auf die wirtschaftliche Tüchtigkeit und den großen Kinderreichtum der Deutschen. Nicht selten traf man Familien mit 10 oder 12 Kindern, ja selbst 18 Kinder kamen vor. Da es Sitte war, das Land höchstens in vier Teile zu teilen, so mußte für die Mehrzahl des Nachwuchses neues Land gekauft werden, was die steigende Wohlhabenheit der Kolonisten ohne weiteres ermöglichte.

Die Zunahme des Deutschtums im Schwarzmeer-Gebiet war so stark, daß ein Teil der Nachkommenschaft schon nach Westsibirien und dem Kaukasus abzuwandern begann. Im ganzen zählte man weit über eine Million deutscher Schwarzmeer-Bauern. Wer in der Zeit vor dem Kriege als Deutscher zu ihnen kam, und ihre reichen, blühenden Dörfer, ihre stattlichen Höfe, die großen Wirtschaften, zu denen sich manche Besitztümer entwickelt hatten, ja, Riesengebiete wie die berühmte *Ascania Nova* der Familie Falz-Fein, kennen lernte, der hatte einen mächtigen Eindruck von diesem deutschen Bauernwohlstand im Osten. Auch der ukrainische Bauer rückte in der Steppe nach, aber die Verwandlung des ukrainischen Schwarzerde-Gebiets in eins der größten Weizenproduktions-Länder der Welt ging zu einem Hauptteil auf die Pionierarbeit der von Alexander I. berufenen deutschen Kolonisten zurück. Man muß auch sagen, daß unter diesem Kaiser die Ansiedler von vornherein ehrlicher behandelt und besser betreut wurden, als unter Katharina.

Schon der Weltkrieg fügte den Deutschen bedeutende Verluste zu, doch fanden die deutschen Truppen beim Einrücken in die Ukraine noch viel Wohlhabenheit und freundige Aufnahme. Das mangelhafte Interesse, das vor dem Kriege im Reich für das Außendeutschtum bestand und seine Vernachlässigung im Schulunterricht waren schuld daran, daß nicht nur die deutschen Soldaten, sondern sogar ihre Offiziere aus einem Staunen ins andre fielen, als sie am Dnepr, am Don und im Kaukasus so viele deutsche Landsleute fanden.

Nicht so ausgedehnt und nicht so reich, aber immerhin bedeutend, war das deutsche Siedlertum in Wolhynien. Dort waren die russischen Gutbesitzer froh, nach der Aufhebung der Leibeigenschaft unter Alexander II., als sie nicht mehr unbeschränkt über die Arbeitskraft ihrer Bauern verfügen

konnten, einen Teil ihres Landes an deutsche Kolonisten verkaufen zu können. Wolhynien hat große Eichenwälder, aber es gab keine Möglichkeit, sie ohne Abfuhrwege zu verwerten. So wurden weite Strecken des kostbaren Holzes von den Zuwandern niedergeschlagen und verbrannt, um Ackerland zu gewinnen.

Die deutschen Wolgabauern saßen annähernd geschlossen auf einem Raum etwa von der halben Größe Ostpreußens; die Siedlungen im Schwarzmeergebiet und in Wolhynien lagen weit zerstreut über ein Gebiet von fast der doppelten Größe Deutschlands. Während des Weltkrieges mußten die Wolhynier ihr Land verlassen und wurden von den russischen Behörden bis nach Sibirien abtransportiert. Als sie wiederkamen, fanden sie ihre Häuser verbrannt und verwüstet, ihre Felder voll Unkraut, aber sie machten sich mit zäher Energie an den Wiederaufbau. Jetzt besteht eine wolgadeutsche Zwangs-Sowetrepublik unter dem härtesten Druck der unerfättlichen Getreideforderungen der roten Machthaber. Vom Schwarzmeer-Deutschtum existieren nur noch gequälte Reste. Wolhynien ist zwischen Sowetrußland und Polen geteilt. Die Polen unterdrücken alle Versuche, wieder ein deutsches Kulturleben in Schule und Kirche aufzurichten, und die Sowetregierung hat einen Grenzstrich von über 50 km Breite von Finnland bis in die Nähe des Schwarzen Meeres menschenleer gemacht und wüste gelegt, um militärische Angriffe von Westen her zu erschweren.

Blicken wir auf die gewaltige Summe deutscher Kulturleistungen und Kultureinflüsse in Osteuropa zurück, so sehen wir, daß Vieles davon im Lauf der Jahrhunderte von der Oberfläche verschwunden ist, aber in der Tiefe dauern die Wirkungen bis heute fort. Dazu gehört auch, daß Polen als Staat und nationales Gemeinwesen erst dadurch lebensfähig geworden ist, daß namentlich in den an Deutschland und Österreich gekommenen Teilgebieten durch eine deutsch geleitete Erziehungsarbeit von 150 Jahren erst ein gebildeter und besitzlicher polnischer Mittelstand geschaffen wurde. Den gab es zur Zeit der polnischen Adelsrepublik überhaupt nicht, und daran ist Polen einst zugrunde gegangen. Im Baltikum hätte sich ohne die deutsche Kolonisation die russische Macht im 13. Jahrhundert bis an die Ostsee ausgedehnt. Als die Deutschen ankamen, reichte das russische Fürstentum Pologzk fast bis an die Dünamündung, und die Deutschen haben Dorpat nicht von den Esten, sondern von den Russen erobert. Die Eingliederung der baltischen Gebiete in den abendländischen Kulturbereich, als deren geschichtliche Voraussetzung die politische und militärische Eroberung war, ist keine der geringsten deutschen Leistungen in Osteuropa.

Die Donauschwaben

1.

Unter dem Begriff der Donauschwaben faßt man die in der sogenannten Wojwodina, d. h. in dem Südslawischen Banat, in der Batschka und in der Baranya siedelnden Deutschen zusammen, zu denen zwar nicht geographisch, aber aus historischen und Gründen der Stammeszugehörigkeit auch die Deutschen Kroatiens und Slawoniens gehören. Wie alle anderen deutschen Volksgruppen des Südostens, sitzen auch die Donauschwaben auf dem Boden, der schon viel früher von Deutschen bewohnt, und in den schon Jahrhunderte früher der Pflug des deutschen Bauern seine Furchen schnitt. Die Donauschwaben sind daher auf den von ihnen bewohnten Gebieten keine Fremdlinge, wenn auch die Kontinuität der deutschen Siedlungen durch Kriege und Entnationalisierung für längere Zeit unterbrochen wurde.

Deutsche Siedlungen lassen sich bereits im 13. Jahrhundert nachweisen. Es kann jedoch angenommen werden, daß auch früher schon Einwanderungen Deutscher stattfanden, deren Spuren man heute aber nicht mehr nachweisen kann. Der erste große Schlag für das gesamte Südostdeutschum, der Mongolensturm der Jahre 1241 und 1242, wirkte sich bis in diese südlichsten Gebiete deutscher Siedlungstätigkeit aus und schädigte auch hier das in der ersten Blüte befindliche deutsche Leben in empfindlichster Weise. Allerdings überwand die jugendliche Kraft der deutschen Siedler diesen ersten Schlag und es folgte eine neue Blütezeit, in der neben dem Entstehen zahlreicher kleinerer Siedlungen schon die ersten Ansätze zur Bildung größerer, städtischer Gemeinden erkennbar sind. Was einige Jahrhunderte später, unter Maria Theresia und Josef II., Tatsache wurde, die Erfassung und Ausfüllung dieses Raumes durch den deutschen Menschen, hätte schon zu jener Zeit Wirklichkeit werden können. Das von Osten heranziehende osmanische Gewitter machte aber auch diesen Ausichten ein Ende.

Die türkische Macht zertrümmerte zunächst in der Schlacht auf dem Amselfelde (1348) das Reich der Serben, die sich von diesem Schlag lange Zeit nicht mehr erholen konnten. Dann begannen im 15. Jahrhundert die türkischen Einfälle nach Ungarn, die zu Beginn des 16. Jahrhunderts in der Schlacht von Mohacs schließlich ihr Ziel, die vollständige Zertrümmerung Ungarns, erreichten. Der Sultan beherrschte nun außer dem ganzen Balkan auch den größten Teil der ungarischen Tiefebene, nur im Osten erhielt sich Siebenbürgen eine gewisse Selbständigkeit. Die lange Dauer der Türkenherrschaft, wie auch die vielen Raubzüge der osmanischen

Heere, die sie zweimal bis vor die Tore Wiens führten, brachten aber für das deutsche Leben in allen diesen Gebiete das Ende. Nomadenherrschaft verträgt sich nicht mit deutscher Städtkultur und auch nicht mit der bodenverwurzelten Art des deutschen Bauern. Das auf vollständiger Auszugaung und Unterdrückung der unterworfenen Bevölkerung beruhende Herrschaftssystem der Türken mußte den deutschen Siedlungen den Untergang bringen. Als die Heere Habsburgs nach einer türkischen Herrschaft von anderthalb Jahrhunderten die ehemals von Deutschen bewohnten Gebiete wieder in Besitz nahmen, war von dem ehemals blühenden deutschen Leben keine Spur mehr vorhanden.

2.

Was heute an Deutschtum in der Wojwodina, in Slawonien und Kroatien vorhanden ist, verdankt seine Ansiedlung ausschließlich der Initiative der Habsburger und ihrem Bestreben, die vollständig wüsten und menschenarmen, neugewonnenen Gebiete durch Ansiedlung fleißiger und hochstehender deutscher Bauern wieder rentabel zu machen. Die Ansiedlung setzte unmittelbar im Gefolge der habsburgischen Offensive nach Osten ein, die im Anschluß an den großen Sieg über die Türken vor Wien im Jahre 1683 vor sich ging. Das schon geschwächte türkische Reich hatte vor Wien mit einer letzten Kraftanstrengung versucht, die Macht der Habsburger zu brechen und über Wien tief in das deutsche Land vorzustoßen. Seine Niederlage vor Wien machte diesem Versuch aber für immer ein Ende und drängte es endgültig in die Defensive. Mit neuem Mut nahm das Deutsche Reich den Krieg gegen die wankende osmanische Macht auf, und schon drei Jahre nach der Schlacht bei Wien fiel Ofen, die Hauptstadt Ungarns, nach hundertfünfzigjähriger Herrschaft der Türken wieder an das Abendland zurück. Große Teile Ungarns wurden damals zurückerobert und dem Habsburgischen Reiche einverleibt, und nur die Randgebiete des ehemaligen ungarischen Reiches, darunter auch das Banat und Teile der Batschka und Baranya blieben weiter unter türkischer Herrschaft. Im Jahre 1712 schlug mit dem Frieden von Passarowitz dann auch für diese Gebiete die Stunde der Befreiung. Kaiser Karl VI. erwarb sie von den Türken zurück und unterstellte sie der kaiserlichen Verwaltung.

Unter dem kaiserlichen Feldmarschall, dem Lothringer Graf Mercy, wurde das große Werk der Wiederkultivierung der neuerworbenen Gebiete in Angriff genommen. Nach einigen vorbereitenden Jahren, während denen die notwendigsten Kanalisierungsarbeiten zur Trockenlegung der Sümpfe vorgenommen wurden, berief man im Jahre 1722 die ersten Siedler ins Land. Es waren Deutsche aus Süd- und Westdeutschland, die in Ungarn

nach dem Großteil der damaligen deutschen Auswanderer den Namen „Schwaben“ erhielten. Sie wurden zunächst in den südlicheren Gegenden angesiedelt, um hier die Grenze gegen die Türken sichern zu helfen, und diesen wüsten Teil der ehemals unter türkischer Herrschaft befindlichen Gebiete wieder urbar zu machen. Die etwa 15.000 zuerst eingewanderten Deutschen erfüllten die in sie gesetzten Erwartungen in jeder Hinsicht und es war vorauszusehen, daß in kurzer Zeit wieder blühende Dörfer an Stelle der ehemals wüsten und leeren Dörfer stehen würden. Dann brach aber im Jahre 1736 ein neuer Türkentrieg aus, der sich für Osterreich ungünstig gestaltete. In den Kriegsjahren kam noch die Pest, sodaß im Jahre 1739, bei Beendigung des Krieges, von den 15.000 Siedlern nurmehr einige Tausende übrig waren.

Der erste Mißerfolg konnte jedoch die kaiserliche Verwaltung, die mit allen Mitteln danach strebte, die neugewonnenen Ländereien auch für den Staatsfäkel dienstbar zu machen, nicht entmutigen. Im Jahre 1744 begann, nach neuerlichen Kanalisations- und Entsumpfsungsarbeiten, eine neue Werbung für die Ansiedlung. In drei Ansiedlungsperioden 1744—1752, 1765—1778 und 1784—1788 setzte der österreicherische Staat unter Maria Theresia und Josef II. von neuem deutsche Siedler, auch diesmal aus West- und Süddeutschland, an. Und diese letzte große Siedlungsaktion (Zuzug von Einzelsiedlern, die von ihren Unverwandten nachgeholt wurden, und Privatsiedlungsaktionen von adligen Grundherren hat es auch weiter gegeben) hatte Erfolg. Die friedlichen Zeiten begünstigten die Vermehrung der deutschen Ansiedler, ihr Fleiß setzte sich selbst unter den außerordentlich schweren Verhältnissen in der neuen Heimat durch und auf den ehemals wüsten Flächen, an Stelle von ausgedehnten Sümpfen endstanden blühende Dörfer und fruchtbare Äcker.

3.

Das weitere Geschick der heute zu Südslawien gehörenden Schwaben unterscheidet sich in keiner Weise von dem des übrigen Südostdeutschtums. Der Dank Maria Theresias für die Wassenhilfe der madjarischen Abligen im siebenjährigen Krieg bestand in der Rückgabe der neu erworbenen Gebiete an Ungarn. An die Stelle der kaiserlichen Grundherrschaft trat vielfach der madjarische Grundherr, Robott und Abgaben wurden immer drückender und standen bald in nichts den Zuständen in der alten Heimat nach, vor denen die Siedler in die Fremde geflohen waren. So ist es verständlich, daß das stark sozial getarnte nationale Freiheitsstreben des Madjarentums bei den Schwaben auf viel Sympathie stieß. Und als im Jahre 1848 die madjarische Revolution gegen Habsburg ausbrach, und die

Madjaren ihren nationalen Freiheitskampf zu einem Kampf aller „freiheitlichen“ Elemente des Ostens gegen Habsburg zu machen wußte, da standen die Schwaben in ihrer Mehrzahl auf Seiten der madjarischen Rebellen.

Die in jener Zeit zwischen den Schwaben und den Madjaren angespannten Fäden der Sympathie erleichterten dann später, als die Madjaren mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich des Jahres 1867 die alleinigen Herren in ihrem Lande wurden, das Werk der Madjarisierung. Aber auch die Zusammensetzung der schwäbischen Volksgruppe bot den Madjaren günstige Angriffspunkte. In der fast rein bäuerlichen Volksgruppe fehlte eine geistige Führerschicht, die den Abwehrkampf gegen die Madjarisierungsbestrebungen zu führen imstande gewesen wäre. Wollte aber ein Bauer seinen Sohn studieren lassen, so setzte er ihn damit zugleich der Madjarisierung aus. Durch die Madjarisierung der Schulen war die Kenntnis der madjarischen Sprache für einen „Aufstieg“ aus dem Bauerntum in den Stand der Gebildeten Bedingung. Die Erlernung der madjarischen Sprache ließ sich aber nur durchführen, wenn neben den Unterricht in der Schule auch noch der Verkehr in madjarischen Kreisen dazu kam. Unwillkürlich suchten so die gebildeten Schwaben mehr und mehr den Verkehr der Madjaren und bedienten sich auch untereinander der madjarischen Sprache. Der schwäbische Dialekt aber wurde dadurch schließlich zur Sprache der Bauern, während die madjarische Sprache als die Sprache der Gebildeten galt. Wenn ein Schwabe einmal das Kleid des Bauern auszog, war es für ihn in den meisten Fällen selbstverständlich, daß er auch die madjarische Sprache annahm.

Dem Kern des schwäbischen Volkes hat die Madjarisierungsaktion des ungarischen Staates allerdings wenig geschadet. Als im Jahr 1918 der ungarische Staat zerfiel, da zeigte es sich, daß der schwäbische Bauer doch gut deutsch geblieben war. Die Madjaren hatten zwar die Bildung eines schwäbischen Mittelstandes zu verhindern gewußt und das eigene Volkstum durch die Einschmelzung wertvollsten deutschen Blutes bereichert, aber der bodenverwurzelte schwäbische Bauer hatte allen Angriffen standgehalten. Und dieses bodenverwurzelte Bauerntum war es auch, von dem in den Jahren nach 1918 die Erneuerung der schwäbischen Volksgruppe ausging und das vom madjarischen Druck befreit, in den ersten Jahren größerer Bewegungsfreiheit im neuen Vaterland Südslawien daran ging, die Verhältnisse der Vergangenheit nachzuholen und sich eine geistige Führerschicht zu schaffen. Heute aber ist diese Entwicklung soweit gediehen, daß die Zukunft der schwäbischen Volksgruppe in Südslawien von diesem Standpunkt aus als gesichert betrachtet werden kann.

Wie groß die Fruchtbarkeit der Schwaben gewesen sein muß, geht aus dem Umstand hervor, daß trotz der dauernden Absaugung emporstrebender Teile der Volksgruppe durch das Madjarentum und trotz zeitweiser Erfolge der Madjarisierung auch bei Bauern, sich die wenigen Zehntausende der seinerzeitigen Einwanderer bis heute auf nicht weniger als 610.000 vermehrt haben. Die Wojwodina zählt heute 450.000 und Kroatien und Slowenien zählen insgesamt 160.000 deutsche Einwohner. Zahlreiche große Städte mit deutscher Mehrheit oder zumindestens einer starken deutschen Minderheit legen Zeugnis davon ab, daß die Schwaben die ihnen seinerzeit zugedachte Aufgabe, Kulturbringer zu sein und die früher vollkommen verödeten Gebiete wieder zu bevölkern, restlos erfüllt haben. Allerdings haben sich die letzten vier Jahrzehnte, in denen die Kinderbeschränkung bei den Schwaben einnistete, während die anderen Völker des Landes ihre Fruchtbarkeit beibehielten, sehr ungünstig ausgewirkt. Das fremde Volkstum ist in ständigem Vordringen begriffen und das Deutschtum wird in immer mehr Gemeinden in die Minderheit gedrängt.

Heute noch haben in der Batschka die Deutschen in 35 Gemeinden die Mehrheit, eine starke Minderheit in weiteren 49. An Städten und größeren Orten in der Batschka sind zu nennen: Neusatz mit 56.000 Einwohnern, davon 9000 Deutsche, Maria Theresiopoliß mit 101.000 Einwohnern, davon 2600 Deutsche, Aputin mit 13.000 Einwohnern, davon 12.000 Deutsche, Brestowag mit 5000 Einwohnern, davon 4500 Deutsche, Eservenka mit 9000 Einwohnern, davon 7000 Deutsche, Neu-Verbaß mit 7500 Einwohnern, davon 6500 Deutsche, Palanka mit 5500 Einwohnern, davon 4000 Deutsche, u. a. m.

In der Baranya liegen die Verhältnisse rein zahlenmäßig insofern günstiger, als die Zahl der Gemeinden, in denen die Deutschen in der Minderheit sind, diejenigen mit einer deutschen Mehrheit weniger übersteigt. 13 Gemeinden mit einer deutschen Minderheit stehen hier 10 Gemeinden mit einer deutschen Mehrheit gegenüber.

Im Banat stehen 61 Gemeinden mit deutscher Minderheit 39 Gemeinden mit deutscher Mehrheit gegenüber. Im Gegensatz zur Baranya, in der hauptsächlich kleinere Gemeinden liegen, umfaßt das Banat zahlreiche große und sehr große Gemeinden, wobei das Deutschtum in den Städten bis auf Weißkirchen in der Minderheit ist. An Städten sind zu nennen: Groß-Betscherek mit 27.000 Einwohnern (8000 Deutsche), Großkikinda mit 26.000 Einwohnern (6000), Pantchowwa mit 19.000 Einwohnern (7000),

Weißkirchen mit 9000 Einwohnern (5000), und Wersches mit 27.000 Einwohnern (13.000).

Durch das nationale Wiedererwachen im Jahre 1918 haben die Donauschwaben den geistigen Anschluß an das Gesamtdeutschtum wieder gefunden. Ihr gesamtes völkisches Leben schwingt heute in demselben Rhythmus, der bestimmt ist durch den gewaltigen Aufschwung, den das Reich genommen hat, und der das Deutschtum der ganzen Welt erfaßt hat. Es ist daher erklärlich, daß sich auch alle die Auseinandersetzungen wiederholen, die im Reich notwendigerweise im Gefolge eines der gewaltigsten Umbrüche in der Geschichte eines Volkes einhergehen müssen. Die ältere Generation kann sich nicht von heute auf morgen umstellen und will doch die Führung nicht abgeben. Zu derselben Zeit stürmt die Jugend mit dem ganzen Elan, dessen sie fähig ist, gegen die alte Führung an und pocht mit Recht auf ihre der heutigen Zeit entsprechende Einstellung. Diese ganzen Generationsprobleme aber werden noch verschärft durch die Wirksamkeit überstaatlicher Kräfte, die, seit sie im Reiche nichts mehr zu sagen haben, ihr Wirkungsfeld ins Ausland verlegt haben. Der dadurch innerhalb der Volksgruppe entstehende Kampf von Volksgenossen gegen Volksgenossen war gewiß nicht erfreulich und im Moment gewiß schädlich. Man kann aber auch eine Entwicklung, die im Begriffe ist, ein Volk von Grund auf umzugestalten, nicht künstlich unterbinden. Wenn man daher in Bezug auf die Auseinandersetzungen innerhalb des Donauschwabentums, wie selbstverständlich bezüglich der Kämpfe innerhalb des Auslandsdeutschtums überhaupt, einen Wunsch äußern darf, so kann er sich nur auf die Form der Auseinandersetzungen beziehen. Denn noch nie ist ohne tiefes Ringen und schweres Bemühen Wertvolles zustande gekommen. Und die Volkwerdung des Donauschwabentums, das auf der Flucht vor den Zuständen der Heimat seine heutigen Wohnsitze bezog und dann durch mehr als ein Jahrhundert das Kräfteereservoir für ein fremdes Volk abgab, wird nicht eher vollzogen sein, bis nicht die Probleme der deutschen Gegenwart durchkämpft und durchgerungen sind.

—b.

Volksgeschichtliche Kezereien

Eine ziemlich einleuchtende Meinung über die deutsche Volksgeschichte sieht die eigentliche Tragik ihres Verlaufs in jener doppelten Spaltung, die sich in den letzten vier Jahrhunderten herausgebildet hat: im konfessionellen Gegensatz und im Dualismus Preußen-Osterreich. Der einzelne Forscher

löst dann je nach Temperament und weltanschaulicher Stellung die Probleme dadurch, daß er sich auf die eine Seite schlägt, eine versöhnende Synthese sucht oder aber vielleicht sogar nach dem Prinzip handelt: „Die Pyrenäen übersteigt man, in dem man sie umgeht.“ Alles Einleuchtende ist leicht verbreitbar wie die rasche Musik eines Schlagers. Alles Einleuchtende ist aber auch verdächtig.

Die großen Veränderungen des Welt- und Menschenbildes, die sich heute zumindest in Europa, vielleicht sogar auf anderen Kontinenten durchsetzen, machen es ziemlich unwahrscheinlich, daß Schicksal und Aufgabe des Weltvolkes der Deutschen mit „einleuchtenden“ Formeln begriffen werden können. Wir sind gerade dabei, die neue Sprache zu lernen, die unserer Haltung, unserem Denken und unserer Verantwortung gemäß ist. Sollte unser Geschichtsbild schon so weit „fertig“ sein, daß eine einleuchtende Formel, an die bereits unsere Großväter und ihre Lehrer geglaubt haben, genügende Auskunft gibt?

Niemand unter uns wird freilich leugnen können, daß die Glaubensspaltung wesentlich zur politischen Schwächung des Reichsgefüges beigetragen hat — nicht die Glaubenserneuerung als solche, wohl aber ihr Steckenbleiben äußerlich und innerlich: jene Herausbildung einer Zweiheit, die späterhin so vielen politischen Fremdeinflüssen als Anfaß dienen sollte. Und niemand wird bestreiten, daß der Gegensatz Preußen-Osterreich in verhängnisvoller Weise die Widerstandskraft des Gesamtdeutschtums geschwächt hat. Aber selbst wenn man unter tausend Beschönigungen und mit viel dialektischem Geschick Preußen und Osterreich geschichtlich als Einheit sehen wollte, hätte man noch nicht die deutsche Geschichte und vor allem ihr Verhängnis erfaßt. Wenn wir recht sehen, liegen die eigentlichen Zerstörungskräfte jenseits jener doppelten Spaltung, die somit nur als zusätzliche Sprengkraft zu werten ist.

1.

Die Geschichte der Deutschen wird durch drei Tatsachen bestimmt. Sie sind ein Weltvolk und tragen als solches eine Verantwortung, die über den eigenen Volksraum hinausragt. Das in uns noch lebendige liberale Erbe der Väter hat uns zu der Vorstellung verführt, es gäbe einen „allgemeinen“ Begriff des Volkes oder des Staates, so daß man jedes Volk und jeden Staat ohne weiteres mit einem anderen auf der gleichen Ebene vergleichen kann. Das würde die Folge haben, daß man etwa Engländer und Poleschuken — jene Gruppe von vielleicht 700 000 Menschen ostslawischer Sprache in Polesien, die man

in der amtlichen polnischen Statistik mit einer scherzhaft anmutenden Kühnheit als „tuteszy“ (Hiesige) bezeichnet — auf der gleichen Stufe als Volk sehen müßte. Oder: nach jener Lehre sind das Deutsche Reich oder Andorra als „Staaten“ gleich, nach den gleichen Prinzipien zu erfassen und zu bewerten.

Jene „allgemeine“ Volks- und Staatslehre übersieht, daß es nicht bloß auf die Grundbegriffe ankommt, von denen aus man die Völker beschreiben kann: von diesen Grundbegriffen — Rasse, Sprache, Kultur — her gesehen bilden Deutsche, Slowaken, Rumänen, Schweden in einer freilich nur ihnen eigentümlichen Weise ein „Volk“, und ohne Zweifel gibt es auch wissenschaftlich faßbare Elemente, die bei allen im „Volkstum“ wirksam sind. Aufgabe der Völker ist jedoch nicht bloß, sich selbst in ihrer Eigenart möglichst rein darzustellen. Das Schicksal hat ihnen zugleich die Aufgabe gestellt, größere oder kleinere Räume mit Leben zu füllen, verantwortlich zu ordnen.

Diese Aufgabe kann nicht in den stillen Lauben eines friedlichen Gartenbezirks gelöst werden, sie ist unlöslich verflochten mit dem Kampf dieser Erde. Dieser Kampf schafft zuweilen Bedingungen, die von einzelnen Völkern oder Stämmen nicht mehr zu überwinden sind. Es darf wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß ein bolschewistischer Sieg im Baltikum das Ende der baltischen Völker bedeuten würde: seit 1917 ist Verschickung, Tod und Auflösung in Sondergruppen das Schicksal aller kleineren ethnischen Einheiten, die durch Gewalt oder freiwillig in den Machtbereich Moskaus geraten.

Sieht man von den geschichtlichen Bindungen ab, die vor allem von Nachbarn diktiert werden, so bleibt ein normaler Unterschied zwischen den Völkern. Ein kleineres oder mittelgroßes Volk hat vor der Geschichte lediglich eine Verantwortung für das von ihm besiedelte Territorium. Niemand wird von den Portugiesen eine europäische Aufgabe erwarten dürfen. Und die Zukunft wird lehren, ob die 20 Millionen Polen auf die Dauer in der Lage sind, die Verantwortung für 6 Millionen Westukrainer und 2 Millionen Weißrussen zu tragen.

Das Besondere an den Weltvölkern aber ist freilich, daß sie am Bau der Welt mittragen und — ob sie wollen oder nicht — mitverantwortlich für das Geschick völkischer Gruppen sind, deren Wohl das Schicksal ihnen anvertraut hat. Das englische Weltreich ist das deutlichste Beispiel. Der nihilistische Unterton in der liberalen Zeit hat dazu geführt, den in diesem Zusammenhang notwendigen Begriff der „Herrschaft“ von dem der „Verantwortung“ zu isolieren. Herrschaft und Verantwortung sind nicht zu trennen. Eine Herrschaft ohne Verantwortung ist Ausübung bloßer Ge-

walt und damit stets — geschichtlich gesehen — eine vorübergehende Angelegenheit. Das deutsche Volk hat seinen Dienst in der europäischen Geschichte mit jener verantwortlichen Herrschaftsgestaltung und Führung begonnen, die wir im mittelalterlichen Reich verdichtet sehen.

Das Weltvolk der Deutschen ist aber auch ein Volk der Mitte. Es ist auf allen Seiten von Nachbarn umgeben, stets in der Gefahr der Überfremdung und vor allem stets bedroht. Diese oft beschriebene Mittel-Lage macht ganz besondere Anstrengungen notwendig, die sich in einer unerhörten Leistungssteigerung auswirken. Sie bringt aber auch die Versuchung, sich nach allen Seiten zu entfalten und damit zu verlieren. Die Frage, ob die mittelalterliche Italienpolitik auf das Ganze gesehen negativ zu beurteilen ist, gehört in diesen Zusammenhang — wenn man auch die üblichen kurzschlüssigen Thesen über dies Problem ablehnen muß. Aus der Mittellage ergibt sich mit Naturnotwendigkeit die Tragik unserer Geschichte: die unverlässliche Machtbildung im Kern konnte nur selten so stark und umfassend werden, daß Sonderentwicklung von der Mitte weg vermieden wurde. Entscheidende Jahrhunderte hindurch war das Reich die Mitte und damit das Herz Europas, später lösten sich diese Bindungen in kulturelle Fäden und juristische Formeln aus. In Angriff genommene Aufgaben wie die Lösung des Problems Staat und Kirche oder die Ordnung des östlichen Raumes gingen mit einem schwachen Remis aus oder blieben unvollendet. Es ist, als ob das Reich nur einen Teil der möglichen Fragen lösen konnte, durch das gleichzeitige Anpacken mehrerer Probleme aber alle verfehlte. Mittellage ist immer Ansporn und Versuchung zugleich.

Auf fast allen Lebensgebieten läßt sich seit dem 15. Jahrhundert ein Erschlaffen feststellen, das nach den unerhörten politischen, geistigen und wirtschaftlichen Anstrengungen der Jahrhunderte vorher gewiß verständlich ist. Die Reformation bringt zunächst wieder einen Aufschwung, es kommt jedoch nicht zu einer neuen vollen Blüte, weil er stecken bleibt. Langsam, fast unmerklich gewinnen die Gegenkräfte die Oberhand. Frankreichs Aufstieg beschattet das Reich, das Jahr 1648 bringt diese Entwicklung sichtbar zum Ausdruck.

Dieser Zerfall des Reiches wird durch Jahrhunderte zum beherrschenden Thema der deutschen Geschichte; besonders deutlich ist er an der Geschichte der Außen- und Randsiedlungen zu studieren. Das Reich erstarrt zu einer Formel, deren inhaltlicher Wert mehr und mehr verliert. Eine Erforschung dieser Formel und ihrer Verankerung bei gelehrten zeitgenössischen Schriftstellern erweist gewiß, daß die Reichs-Idee noch lebendig ist, es ist jedoch eine „Idee“, die man nicht platonisch als ein Abbild begreifen kann, jeden-

falls nicht als ein Abbild historischer Wirklichkeit. Beruhigen wir uns nicht mit dem Nachweis gelehrter Formulierung, so stellen wir fest, daß die Zerstörung des Reiches in territorialer und in gesinnungspolitischer Hinsicht von Jahrhundert zu Jahrhundert zunimmt. Nicht einmal die Bemühungen des großen Friedrich, das Reich als politische Wirklichkeit wieder herzustellen, gelingen, alle Anstrengungen reichen nur zum Aufbau eines preussischen Staates aus.

Im Rahmen dieses Vorgangs des Reichszerfalls, der sowohl von der Reformation als auch vom preussisch-österreichischen Dualismus unabhängig ist, haben diese beiden geschichtlichen Ereignisse und Entwicklungen eine beschleunigende Wirkung. Daneben gibt es jedoch noch andere Erscheinungen von zentraler Wichtigkeit, die ebenfalls Beachtung verdienen. Auf zwei muß vor allem aufmerksam gemacht werden: auf die „Arbeitslosigkeit der Begabungen“ und auf die Zerstörung der „Gleichzeitigkeit gesamtdeutschen Geschehens“.

2.

Der Versuch, Friedrich den Großen, Maria Theresia und Katharina von Rußland als gleichzeitige Figuren eines gesamtdeutschen Geschichtsablaufes zu sehen, hat unter den Historikern eine erregte Aussprache hervorgerufen, der nur zu entnehmen ist, daß das eigentliche Problem kaum erkannt wurde. Es ist selbstverständlich, daß diese drei Persönlichkeiten in einer deutschen Rassen- und Kulturgeschichte ihren Platz haben. Und es ist ebenso klar, daß Katharina nicht unmittelbar in die gesamtdeutsche Volks- und Kulturgeschichte gehört, wenn sie auch eine deutsche Prinzessin war und für die Ansiedlung der Deutschen Sorge trug.

Es geht in der Geschichte nicht bloß um das Blut. Es geht um Blut und Besinnung—und es gibt Fälle genug, in denen Blut gegen Besinnung steht. Diesen Vorgängen hat der Historiker bisher nur geringe Aufmerksamkeit gewidmet*). Daß das in einer Volks- und Kulturgeschichte unzulässig ist, liegt auf der Hand, ist doch eins der entscheidenden Probleme der gesamtdeutschen Entwicklung, daß das deutsche Volk sich gruppenmäßig in der Besinnung auseinanderlebte.

In der Frühzeit der Reformation erlebten noch einmal alle Deutschen gleichzeitig ein Ereignis als „ihr“ Schicksal: Luthers Aufstand gegen Rom. Fortan wurden die Verbindungen schmaler und rissen häufig völlig ab.

*) Das Fehlen einer Psychologie der Besinnung (wie auch die Übergabe völkerpsychologischer Beobachtungen an geistvolle Amateure wie Hellpach) kann mit Recht als ärgerliche Verfallserscheinung der bisherigen psychologischen Forschung angesprochen werden.

Den Kampf der Deutschen gegen Napoleon machte ein Teil des Übersee-
deutschtums gesinnungsmäßig auf französischer Seite mit, ganz zu schweigen
von maßgebenden Kreisen Bayerns, Württembergs oder anderer Länder,
die ebenfalls in der falschen Front standen. Charakteristisch ist geradezu für
den fortschreitenden Reichsverfall, daß immer wieder Gruppen des Binnen-
oder Außendeutschtums sich dem deutschen Geschichtsstrom versagen, frem-
der Gesinnungskraft unterliegen und zeitweilig oder ganz aus dem gesamt-
deutschen Geschichtsraum ausziehen.

Von der Gesinnung her gesehen gibt es lange Zeit keine Gleichzeitigkeit
der Geschichte aller Deutschen — wenn man nicht zu dialektischen Kunst-
griffen greifen will oder harmlos mit der Tatsache zufrieden ist, daß alle
Gruppen, die im Dienste deutscher oder gegendeutscher Kräfte tätig sind,
deutscher Abstammung sind. Erst der Weltkrieg — jene gewaltige Kraft-
anstrengung der Gegner zur endgültigen Liquidierung des Reiches — weckt
in fast allen deutschen Kreisen wieder das Bewußtsein innerer Zusammen-
gehörigkeit. Gewiß sind schon vorher Kräfte an besonderen Punkten unseres
geschichtlichen Schicksals wachgeworden: der Kampf Friedrich des Großen
hat bis an die Wolga und im fernen Amerikadeutschtum Deutsche erfaßt,
und als 1871 das zweite Reich entstanden war, feierte man in Moskau,
Cleveland, Tamunda und anderen Orten dies Ereignis in plötzlicher Er-
griffenheit **). Diese Welle gesamtdeutschen Fühlens erfaßt jedoch nicht
alle Deutschen. Erst unserer Gegenwart blieb es vorbehalten, die „gesamt-
deutsche Gleichzeitigkeit“ zurückzugewinnen. Damit ist dem Zerfall des
Volkes ein Damm gesetzt, aus dem Zusammenfluß geschichtlichen Willens
wächst wieder eine neue Einheit, die das Abgleiten teildeutscher Elemente
unter fremde oder überfremdete Geschichtskräfte fortan unmöglich macht.

Ebenso kennzeichnend wie dieses Zerblättern in eine Fülle par-
tikularer deutscher und fremdbestimmter Geschichtsvorgänge ist die Ar-
beitslosigkeit der Begabungen. Die deutsche Mittellage hat von An-
fang an die Kräfte besonders gesteigert, in Verbindung mit der
rassischen Veranlagung war die deutsche Produktion an Begabun-
gen immer groß. Während der Zeit des Reichszerfalls fanden diese
Kräfte keinen ausreichenden Wirkungsraum mehr: sie wanderten ab.
Es entstand eine Art Überproduktion, die zu einem erheblichen Teil den
Geschichtsräumen zugute kam, die sich durch Absonderung aus dem Deut-

***) Vgl. zu diesen und einigen anderen Tatsachen, die hier beiseite gelassen
wurden: Beyer-Lohr, Große Deutsche im Auslande, Stuttgart 1939, S. 10 ff.,
73 ff., 153 f.

schen Reich gebildet hatten oder den Gegenangriff vorbereiten. Man pflegt diesen Vorgang gemeinhin unter dem Titel „Deutsche Aufbaukräfte in . . .“ zu registrieren.

Diese Bezeichnung ist nicht unrichtig, sie hat jedoch noch eine Rehrseite, die soeben angedeutet wurde. Von der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts an und im 18. Jahrhundert finden wir führende Deutsche in allen entscheidenden Ämtern Hollands, Dänemarks, Schwedens, Rußlands, Polens, ja sogar Frankreichs und anderer Staaten. Ihre Wirksamkeit wird durch den Absolutismus mit seiner Zurückhaltung allen nationalen Fragen gegenüber erleichtert. Auf das Ganze gesehen handelt es sich um einen furchtbaren Entzug deutscher Begabungen, die völlig ausgereicht hätten, ein — etwa von Friedrich dem Großen — geführtes Reich wieder aufzubauen. In der gleichen Zeit legen Deutsche den Grund zur politischen Entwicklung Nordamerikas im Sinne europäischer Tradition. Sowohl die britische als auch die amerikanische Geschichtsschreibung verschweigt gerne, daß die deutsche Einwanderung Nordamerika dem Schicksal entriß, eine Deportierten-Kolonie zu werden; ohne das deutsche Element, das von der holländischen Periode an Entscheidendes leistete, wäre Amerika nicht in so rascher Zeit staatsreif geworden.

In den ersten 150 Jahren nach 1648 vollzieht sich dieser deutsche Verzicht auf seine Begabungen mehr passiv-negativ. Man kann nicht sagen, daß die Bernstorff oder Ostermann einer gegendeutschen Konzeption folgten, wenn auch etwa bei Katharina der Großen deutliche Anzeichen dafür vorhanden waren. Im 19. Jahrhundert bringt die Nationalisierung die Umwandlung in einen aktiv-negativen Vorgang. Auf dem Erfurter Historikertag 1937 hat W. Schöpfler ein Bild Mitteleuropas entrollt und dabei die deutschen Ordnungskräfte aufgezeigt. Daneben ist festzuhalten, daß auch die westlerischen Versuche, Mittel- und Osteuropa neu zu ordnen, weitgehend von Deutschstämmigen getragen wurden. Sie stützten sich geistig vielfach auf Hegel, hier und da auch auf Herder. Im Norden bezog Orla Lehmann die widerdänische Gegenfront, er war deutscher Abstammung und hatte einen durchaus deutschbewußten Vater. In Rußland lieferte Alexander Herzen den geistigen Sprengstoff, seine Mutter war eine Stuttgarterin, die ihn unehelich gebar. Pastel war der führende Kopf der Dekabristen. In den polnischen Aufständen spielten Lelewel, Traugott und Hauke neben vielen anderen Deutschstämmigen die Hauptrolle, in der böhmischen Revolution von 1848 und im ungarischen Aufstand von 1849 waren vielfach Deutsche oder gesinnungsmäßig überfremdete Deutschstämmige maßgeb-

lich ***). Die kroatisch-südslawische Erneuerung ist von den Namen Gau und Stroßmayer nicht zu trennen.

3.

Überdenkt man die Probleme, die in dieser Skizze bewusst lehrerisch angedeutet wurden, so ergibt sich, daß der Weg zu einer wahren deutschen Volksgeschichte unlöslich verbunden ist mit einer Klärung der Geschichte des Zerfalls und des Wiederaufbaus des Reichs. Wer sich freilich im Rahmen einer „allgemeinen Volkslehre“ einige blasser Begriffe zurecht gelegt hat, die von der Volksgruppe und ihrer Eigenständigkeit handeln oder von der jeweiligen Heimat aus provinzielle Volkskulturen in den Mittelpunkt rücken, wird diese Rangfolge und diese historische Verknüpfung leicht übersehen.

So gewiß es ist, daß jedes Volk und jede Volksgruppe den vom Schicksal aufgegebenen Kampf unter besonderen Bedingungen auszufechten hat, so sicher ist auch, daß kein Volk sich der ordnenden Hand geschichtsverantwortlicher Kräfte und keine Volksgruppe den Weg ihrer zugeordneten Einheit entziehen kann. Dabei hat es immer wieder Versuche „raumsremder“ Mächte, wie etwa der des jüdischen Bolschewismus gegeben, sich in jene natürlichen Zusammenhänge einzumischen — die Geschichte der ostdeutschen Volksfront zeichnet sich ja gerade dadurch aus, daß sie eine Abwehrfront gegen Asien (Mongolen, Turkotataren, Bolschewiken) ist. Die Tatsache, daß der Sturm auf Riga und die Befreiung Ungarns (Jakob Bleyer!) die Niederwerfung der Rätegewalt in München, sowie die Kämpfe des Russlanddeutschtums am Schwarzen Meer und an der Wolga zeitlich zusammenfallen, ist ein deutlicher Beweis für diese These aus der jüngsten Vergangenheit.

Es leuchtet ein, daß eine gesamtdeutsche Geschichte weder durch eine Deutung der Geschichte aller Deutschen im Sinne einer geschichtlich bereits unwirksamen Reichs-Idee noch durch eine Kombination der Staatengeschichte Preußens und Österreichs entstehen kann. Sie wächst aber auch nicht dadurch, daß man zusätzlich zunächst die Geschichte der Balten und Siebenbürger Sachsen und später die der übrigen außendeutschen Volksgruppen einbezieht — sie beginnt vielmehr dort, wo neben dem Volk auch das Reich als die übergreifend gestaltende politische Verantwortungsform innerlich begriffen wird, wo man sich weder zu einer volksdeutschen Kulturgeschichte noch zu einer staatsdeutschen Herrschaftsgeschichte oder gar einer

***) Vgl. dazu H. J. Beyer, Die Haltung der Deutschen in den ostmitteleuropäischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts, „Volksforschung“, III, 1.

von Gefinnung und Leistung absehenden historisierenden Rassenkunde abdrängen läßt: sie ist dort vorhanden, wo man Aufgabe und Schicksal des Weltvolkes der Deutschen in aller tragischen Verstrickung im Ringen um eine dauerhafte, der völkisch-kulturellen Wirklichkeit der Gegenwart gerecht werdende Ordnung Europas erkennt.

Walter Linden

Der volksdeutsche Anteil an der deutschen Gegenwartsdichtung

Die Zeit ist endgültig vorbei, da der Begriff der „deutschen Literatur“ sich auf die Grenzen des Reiches, Österreichs und der Schweiz beschränkte. Literaturgeschichten, in denen nicht die Dichtung der Balten, Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben, der Deutschen in Ungarn, Jugoslawien, Polen, Rußland, der Deutschamerikaner und Deutschafrikaner gleichberechtigt behandelt wäre, sind heute unmöglich geworden. Ist das der Sieg des „volksdeutschen Gedankens“, der Sieg der Anschauung, die das deutsche Volk in all seinen Stämmen, auch den entferntesten ins Auge faßt, im räumlich fernsten Gliede den Rhythmus gleichen Blutes spürt? Wir können mit Stolz sagen: es ist mehr! Der volksdeutschen Dichtung ist ihr Recht nicht erst durch den Sieg des volksdeutschen Gedankens geschenkt worden, — sie hat sich ihre Gleichberechtigung durch künstlerische Leistung und weltanschaulich bedeutsamen Gehalt erobert, sie hat ihrerseits zum Siege des volksdeutschen Gedankens beigetragen.

Zwei Angehörige des im heutigen Großrumänien vereinigten starken Deutschtums haben noch vor dem Weltkriege, im alten Ungarn, in den Jahren 1907/08 die Umwandlung und innere Erneuerung der volksdeutschen Banater Schwabe Adam Müller-Guttenbrunn. Meschendorfser gründet Banater Schwabe Adam Müller-Guttenbrunn. Meschendorfser gründete 1907 die bis zum Kriegsausbruch 1914 fortgeführte erste literarische Zeitschrift Siebenbürgens „Die Karpaten“, in der er den zielbewußten Versuch unternahm, die in beschränkte Provinzialität abgesunkene siebenbürgisch-sächsische Dichtung auf die geistige Ebene der gesamtdeutschen Dichtung zu erheben, ihr eine europäische Bedeutung zu geben. Mit schonungsloser Offenheit geißelte Meschendorfser den schönrednerischen Optimismus, die patriotische Phrasenhaftigkeit, die geschichtlich-volkskundlich eingestellte Vergangenheitschwärmerei der geltenden heimischen „Dichtung“ und stellte

ihr die ernstesten und schwersten Aufgaben einer maskenlos geschauten Gegenwart, die wirkliche Volksnot, den unverkennbaren Niedergang auf vielen Gebieten gegenüber. In seinem Roman „Leonore“ (1907) läßt Meschendorfer einen europäischen Snob Siebenbürgen besuchen und seine Urteile über diesen kleinen, entwelteten, von Inzucht, Parteinäse und Eigendünkel bedrohten Volkspflaster abgeben: das Sachsentum wird in europäisches Licht gerückt, die Larve optimistischer Selbstbeweihräucherung fällt ab. Ein rücksichtsloser Wahrheitswille setzt sich durch.

Es ist der gleiche Wahrheitswille, der die Kampfromane Müller-Gutenbrunn durchglüht. In der „Götzendämmerung“ (1908) und in den „Glocken der Heimat“ (1910) werden Methoden und Gefahren der Magyarisierung im Banat schonungslos enthüllt, wird das deutsche Bewußtsein des Banater Schwabentums mit leidenschaftlichem Einsatz aufgerufen. Hier wie dort, bei Meschendorfer wie bei Müller-Gutenbrunn, ist in diesen drangvollen Jahren vor dem Weltkriege die Ahnung kommender Weltwende, kommender Entscheidungen, für die eine geistige Rüstung geschaffen wird. Der unbedingte Wahrheitswille, der rücksichtslose Einsatz dieser beiden Vorkämpfer bringt eine innere Umwandlung volksdeutscher Dichtung, der für die Zeit nach dem Weltkriege entscheidend wird.

Müller-Gutenbrunn schenkt dem Land noch seinen großen Heimatroman in der geschichtlichen Trilogie „Der große Schwabenzug“ (1913), „Barmherziger Kaiser“ (1916), „Joseph der Deutsche“ (1917). Kurz nach dem Weltkriegsende stirbt er (1921). Auch seine geschichtlichen Romane haben nichts mit beschönigendem Patriotismus zu tun, obschon sie den Stolz auf die große Vergangenheit des Schwabentums lehren; sie sind klar, scharf, schicksalhaft, der Wirklichkeit zugewandt.

1931 kommt Meschendorfer zu seiner entscheidenden Leistung im Roman. „Die Stadt im Osten“, der erste in einem reichsdeutschen Verlage erschienene und zum großen Bucherfolg emporsteigende Siebenbürgenroman, gibt das Schicksal der deutschen Stadt Kronstadt und in ihr das Schicksal des Sachsentums überhaupt. Mag man die Handlung zu effektiv schelten — es bleibt das Verdienst, einen Roman ganz und gar auf ein volksdeutsches Schicksal gestellt zu haben. „Die Stadt im Osten“ ist der eigentliche Durchbruch volksdeutscher Dichtung in den Raum reichsdeutscher Leser- und Hörerschaft; in ihr beginnt der Siegeszug volksdeutscher Dichtung im Reiche. Schon 1933 dringt sie durch die vom Verfasser dieses Aufsatzes besorgte Schlußausgabe in alle höheren Lehranstalten des Reiches, sie wird zu einem Lieblingsbuch der deutschen Jugend. Aus der Reihe der großen deutschen Romane ist sie nicht mehr wegzudenken, und jedes Buch-

händlerschaufenster zeigt zu Weihnachten den Namen Adolf Meschendörfer, sei es in dem Kronstadtroman oder in dem späteren, künstlerisch befeelteren und abgerundeterem Werke, dem Roman von der Erziehung zu völkischem Willen „Der Büffelbrunnen“ (1934).

Es sind die Jahre politischer Entscheidung, in denen ein neues Deutschland entsteht. Die volksdeutsche Dichtung fühlt den Atem dieser Entscheidungen, und in allen Siedlungsgebieten wird neues dichterisches Leben wach. Überall trägt diese neue volksdeutsche Dichtung die gleichen Wesenszüge: den Willen, der Wirklichkeit von Not und Ringen ins Auge zu sehen, die Bereitschaft, das eigene Schicksal durchzuleben und durchzukämpfen, den Stolz auf dieses Schicksal in Vergangenheit und Gegenwart und den lebendigen Drang, Zukunft zu gründen. Diese volksdeutsche Dichtung erobert die deutsche Leserschaft mit der Reife ihrer künstlerischen Form, der Tiefe ihres volkspolitischen Gehalts und der Kraft, die Gegenwart zu begreifen und zu gestalten.

Drei Namen siebenbürgisch-sächsischer Dichtung gewinnen festen Raum in der deutschen Gegenwartsdichtung: Adolf Meschendörfer, Heinrich Zillich, Erwin Wittstock. Heinrich Zillich erringt seinen reichsdeutschen Ruhm zunächst als Novellist: die meisterhaften Kriegsnovellen „Der Urlaub“ (1934) und „Der baltische Graf“ (1937), dann „Die Reinerbachmühle“ (1935) machen seinen Namen überall bekannt, wobei es viel dazu beiträgt, daß die beiden Kriegsnovellen in den Novellenpreisausschreiben der Zeitschrift „Die neue Linie“ jedesmal den Sieg gewinnen. Dann kommen die großen Romanerfolge. Der Weltkriegsroman des Südostdeutschtums „Zwischen Grenzen und Zeiten“ (1936) eröffnet überhaupt erst ein Verständnis für die Nöte, Schicksale und Zukunftsaufgaben des aus der alten österreichisch-ungarischen Monarchie herausgefallenen Deutschtums, von dessen Kriegsschicksalen man im Reich in drangvoller Zeit nichts erfahren hatte. Der zweite Roman, „Der Weizenstrauß“ (1938), verdankt seinen beispiellosen Bucherfolg — 50 000-Auflage in drei Monaten — ebenso sehr der künstlerisch feinen und seelisch tiefen Verflechtung reichsdeutscher und siebenbürgischer Schicksale wie dem entschlossenen Eingriff in Lebensfragen des Sachsentums, auch seiner Parteikämpfe. Es ist die unmittelbare Wirklichkeit, das schonungslos enthüllte wahre Sein volksdeutschen Lebens, das in diesen Werken den reichsdeutschen Leser anzieht und diesen Romanen eine beherrschende Stellung im deutschen Gegenwartsschrifttum verleiht.

Meister der Novelle ist auch Erwin Wittstock in seinen Bänden „Die Freundschaft von Korkelburg“ (1936) und „... abends Gäste“ (1938),

während sein Siebenbürgerroman „Bruder nimm die Brüder mit“ (1933) trotz wertvollen Gehaltes und kühner Offenheit nicht die Geschlossenheit einer Gesamtschau erreicht. Wenn man meisterhafte Novellen deutscher Gegenwart nennt, wird man immer auf Wittstocks „Die Verfolgung“ hinweisen müssen. In Zillich und Wittstock stellt die volksdeutsche Dichtung zwei der bedeutendsten deutschen Novellendichter.

Das Banater Schwabentum hat nach Müller-Guttenbrunns Tode lange Jahre auf seinen neuen großen Epiker warten müssen. Im Jahre 1936 begann der im Banat eingewurzelte Karl von Möller, nach Jahrzehnten eines Lebens als Soldat und Volksführer nun ein Sechziger geworden, die Reihe seiner Banater Bauernromane: „Die Werschezer Tat“ (1936), „Grenzen wandern“ (1934), „Die Salpeterer“ (1938). Der Beitrag volksdeutscher Dichtung gilt hier nicht nur dem Banat, dessen Stolz auf seine bedeutende Vergangenheit und lebendige Gegenwart wachgerufen wird, er gilt gleichermaßen dem deutschen Bauernroman schlechthin, der in Möllers echt volkstümlichen Werken eine wertvolle Bereicherung erfährt.

Eine nicht geringe Anzahl baltischer Dichter tritt ins deutsche Bewußtsein ein: Werner Bergengruen, Otto Freiherr von Taube, der vielgelesene Tiererzähler Manfred Ryber. Wesentliches zum baltischen Schicksal sagen die beiden umfassenden Romanzyklen: Siegfried von Vegesacks „Baltische Trilogie“ (1933—35) und Mia Munier-Wroblewskas sechsbändiger Roman einer furländischen Bürgerfamilie „Unter dem wechselnden Mond“ (1927—29). Beide Werke haben sich ihren Platz im deutschen Gegenwartsschrifttum erkämpft. Vegesacks in aristokratischem Bereich spielende Darstellung wird für das reichsdeutsche Bewußtsein durch Munier-Wroblewskas Schilderung baltischen Bürgertums ergänzt. „Unter dem wechselnden Mond“ ist oft zu gefühlsfelig breit, mündet in die Überlieferung des deutschen und englischen Familienromans; viele wertvolle und fesselnde Gestalten und Szenen wirken dem entgegen. Vegesacks „Baltische Trilogie“ steht ganz im Schatten tragischer Schicksale, dunkel, hart und schwer; ein Hauch von Müdigkeit, der sich mitten im endlosen Grauen einzustellen beginnt, wird erst durch die Schlussszene ausgelöscht, die mit der des Munier-Wroblewskaschen Werkes übereinstimmt: der baltische Freiherr, der nach der Enteignung als Bauer selbst zum Pfluge greift, den heimischen Boden trotz Not und Schmach bis zum Letzten verteidigt. Die gleichgerichteten Romane Peter Zoega von Mantuffels sind weniger ins reichsdeutsche Bewußtsein gedrungen, wohl dagegen die völkischen Lieder und Balladen Gertruds von der Brincken.

Das Polendeutschtum hat der deutschen Weltkriegsdichtung einen ihrer bekanntester Gestalter geschenkt: Erhard Wittek, den Dichter von „Durchbruch anno achtzehn“. Der dramatische Hans Ryser, der völkische Lyriker Franz Lüdtke sind weiterhin bekannt geworden. Das jugoslawische Deutschtum ist mit zwei Dichtern in reichsdeutsche Verlage gedrungen, mit Friedrich von Gagerns Krainer Romanen „Die Straße“ (1929) und „Ein Volk“ und Karl Roms erstem Gottscheeroman „Rebellion in der Gottschee“ (1938).

Volksdeutschem Bereiche gehörte bis vor kurzem die Dichtung der Ostmark und des Sudetendeutschtums an. Wenn sie aus diesem Bereiche nunmehr ausgeschieden sind, so sind bestimmte Teile ihrer bisherigen Dichtung so ganz aus dem Schicksalsbereich volksdeutschen Lebens erwachsen, daß sie weiterhin nur als volksdeutsch betrachtet werden können. Das gilt vor allem für die großen sudetendeutschen Kampfromane, für jene vielgelesenen und weithin wirksamen Darstellungen des Grenz- und Volkstumskampfes in Böhmen, die in Hunderttausenden von Bänden im Reiche das Verständnis für die sudetendeutsche Frage überhaupt erst geweckt haben: Wilhelm Pleyers „Der Puchner“ (1934) und „Die Brüder Tommahans“ (1937), Gottfried Rothackers „Das Dorf an der Grenze“ (1936) und Friedrich Bodenreuths „Alle Wasser Böhmens fließen nach Deutschland“ (1937). Die völkischen Lyriker (Franz Höller, Karl Franz Leppa, Robert Lindenbaum, Ernst Leibl, Ernst Frank, Rudolf Wisang u. a.) treten den Epikern zur Seite. Auch die Dichtung der älteren Hans Wazlik, Gustav Lentell, Karl Hans Strobl, der jüngeren Emil Merker, Robert Hohlbaum und Bruno Brehm ist nur vom Bewußtsein des ewigen Grenzkampfes aus zu verstehen.

Ähnliches gilt von den Ostmärkern, von dem Kärntner Josef Friedrich Perkonig, seinen Bauernromanen und Befreiungsdramen, von den Südtirolern Josef Georg Oberkofler (prachtvoller Bauernroman „Das Stierhorn“, 1938), Franz Tumlner und Karl Springenschmidt, dem Steiermärker Sepp Keller, der Oberdonauerin Erna Blaas. Aber auch das Werk Josef Weinhebers, die heroisch-tragische Haltung seiner Hölberlinschen Oden, ist eigentlich nur auf dem Hintergrunde eines volksdeutschen Schicksals in schwerer Zeit zu denken. Was an all diesen Werken volksdeutsch geboren ist, bleibt es auch nach der Heimkehr und erweitert den Raum, den volksdeutschen Schrifttum in der deutschen Gegenwartsdichtung einnimmt.

Hier ist der Platz, Erwin Guido Kolbenhebers zu gedenken, der väterlicherseits aus karpatischendeutschem, mütterlicherseits aus sudeten-

deutschem Blute erwuchs. Das Werk Kolbenheyers ist nirgendwo auf ein im besonderen volksdeutsches Schicksal eingestellt. Sein Schaffen ist von vornherein auf gesamtdeutsche Probleme eingestellt: auf die religiös-geistige Wesenhaftigkeit des deutschen Menschen und auf die Begründung einer neuen, ganz lebensgemäß eingestellten Weltansicht. Man wird die volksdeutsche Herkunft Kolbenheyers nur in der Unmittelbarkeit erkennen können, mit der er seine biologische Weltbetrachtung folgerichtig und als System wie im dichterischen Werke ausgestaltet. Eine der eigenartigsten und dichterisch stärksten Erscheinungen des deutschen Gegenwartsschrifttums tritt uns hier aus volksdeutschem Bereiche entgegen.

Das Neuerwachen der deutsch-amerikanischen Dichtung auf dem Gebiete von Texas, dieser frische Zug, der die müde Verzichtstimmung der vorhergehenden Generation durchbricht, ist kaum noch ins Bewußtsein des Gesamtdeuschtums gedrungen. *Houston Myers* erster großer Geschichtsroman des Texasdeuschtums „Konrad Bäumlers weiter Weg“ (1938) ist noch nicht zum Bucherfolg vorgebrungen, so wenig wie die beachtenswerten Romane des Brasilien-, Chile- und Argentiniendeuschtums, die Bücher von Franz Donat, Hans Tolten u. a. Allgemeingut geworden sind. Tiefer greift die Wirkung der deutsch-afrikanischen Dichtung. *Bernhard Voigts* Romantrilogie „Der südafrikanische Lederstrumpf“ (1934—37), eine Darstellung der Geschichte des Südafrikadeuschtums in hundert Jahren, hat einen Platz in deutscher Dichtung gewonnen.

Weit stärker ist die Wirkung *Hans Grimm*s, dessen gesamtes, in Hunderttausenden von Bänden verbreitetes Werk aus volksdeutschem Bereiche erwachsen ist: ein Reichsdeutscher wächst durch 14-jährige Auslandstätigkeit und die bluthafte Erkenntnis der Kolonialfrage so tief in volksdeutsche Fragen hinein, daß er als Erster den großen politischen Roman von der Weltweite und Raumenge des deutschen Gesamtvolkes zu schreiben vermag: „Volk ohne Raum“ (1926). Der machtvollste und einflussreichste Roman der Nachkriegszeit — so kann man „Volk ohne Raum“ ohne Übertreibung nennen — ist aus dem bluthaften Sein des Kolonialdeuschtums erwachsen und hat in hohem Maße dazu beigetragen, das deutsche Volk aus der Enge der bloßen Staatsauffassung in die Weite des Volksbewußtseins zu führen.

*

Man erkennt nunmehr in aller Klarheit, was der volksdeutsche Anteil am deutschen Gegenwartsschrifttum bedeutet. Es ist in keiner Weise so, daß volksdeutsches Schrifttum am Rande mitgeführt wird, daß es „um der guten Sache willen“ mit gewürdigt wird. Volksdeutsche Dichtung greift in

den Kern deutscher Gegenwartsdichtung. Sie steht mit Gestalten wie Rollenheyer und Hans Grimm im Mittelpunkt dieser Dichtung. Namen wie Meschendörfer, Zillich, Wittstock, Müller-Guttenbrunn, Möller, Begesack, Wittek, Gagera usw. sind nicht nur Namen, sondern festumrissene Stellungen deutschen Geistes. Die sudetendeutschen Grenzkampfromane, die aus volksdeutscher Gesinnung erwachsenen Werke ostmärkischer und sudetendeutscher Dichtung, der Sammelband „Das Lied der Getreuen“ — sie alle sind Spitzenleistungen der Dichtung und durchschlagende Bucherfolge zugleich.

„Volksdeutsch“, so müssen wir uns klarmachen, hat ja heute einen doppelten Begriff: es bedeutet äußerlich das vom Reiche Abgesprengte, die das Volk ins Auge faßt und die lebendige Gemeinschaft dieses Volkes die Hinwendung zur unmittelbaren Lebenswirklichkeit, worin man den kennzeichnenden Wesenszug deutscher Gegenwartsdichtung erblicken darf. Als die volksdeutsche Dichtung in Meschendörfer und Müller-Guttenbrunn den Mut fand, das volksdeutsche Schicksal unverhüllt zu sehen und zu gestalten, mündete sie in die gesamtdeutsche Geistesentwicklung ein. Nicht das Mutterland hat die volksdeutsche Dichtung befreit, sie hat selbst ihre neuen Wege gefunden, die sie in ihre heutige stolze Geltung führten. Damit ist der Beweis erbracht worden, welche unerschöpften Kräfte in den volksdeutschen Gruppen ruhen.

Erwin Hölzle

Die Weltkriegswende im Osten

Der deutsche Standort der Mitte Europas erfordert die Einsicht in die Einheit der europäischen Geschichte und ihre Verbundenheit mit dem deutschen Schicksal. Gerade die Geschichte des Weltkriegs hat diese Einheit offenkundig erwiesen, und nichts zeigt dies deutlicher, als die bislang überwiegend nach Westen orientierte Forschung in ihrer Einseitigkeit und Unzulänglichkeit. Dabei liegt in der Weltkriegsgeschichte das Schwergewicht der bedeutungsvollen Quellenveröffentlichungen auf russischer Seite: von keiner Macht des Krieges haben wir so umfassendes Dokumentenmaterial in den Händen wie von der russischen, da hier die völlige Umwälzung Freund und Feind zu ungehemmter Anklage und Rechtfertigung aufrief. Angesichts dieser einseitigen Quellenlage ist die entgegengesetzte Forschungslage umso unverständlicher und der deutschen Wissenschaft auf die Dauer unwürdig. Das Bekenntnis, das ein älterer, inzwischen verstorbener Meister unserer Geschichtswissenschaft, Erich Marcks, einst ausgesprochen hat: daß er als

Historiker nichts so sehr bedauere, als des Russischen unkundig zu sein, ist ein Mahnung.

Der kriegerische Zusammenprall der deutschen Mächte und der russischen Macht, der zum Zusammenbruch aller dieser Mächte führte, ist nur in größerem geschichtlichen Rahmen zu verstehen. Wie bei allen großstaatlichen Beziehungen ist auch hier eine Tradition wirksam, die die Wechselbeziehungen im Laufe der Zeit geschaffen haben. Wenigstens auf einige Haupttatsachen des im Wesentlichen zwei Jahrhunderte umfassenden deutsch-russischen Verhältnisses soll hier hingewiesen werden.

1.

In der Zeit, da das russische Reich etwa zu Beginn des 18. Jahrhunderts in den politischen Bereich der deutschen Mächte Preußen und Österreich trat, hatte es sich fremdem, man kann geradezu sagen, deutschem Einfluß geöffnet. An die lange Reihe deutschblütiger Zaren und Zarinnen, Staatsmänner, Feldherren und Günstlinge im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert braucht nur erinnert zu werden. Als der Zufluß deutschen Blutes aus dem Innern Deutschlands stockte, war es insbesondere die geschichtliche Mission des Deutschbaltentums, den deutschen Einfluß bis um die Zeit der neuen Reichsgründung und vereinzelt noch weiter zu bewahren.

Der Einfluß und die Stellung dieser Deutschen hat die Geschichte Deutschlands mitbestimmt. Nicht als ob sie ein dauerndes deutsch-russisches Einvernehmen gesichert hätten. Sie haben dies kaum je beabsichtigt und das Spannungsverhältnis gemäß den „Staatsinteressen“ selbst walten lassen, wenn sie die russische Politik leiteten. Aber ihr verbindliches Element hat in mehreren Entscheidungsstunden der deutschen Entwicklung dazu beigetragen, daß Rußland Stütze dieser Entwicklung wurde. So war es, als Peter III. durch seinen Austritt aus dem Siebenjährigen Kriege das Preußen Friedrichs des Großen aus der Umklammerung rettete, so, als Alexander I. dem Räte des Freiherrn vom Stein folgte und den Krieg gegen Napoleon bis zur Befreiung Deutschlands weiterführte, so auch, als das russische Reich der Reichsgründung Bismarcks gegenüber Österreich und Frankreich den Rücken deckte. Doch es soll auch nicht vergessen werden, daß Rußland die großdeutsche und freiheitliche Volksbewegung der Zeit nach den Befreiungskriegen unterdrücken half. Die Hilfsstellung, die das autokratische Rußland Preußen und dem werdenden Reiche gewährte, war gleichsam der Dank für alles Große, was deutsche Männer und Frauen für dieses autokratische Rußland geschaffen haben. Sie war im Lichte der politischen Interessen außen- und innenpolitische Gemeinschaft: gemeinsamer Gegensatz gegen andere Mächte wie das habsburgische Österreich und Frankreich, beiderseitiges

Bedürfnis, das aufgeteilte Polen niederzuhalten, und vor allem monarchischer Zusammenhalt gegen die Kräfte der Zersetzung und des Umsturzes,

Es war keine Freundschaft von Volk zu Volk. Im Gegenteil, als die beiden Völker politisch erwachten, standen sie sich unendlich ferner als ihre beiderseitigen Herrscher. Zwischen den einzelnen innerpolitisch gleichgerichteten Gruppen und Parteien entwickelten sich längst nicht die engen Bande, wie sie die Gruppen beider Völker zu den westeuropäischen Gleichgesinnten besaßen. Der russische Panlawismus, der die russischen Parteien bis zu den Linksgruppen und z. T. gerade diese besonders beherrschte, war ein tödlicher Feind des deutschen Volkes. Denn er griff weit in den mitteleuropäischen Raum hinein und traf damit auf einen deutschen Lebensnerv. Je mehr er auf das Zarentum Einfluß gewann, desto mehr mußte sich dieses von den deutschen Mächten Österreich und Deutschland entfernen.

Immer und überall haben im diplomatischen Spiel die äußeren Interessen der Mächte vorgeherrscht. Hier aber war der Zusammenhalt zeitweise noch stärker als anderswo, durch ein blutsmäßiges und innerpolitisches Band geschaffen. Der einzige unüberbrückbare Gegensatz zeigte sich in der panslawistischen Politik des Hinübergreifens auf den völkervermischten Boden Österreich-Ungarns. Wenn wir so das deutsch-russische Verhältnis in großen und, dies sei gerne zugegeben, auch groben Zügen sehen, so verstehen wir immerhin, daß das herauschreitende Zeitalter der Völker die Reiche trennen mußte. Denn weder die blutsmäßige noch die autokratische Plattform konnten sich hier erhalten. Es mußte eine neue geschaffen werden. Und es mußte jener Gegensatz im Raume der alten Donaumonarchie ausgeglichen werden.

2.

Eine solche Entwicklung, — das muß klar und nüchtern festgestellt werden, — bedingte jedoch eine Umwälzung: im Reich, in Rußland und in Österreich-Ungarn. Und das Interesse gerade der Herrschenden in diesen drei Kaiserreichen verlangte die Verhütung einer solchen revolutionären Entwicklung. Das Erhaltungsprinzip war die Grundlage der Eintracht zwischen den Mächten.

Es ist nicht Aufgabe des Historikers, Möglichkeiten, die nicht eingetroffen sind, mehr als anzudeuten, sie in ein gerundetes Bild zu fassen. Die Entwicklung ging andere Wege als den Ausgleich. An ihrem Beginn steht das warnende Wort Bismarcks zu dem Fürsten Chlodwig Hohenlohe: „Rußland ist für uns gefährlich, wenn Österreich zugrunde geht“. Das Aufeinandertreffen der Mächte im engeren mitteleuropäischen Raum mußte in

der Tat für Deutschland, auch für ein größeres Deutschland, lebensgefährlich werden, wenn ein starkes Rußland als Vollstrecker des Willens Krasmarschs, als Protektor der Tschechen, in den böhmisch-mährischen Raum vorgriff.

Der Funke des Krieges zündete schon im weiteren mitteleuropäischen Raum. Wenn man im Vorkriegsrußland wohl als einzige Macht Europas eine Auflösung der Donaumonarchie wünschte und sie betrieb, so dachte man hauptsächlich an eine Stärkung des russischen Einflusses im südslawischen Volksgebiet, allenfalls noch in Galizien. Die Tschechenführer haben dies mehrfach beklagt. Ebendort, im südslawischen Gebiet, erfolgte der kriegerische Zusammenprall. Es war nicht auf bedrohtem deutschem Volksboden, sondern auf slawischem, vom österreichisch-ungarischen Staate erst kurze Zeit beherrschtem Boden. Es war, wenn wir die russische Seite sehen, das imperialistische Hinübergleiten der russischen Macht auf einen völkisch-revolutionären Weg. Rußland verließ hier die Grundlage, auf der es mit den Mächten Mitteleuropas verbündet gewesen war: die Grundlage der Erhaltung.

Und hier treffen sich nach außen wirkender Panlawismus und Innenpolitik Rußlands. Denn ein im Innern schwaches und vom deutschen Einfluß „befreites“ Zarenregiment ließ sich aus Revolutionsfurcht zu einer panlawistischen Einfluß- und Ausdehnungspolitik auf dem Balkan verleiten. „Alle diejenigen, welche das herrschende System stürzen wollen, wünschen den Krieg“, hatte einst der russische Außenminister Giers dem deutschen Botschafter gesagt. Das herrschende System selbst ging nun in den Krieg. Wir wollen diese e i n e Seite nicht vergessen: sie kündete eben doch schon das Zeitalter der Völker an, entfernt allerdings und unter imperialistischer Decke. Gleichzeitig verließ Rußland das konservative Prinzip des Gemeinschaftsinteresses der drei Kaiserreiche aus innerpolitischen Beweggründen. Auch auf deutscher Seite hat die innerpolitische Entfernung von der alten konservativen Grundlage die Entfremdung beschleunigt.

Es lassen sich somit aus der Vorkriegszeit zwei Wesenszüge des deutsch-russischen Verhältnisses herausstellen; der innerpolitische, mit der der überlieferte deutsche Einfluß in Rußland und sein Zurücktreten in Zusammenhang stehen, und der völkische, d. h. das allmähliche Eindringen völkischer Gegensätze in das bislang auf anderer Grundlage beruhende Gemeinschaftsverhältnis der drei Kaiserreiche. Die gleichen beiden Seiten sollen auch im Folgenden aus der Vielfältigkeit der Ereignisse und Beziehungen herausgehoben werden.

3.

Wenn wir uns die Lage der Mittelmächte und die Russlands im Kriege vor Augen halten, so sehen wir ohne weiteres die entscheidende Bedeutung der Frage eines Sonderfriedens. Die Mittelmächte hätten den Rücken frei bekommen und ihre Kräfte siegverheißend gegen Westen werfen können. Die englische Blockade mußte angesichts der Nahrungsmittel- und Rohstoffquellen des nunmehr frei zugänglichen Ostens zusammenbrechen. Die Zeit, die gegen die Mittelmächte arbeitete, war nun nicht mehr zu fürchten. Auf der andern Seite Rußland. Es stand allein im Osten der Mittelmächte, ohne praktisch in Frage kommende Verbindung mit den verbündeten Westmächten. Es war zudem diejenige Großmacht, die innerpolitisch nach der vorausgegangenen Revolution von 1905 und den Scheinlösungen, die die Gegensätze nicht zu meistern verstanden, am stärksten gefährdet war. Aber Rußland hatte sich im Septemberabkommen von 1914 mit den Westmächten verbindlich gemacht, keinen Sonderfrieden abzuschließen. Die Machthaber setzten nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche alles auf die eine Karte. Diese Umstände bedingten den weiteren Verlauf der Sonderfriedensbestrebungen.

Die Initiative ging fast nur von deutscher Seite aus. Deutschland konnte auf zweierlei Art das Ziel der Ausschaltung Rußlands zu erreichen suchen. Zunächst konnte die militärische Niederwerfung versucht werden, dann aber mußte der Weg diplomatischer Verhandlungen begangen werden. Es zeigte sich bald, daß beides zusammen anzugreifen war, um zum Ziele zu gelangen. Denn erst das Zusammenwirken militärischer Operationen und politischer Unterhandlungen eröffnete Erfolgsaussichten.

Und hier ist festzustellen: An dem einzigen Zeitpunkt, an dem deutsche militärische und diplomatische Offensive, übrigens diese auf Wunsch des militärischen Leiters Falkenhayn, zusammentrafen, im Sommer 1915 nach der Eroberung Warschaws, reichte der große militärische Erfolg nicht aus, Rußland zu einem Eingehen auf die deutschen Friedensschritte zu bewegen. „Salt zu machen, den Krieg mit Mißerfolg zu beenden, ist undenkbar“, hieß es im russischen Hauptquartier. Auf der andern Seite aber lehnte Falkenhayn nach seinen eigenen Worten die Vernichtungsstrategie Hindenburg-Ludendorffs wegen der „Ausdehnung ins Uferlose“ des „östlichen Kollapses“ ab.

Innerhalb der deutschen politischen Führung ist die gleiche Einstellung wie bei Falkenhayn erkennbar. Auch hier die Furcht vor dem gefährlichen slawisch-mongolischen Rassengemisch des Riesenreiches. Auch hier die Tendenz, in erster Linie sich gegen die russische Macht zu sichern. Die Idee

Mitteleuropa mit ihrer belastenden Aufblähung nach Süden hin zum türkischen Anhang — Berlin-Bagdad — gewann die Geister, auch General Falkenhayn. Und der Gewinn aus der großen Offensive 1915, Polen, ließ eben in politischen und militärischen Kreisen den Gedanken einer Wiederaufrichtung Polens Gestalt gewinnen. Falkenhayn regte die polnische Frage mit an, Bethmann-Hollweg begann sie, zwar zögernd, aufzugreifen und im Reichstag gegen Rußland auszuwerten.

Für die Haltung der politischen Leitung war auch die Innenpolitik mitbestimmend. Die deutsche Linke, voran die Sozialdemokratie, sah den Krieg im wesentlichen als einen Krieg gegen den Zarismus an. Das Berliner Tageblatt Theodor Wolffs wollte den Krieg gegen den „Koloß mit tönernen Füßen“, wenn nötig, 20 Jahre fortsetzen. Je mehr sich Bethmann in der Auseinandersetzung mit den rechtsnationalen Kreisen auf die Linke stützte, desto mehr mußte er auf diese ihre außenpolitische Haltung Rücksicht nehmen. Er hat sich nicht zu einer Absage an Rußland und den russischen Sonderfrieden drängen lassen. Aber er hat nicht mit der notwendigen Entschlossenheit das Ziel des Ostfriedens in Angriff genommen. Daß er innerlich unentwegt auf England schaute, wird wohl als gewiß anzunehmen sein.

Das weitestgehende Friedensangebot von deutscher Seite, das des Bankiers Mankiewitz im Sommer 1915, sah in der für Rußland voranstehenden Konstantinopelfrage ein deutsch-russisch-türkisches Rondonium vor. Deutschland also wollte seine Orientinteressen nicht preisgeben, den Einfluß nur mit Rußland teilen. Zugleich traten in den deutschen Friedensforderungen mehr und mehr Gebietswünsche im Raum der Randvölker Rußlands hervor.

Dem eben auch auf deutscher Seite brachen im Gefolge des kriegerischen Zusammenpralls der Erhaltungsmächte völkische Wünsche durch. Gerade auf nationaler Seite wurden Stimmen laut, die die Vereinigung mit dem baltischen Deutschtum und die Gewinnung von Siedlungsraum für das deutsche Volk wünschten. Das weite Vordringen in den Osten, der „Ritt gen Osten“ rief die Erinnerung an die alte deutsche Aufgabe wach.

Was waren die Ziele Rußlands, als es den Krieg herbeiführte? Konstantinopel gewiß — und es war eine nach der deutschen Vorkriegspolitik wohl nicht so unrichtige Meinung, daß dies Ziel nur über Berlin erreicht werden könne. Doch wenn man in dem russischen Aktenwerk die Äußerungen genau verfolgt, so zeigt sich offenkundig, daß der Bosphorus mehr aus Tradition als aus zielsicherer Überlegung erstrebt wurde. Vor allem blieb Rußland bei seinem traditionellen Ziel nicht stehen. Es hat — und dies ist für unsern Zusammenhang besonders wichtig — neben den Eroberungs-

zielen in Ostpreußen, Posen und Galizien als erste Feindmacht im Kriege die Aufteilung Österreich-Ungarns gefordert. Wollte zunächst Sazonov nur eine Dreiteilung der Donaumonarchie, so ging der Zar bald weiter: Österreich-Ungarn sollte aufgelöst, das deutsche Österreich selbständiger Staat werden. Und hier hat in der Tat Rußland eine folgenschwere Initiative ergriffen. Izvolsti in Paris hat zuerst die Westmächte für die Aufteilung zu interessieren unternommen, und er hat die Verbindung zu den slawischen Emigranten Österreich-Ungarns geknüpft. Sogar der alte große Staatsmann Witte, der für eine Wiederannäherung an Deutschland eintrat, jedoch schon Mitte März 1915 starb, sah die Auflösung der Donaumonarchie vor; nur erkannte er den sechs Millionen Deutschen Österreichs gemäß der russischen Vorkriegsanschauung den Anschluß an das Reich zu.

4.

Wir sehen, wie auf beiden feindlichen Seiten der Krieg nun endgültig von der alten Grundlage wegführt und hinführt zu dem völkischen Prinzip, sei es in der polnischen und Randvölkerfrage, sei es in der Frage der Auflösung des Vielvölkerstaates an der Donau. Doch kehren wir, bevor wir die Entwicklung hier weiterverfolgen, zu der russischen Kriegspolitik zurück.

War diese zu einem Sonderfrieden mit Deutschland bereit und fähig? Wir wissen sogar von dem Haupt der Kriegspartei am Hofe, von dem Großfürsten Nikolai Nikolaievic, daß er die Sonderfriedensmöglichkeiten bereits im April 1915, also vor der großen deutschen Offensive, aufmerksam verfolgte. Es gab Kreise am Hofe und in der Politik, die einen Frieden wünschten. Die deutschblütige, doch englisch erzogene Zarin und Rasputin gehörten dazu, aber es waren, besonders bei der Zarin, keinerlei deutschfreundliche Gefühle, sondern mehr innerpolitische Besorgnisse. Das Gleiche ist wohl von einer Anzahl rechtsgerichteter Minister und Politiker anzunehmen.

Gegen diese Friedensfreunde stand eine geschlossene Front von Außenministerium, Oppositionsparteien und — im Hintergrund — des einflußreichen englischen Botschafters Buchanan. Es war die Front der Anglophilen. Jede Friedensstimme am Hofe oder unter den Politikern wurde als „Verrat der deutschen Partei“ ausgelegt. Denn hier wirkte sich nun der ehemalige Einfluß der Deutschen verhängnisvoll aus: Das Wort von der „deutschen Partei“, obwohl es kaum mehr Deutschblütige in den maßgebenden Kreisen gab, wirkte gegenüber jedem Friedenswillen tödend.

Es mußte gerade den Zaren treffen, der sich, wie alle schwachen Menschen, an die Loyalität gegenüber den Verbündeten starr klammerte. Mit

Recht sah der Botschafter Englands in Zaren eine Stütze des russischen Kriegswillens, allerdings eine nicht unbedingt zuverlässige Stütze, die gegenrussischen Einflüssen zugänglich war. So wurde die Opposition, die sich unbedingt kriegswillig und mächtiger denn je zeigte, gleichzeitig unterstützt. Die Linksparteien wagten sich erst allmählich in die Bereiche der Außenpolitik vor. Sie hielten sich zu Beginn des Krieges zurück, wie wir aus dem Protokoll des Progressiven Blocks eindeutig wissen. Erst nach der Niederlage des Sommers 1915 wuchs die Opposition gegen die Kriegführung in bedrohlichem Maße. Im Progressiven Block fiel nun das Verdikt Schingarevs: „Die Regierung ist untauglich für den Sieg, weil sie im Rücken unglücklich ist“.

Das innerlich schwache Zarenregiment konnte nur durch unmittelbar drohende Gefahren aus der einmal eingeschlagenen Bahn der Kriegspolitik gerissen werden. Nicht einmal die große militärische Niederlage von 1915 bewog den Zaren zum Einlenken. Der Schlüssel zum Frieden lag in der russischen Innenpolitik. Dann, nachdem es die militärische Gefahr nicht vermocht hatte, konnte nur die drohende Gefahr von links den Zaren und die Regierenden zum Einlenken gegenüber Deutschland bewegen. Deutlich weist zu dieser Auffassung der Wechsel mancher bedeutenden Politiker, wie etwa Schtscheglovitovs, von der Kriegs- zur Friedenspartei unter dem Eindruck der inneren Gefahr. So wächst allgemein erst seit dem Spätherbst 1915 die Friedensneigung in den russischen konservativen und Hofkreisen.

Gefahren können drohen, ohne noch zu bezwingen, sie können aber auch im weiteren Verlauf übermächtig werden. Es gibt in der russischen Kriegsgeschichte einen Punkt, von dem ab der Versuch des Friedens zum Umsturz durch die Opposition führen mußte. Diesen entscheidenden Wendepunkt gilt es erst mit Hilfe genauester und allseitigster Forschung zu bestimmen. Denn er ist für die Erkenntnis des Weltkriegs von außerordentlicher Wichtigkeit. Die Stunde zu nutzen, ist nur dem wahren Führer gegeben. Ist sie vertan, so bleibt dem Historiker das — in diesem Falle traurige, doch aufklärende und lehrreiche — Geschäft, sie mit den Mitteln seiner Wissenschaft aufzufinden.

Und allerdings, seit dem Spätherbst 1915, besonders aber im Jahre 1916 türmen sich die Ereignisse von außen und von innen in Rußland zu einem Gegeneinander und Ineinander, das nur schwer entwirrt und klargestellt werden kann. Es soll hier nur an wenige bekannte Tatsachen erinnert werden. Schon die Übernahme des Oberbefehls durch den Zaren im Sommer 1915 ruft rechts und links Beunruhigung hervor: rechts wird ein

unwiederbringlicher Prestigeverlust für den Zaren bei Niederlagen befürchtet, links wittert man in der Maßnahme den Übergang zu lahmerer Kriegführung. Nun meldete sich bald die Opposition: schon im Spätherbst 1915 fiel das Wort von der notwendigen Revolution, wobei man allerdings mehr an eine allmähliche Übernahme der Macht dachte. In den konservativen Kreisen wurde die Gefahr erkannt. Stürmer kommt im Frühjahr 1916 zur Regierung, der anglophile Außenminister Sazonov fällt in der Mitte des Jahres, und Protopopov, der kurz vorher in Stockholm mit einem deutschen Diplomaten Fühlung genommen hatte, wird Innenminister.

Nach außen tauchen Bestrebungen zu einem Sonderfrieden mit der Türkei auf. Am 3. Juli 1916 schließen Rußland und Japan ein Ausgleichsabkommen über China. Die Brussilow-Offensive zeigt nochmals die Kraft des russischen Heeres. Die Polenproklamation aber, wegen der Sazonov fällt, wird vertagt, ebenso die Veröffentlichung des Konstantinopelabkommens. Sogar die tschechische Frage wird im russischen Außenministerium erneut erwogen: eine tschechisch-russische Union sollte nicht bloß Deutschland in seinem Lebensnerv treffen, sie sollte auch den englischen Einfluß ausschließen.

5.

Und hier erhebt sich nun die Frage: Was tat Deutschland gegenüber der ganzen russischen Entwicklung? Es ist nicht zu übersehen, daß da und dort auf deutscher Seite ein Gefühl für die drängende Stunde vorhanden war. Von der Diplomatie wurden mehrfach Friedensfühler ausgestreckt. Hugo Stinnes schuf sich im Interesse der Annäherung eine Art privater Diplomatie in Stockholm. Deutschland versuchte auf dem Weg über Japan mit Rußland ins Gespräch zu kommen. Ob dies alles aber mit genügender Energie und mit den geeigneten Mitteln und Mittlern geschah, darffüglich bezweifelt werden. Falkenhayn lehnte überdies wegen der Offensive gegen Verdun einen die Entscheidung versprechenden Angriff im Osten ab. Den diplomatischen Führern fehlte die militärische Unterstützung. Als die russische Frage weder militärisch noch diplomatisch gelöst war, erfolgte eine erste große Krise der Mittelmächte: die Brussilowoffensive und der Kriegseintritt Rumäniens.

Vor allem machte sich in unheilvoller Weise für das Verhältnis zu Rußland das Streben nach einer vorzeitigen Lösung der polnischen Frage bemerkbar. Am 5. November 1916 erfolgte die Polenproklamation. Ob noch zu diesem Zeitpunkt eine Hoffnung auf den Sonderfrieden mit der unterhöhlten Zarenregierung bestand, kann bestritten werden; daß alle Verbindung mit Rußland damit abgebrochen war, nicht. Gleichzeitig tritt die

baltische Frage in den Vordergrund: das Streben nach Schutz und Sicherheit für die baltischen Deutschen, nach Siedlungsland für die deutsche Überbevölkerung und nach Abtrennung der baltischen Völker Rußlands von diesem. Auch auf deutscher Seite spielt die Innenpolitik herein. Die polnische und die litauische Politik findet warme Förderer im Zentrum und bei den Linksgruppen. Die zunehmende innere Krise drängt die Regierung zur Nachgiebigkeit. Schließlich hat die Habsburgermonarchie gerade die polnische Frage mit ins Rollen gebracht und in der austro-polnischen Lösung einen gefährlichen Schritt zum eigenen Untergang getan.

Schon vor dem Sturz der Zarenmonarchie treten also Fragen und Forderungen der Völker und Volksteile hervor, größtenteils vorangetrieben durch die bisherigen Mächte der Erhaltung selbst. Diese tschechische, polnische, baltische Frage, diese allgemeine Frage der sog. „Randvölker des Zarenreiches“ erwies sich neben der innerpolitischen Zerfetzung als stärkstes Mittel der Auflösung, des Zusammenbruchs der alten Mächte.

Als erste Macht unter den drei Kaisermächten fiel die Zarenmonarchie. Sie stürzte durch die innere revolutionäre Massenbewegung, doch die Parlamentarier der Linksopposition, die Miljukow und Kerenski, bemächtigten sich der Herrschaft. Das Volk hatte den Frieden gewollt, aber die nunmehr Herrschenden wollten ihn noch weniger als die zarische Regierung. Sie waren bisher die Kriegswilligen gewesen und blieben es, der eine offener, der andere verdeckter. Sie blieben die Handlanger Englands.

Noch heute rühmt sich Kerenski, daß die Provisorische Regierung der Entente einen unschätzbaren Dienst geleistet habe: sie habe die russische Front im Jahre 1917 aufrechterhalten und so eine deutsche Westoffensive vor dem Eintreffen der Amerikaner verhindert. Es war schon so, wie der Mitbeteiligte Suchanov sagt: diese Männer hatten den Frieden vergessen. Der demokratische Imperialismus, der die Westmächte beherrschte, war nun in Rußland eingezogen. Es war gleichzeitig ein zentralistischer Imperialismus. Diese Männer glaubten, die Frage, die der Untergang der Monarchie sofort aufwarf, die Frage der Völker, beiseitezusetzen zu können. Aber die Völker erhoben sich nun und machten von dem Recht der Selbstbestimmung Gebrauch. Eine autonomistische Bewegung trat in fast allen Fremdvölkern Rußlands hervor und steigerte sich schließlich bis zum Versuch der Loslösung. Sie trug, das muß jedoch betont werden, gerade in dem größten Land, in der Ukraine, zunächst ein deutschfeindliches Gesicht.

Was konnte Deutschland gegenüber den neuen Herrschern in Rußland tun? Sie lehnten den Frieden und das Recht der Randvölker ab. Wohl glaubte nun die Linke in Deutschland ihre Stunde gekommen. Erzberger

betrieb geschäftig den Frieden, der jüdische Sozialdemokrat David plante einen russisch-deutschen demokratischen Block. Es nützte nichts. Die Brücke zu den parlamentarischen Herren Rußlands konnte nicht geschlagen werden.

6.

Die russische Revolution, schon die Märzrevolution, war für die innere Entwicklung der Mittelmächte selbst von schwerwiegendsten Folgen. Sie trieb die innere Auflösung mächtig voran, zunächst durch die Stärkung der parlamentarischen Opposition, doch schon auch durch die Anfeuerung der Massen. Es war deshalb eine gefährliche Waffe, als das Reich Lenin und seine Genossen mit der Durchreiseerlaubnis durch Deutschland unterstützte. Es war in der ungemein gefährdeten Außenlage des Reichs ein notwendiges Augenblicksmittel, von dem der Satz gilt: daß es Notwendigkeiten des Augenblicks gibt, denen nur der Staatsmann entrinnen kann, der es nicht zu ihrem Entweder-Oder kommen läßt. Hier für unseren Zusammenhang müssen wir feststellen, daß es kaum je ein offenkundigeres Beispiel dafür gegeben hat, wie nun die Außenpolitik nur mit innenpolitischen Mitteln zu wirken vermochte. Versuche mit Hilfe der Randvölker oder mit Hilfe der reaktionären Aufstandsbewegung mit Rußland sich zu einigen, mußten fehlschlagen: die Randvölker konnten nicht den Kern des Reiches zum Frieden zwingen, die Führer der Gegenrevolution waren, wie etwa Kornilow, schroff deutschfeindlich.

Lenin setzte sich in Rußland durch, weil er mit der kräftesten Demagogie den Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker versprach. Als die russische Oktoberrevolution siegte, standen die Mittelmächte erstmals einer Regierung gegenüber, die zum Frieden bereit war: aus innerpolitischen Gründen, zur Sicherung der eigenen, zunächst nur auf schwachen Füßen stehenden Herrschaft, und aus weltrevolutionären Gründen.

Die Mittelmächte sind den Weg des Brestler Friedens gegangen. Sie haben sich gegen die östlich-revolutionären Gefahren durch die Aufrichtung eines Gürtels von kleinen Staaten in deutscher Abhängigkeit zu schützen gesucht. Neben den Landschaften Kurland, Litauen, Polen und Ukraine wurde nachträglich noch die Abtrennung Estlands und Livlands vom russischen Reich gefordert und darum auch ein zeitweiliger Abbruch der Friedensverhandlungen in Kauf genommen. Wohl ist diese Verselbständigung der Völker zum größeren Teil auf die Dauer gelungen, aber der Versuch der Sicherung gegen die bolschewistische Gefahr schlug fehl. Es dauerte nur ein Jahr und Lenin erhielt mit seinem Wort von der bald kommenden deutschen Revolution Recht.

Es gab vielleicht einen Weg, der noch Niederlage und Revolutionierung der Mittelmächte verhindern konnte. Es war der Weg eines weiteren Eingriffs in die inneren russischen Verhältnisse, der Weg der Vertreibung der Bolschewisten. Kenner der damaligen Zustände in Rußland, wie Helfferich und deutsche Militärs in Moskau, traten in der und jener Form für ihn ein. Hier bot sich die Möglichkeit für die Mittelmächte, mit geringen militärischen Kräften sich eine Hilfsquelle von ungeheurem Ausmaß zu eröffnen, eine Hilfsquelle, die nicht wie die Ukraine unter dem dauernden Druck von Moskau zu einer Konsolidierung und daher zu wirtschaftlichem Ertrag unfähig war. Deutschland konnte allerdings nicht wohl gleichzeitig die Offensive im Westen durchführen, es mußte sich hier auf die Verteidigung beschränken. Aber es konnte nun hoffen, den Krieg auf lange hinaus weiter zu bestehen.

Freilich: Der Weg hätte zu einer gesamtrussischen Regelung führen müssen. Es war offenkundig: keine der russischen Gruppen, die zur Machtübernahme bereit waren, wollte die Zerstückelung Rußlands, die Abtrennung der vielen Grenzvölker zugestehen. Es wäre der Versuch gewesen, auf einer politischen Grundlage mit dem Russischen Reich sich wiederum zu einigen, die wohl des autokratischen Bindemittels entbehrte, aber konservativ in Richtung der Innenpolitik und in Richtung der Erhaltung der machtsstaatlichen Einheit gegenüber den Randvölkern war.

Die deutsche politische militärische Führung beschritt diesen Weg nicht, sie wagte das große Wagnis nicht. Und es muß gefragt werden: war das deutsche Volk noch dazu fähig? War es nicht schon innerlich durch Parlamentarier und Marxisten so zerfetzt, daß es den gewagten Weg nicht mehr mitging? Eine äußere Frage kam dazu: hatte sich die Bewegung und Erhebung der größeren und kleineren Völker nicht schon zu sehr verfestigt, um aufgehalten werden zu können?

So kam das Ende. Alle drei Kaiserreiche, einst Reiche der Erhaltung, stürzten zusammen. Rußland versiel einer größtenteils jüdisch-tatarischen Fremdherrschaft — eben dieses früher einmal von Deutschen beeinflusste Rußland. Die Grenzvölker erhielten überwiegend selbständige Staaten. Auch im Bereich der Mittelmächte führte die Frage der Völker zur Auflösung der Donaumonarchie und zu Abtrennungen vom reichsdeutschen Körper. Und dies alles nunmehr unter fremdem, deutschfeindlichem, westeuropäischem Zeichen der Auflösung der Ordnung Mittel- und Westeuropas.

Die Westmächte sind auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 an der Lösung des russischen Problems gescheitert. Sie haben durch Versailles und Saint-Germain in Mitteleuropa eine „nationalstaatliche“ Regelung

getroffen, die dem Selbstbestimmungsrecht ebenso wie einer organischen Ordnung der Völker widersprach. Sie haben in den Randgebieten Osteuropas die von Deutschland eingeleitete Verselbständigung der kleinen Völker übernommen und die ganze neue Staatenwelt dem von ihnen beherrschten „Völkerbund“ unterworfen. Den osteuropäischen Kern aber, Sowjetrußland, konnten sie nicht nach ihren Gesetzen bestimmen und ordnen. Die Bolschewisten haben hier einen Scheinföderalismus für die den Raum bewohnenden Völker eingerichtet, der über die Vernichtung allen völkischen Eigenlebens nicht hinwegzutäuschen vermag. Wenn jetzt das Selbstbestimmungsrecht der Völker in seiner wahren Bedeutung erkannt wird und eine neue Ordnung der Völker gemäß deren innerem und äußerem Gewicht unter dem Vorantritt des Volkes der Mitte sich bildet, so erkennen wir darin die Vollendung der Wende, die im Weltkrieg und in der Katastrophe der drei Erhaltungsmächte sich ankündigte.

Das Zeitalter der Völker bricht nun in seiner eigentümlichen Gewalt und seinem echten Maß durch. Wir bejahen es im Leben wie in der Forschung. Denn es ist unser.

Schwedische Kulturpropaganda in Estland

1.

Schwedens Interesse für Estland liegt nicht auf der Ebene der reinen Politik. Seit Jahrzehnten schon weist man jenseits der Ostsee jeden Gedanken an machtpolitische Ambitionen weit von sich und verweist stolz auf die in langer Friedenszeit errungenen zivilisatorischen Fortschritte und auf den einzigartig hohen Lebensstandart des schwedischen Volkes. Es ist ein fattes und geruhames Dasein, dessen man sich dort in weitesten Kreisen erfreut; ein Dasein, das allerdings bedenkliche Symptome materialistischer Verflachung und eines Erlahmens der geistigen Schöpferkraft aufweist, deren man sich selbst noch wenig bewußt ist.

Ende 1918 wurde Schweden vor große Möglichkeiten gestellt. Wenn noch etwas von den Instinkten der einstigen Großmachtperiode in ihm lebendig gewesen wäre, hätte es die Aufgabe ergriffen, dem jungen estnischen Heer in seinem Kampf gegen den Feind aus dem Osten, beizustehen. Die Gelegenheit wurde verpaßt. Schweden ließ eine große Stunde vorübergehen und begab sich damit für alle Zeiten des Rechts, sich für die Lösung der politischen Fragen im Ostbaltikum mitverantwortlich zu fühlen.

Gegenseitige Besuche der Staatsoberhäupter sollten in den weiteren Jahren freundschaftliche Beziehungen anbahnen. Aber wenn auch Gustav V. im Jahre 1929 von der estnischen Bevölkerung nicht ohne Anteilnahme empfangen wurde und sich seitdem einer gewissen Popularität erfreut, entsprangen hieraus keinerlei politische Konsequenzen. Wohl aber dienten diese Besuche dazu, kulturpolitische Verbindungen zu knüpfen, die die Grundlage der heutigen Bestrebungen herstellten.

Vor allem fiel das Interesse Schwedens an der 300-Jahrfeier der von Gustav Adolf gegründeten Universität Dorpat im Jahre 1932 auf. Die Anwesenheit des schwedischen Kronprinzen sollte die Tatsache der schwedischen Gründung unterstreichen. Eine Fülle von publizistischen und geschichtlichen Veröffentlichungen beschäftigte sich bei dieser Gelegenheit mit dieser ersten, 78 Jahre — davon nur 44 Jahre wirklicher Tätigkeit — umfassenden Periode der Universität, indem der Akzent der Gesamtspanne mit einem gewissen Nachdruck auf diese Frühzeit gelegt wurde, ohne die eigentliche Blütezeit der deutschen Alma mater Dorpatensis im 19. Jahrhundert sonderlich zu beachten.

Wurde schon bei dieser Gelegenheit der Universität ein Gustav Adolf-Denkmal gestiftet (das hinter dem Hauptgebäude freilich eine etwas ungünstige Aufstellung erfuhr) so versuchte man wenige Jahre später auch die Erinnerung an den anderen großen Schwedenkönig auf ähnliche Weise wachzurufen. Es tauchte der Gedanke auf, Karl XII. auf dem Schlachtfelde von Narva ein Denkmal zu setzen. Der estländische Generalkonsul in Stockholm J. Fagraeus ergriff die Initiative zur Sammlung der Baukosten; binnen kurzem waren 40 000 Skr. zusammen. Die Enthüllung des Denkmals fand am 18. Oktober 1936 statt. Es stellt das schwedische Wappentier, den Löwen, mit einer Erdkugel spielend, dar: das Symbol des einstigen schwedischen Großmachtstrebens an der Ostsee.

Die Bedeutung, die der Enthüllung in Schweden beigemessen wurde, erhellt die Tatsache, daß nicht nur das königliche Haus durch den Erbprinzen Gustav Adolf und den Grafen Folke Bernadotte, sondern auch die Armee durch eine Militärabordnung unter General Gyllenstierna vertreten war. Die Gemeinsamkeiten sowohl Schwedens als auch Estlands mit Finnland wurden durch finnländische Offiziere betont. Mit Absicht vermied man aber sowohl von Seiten der Gäste als auch der Gastgeber bei den Gedächtnisreden zu Ehren der Schlacht bei Narva an sich naheliegende aktuell-politische Ausblicke, um keine Beunruhigung im Osten hervorzurufen. Eine ritterliche Geste dagegen war es, wenn der Erbprinz auch am Grabmal der 1700 gefallenen Russen einen Kranz niederlegte.

Anlässlich eines Besuchs des schwedischen Außenministers Sandler in Estland im Jahre 1937 konnte man aus den Kommentaren der schwedischen Blätter auch politische Töne heraushören. „Stokholms tidningen“ meinte, das schwedische Volk müsse „ohne sich Illusionen über eine Rolle zu machen, die der Geschichte angehört und zu deren Durchführung heute wirtschaftliche und militärische Vorbedingungen fehlen, sich noch dessen bewusst sein, daß es eine Aufgabe, sowohl hinsichtlich der nordischen als auch der baltischen Staaten zu erfüllen habe.“ Der Besuch konnte als eine Festigung der Freundschaft zwischen den beiden Staaten gewertet werden, ohne daß hinter ihm politische Sensationen vermutet werden durften.

2.

In den Jahren 1935/36 ist Estland von Schweden aus als Touristenland entdeckt worden. Von Jahr zu Jahr ist seitdem der Touristenzustrom stärker geworden. Es werden hauptsächlich Pernau, Hapsal und Hungerburg aufgesucht, wobei sich als das wesentlichste Reizmittel die billige Lebenshaltung erwies, der es auch sozial niedriger stehenden Schichten ermöglicht, sich einen Kuraufenthalt im Auslande zu leisten. Massenerkursionen aus Schweden werden von da ab allsommerlich von den Reisebüros veranstaltet; doch sind es nicht immer ungetrübte Freuden, die das estländische Gastwirtschaftsleben angesichts dieser Invasion „billiger Schweden“ empfindet. Schwedischerseits hat man andererseits schon mehr als einmal an dem mangelhaften Rundendienst und den noch etwas primitiven Wohnverhältnissen Anstoß genommen.

Liegt die Belebung dieser Seite gegenseitiger Beziehungen nur an der Peripherie der eigentlichen Kernfragen dieser Übersicht, so verdient die Existenz einer alteingesessenen schwedischen Volksgruppe im Nordwesten Estlands eine größere Beachtung. Die ca. 8000 schwedischen Bauern und Fischer in der Umgebung von Hapsal, auf der Ruckö und den Inseln Worms und Runö, haben politisch und kulturell nie eine Rolle im Leben des Landes gespielt. Umso mehr glaubt man in Schweden ihnen unbeschadet der guten Beziehungen zu den Esten eine weitgehende Förderung zukommen lassen zu können. Neben die Volkshochschule auf der Ruckö trat ab 1936 ein schwedisches Gymnasium in Hapsal, welches im Frühjahr 1937 bereits seine ersten Abiturienten entlassen konnte. In schwedischen Kreisen sieht man hierin den Anfang der Entstehung einer Schicht von Gebildeten unter den Estlandschweden und setzt daher auf die jungen Leute, die jetzt an der Universität Dorpat ihr Studium aufgenommen haben, große Hoffnungen. Ihr Sammelpunkt in Dorpat ist die Ortsgruppe des „Svensk

odlingens vänner“, einer dem VVA entsprechenden Organisation, die ihnen materielle Hilfe zukommen läßt und ihnen die Möglichkeit einer nationalkulturellen Betätigung bietet. Eine Reihe estlandschwedischer Theologen vervollkommen sich bereits in ihrem Studium in Schweden.

Gewisse Einschränkungen der Volksgruppenrechte durch die neue, am 1. Januar 1938 in Kraft getretene Verfassung, haben auch in Schweden Besorgnis erregt. Die Möglichkeit, auf Grund des § 22 der Verfassung, den muttersprachlichen Unterricht einzuschränken, und die estnischerseits schon häufig vorgebrachten Projekte, dieses auch praktisch auf dem Gebiet der Geographie und Geschichte zu realisieren, werden als eine Bedrohung des schwedischen Bildungswesens angesehen. Auch das durch die Einführung des Mehrheitswahlrechts bedingte Fortfallen einer eigenen parlamentarischen Vertretung in der Abgeordnetenkammer ist in der reichsschwedischen Presse vermerkt worden und veranlaßte die „Dagens Nyheter“ schon im November 1937 zu der Feststellung: „wenn Estland eine Vertiefung der kulturellen Beziehungen mit Schweden wünsche, werde es dafür sorgen müssen, daß der schwedischen Minderheit in Estland eine gerechte Behandlung zuteil werde!“

Im übrigen sollte man sich allerdings in Schweden dessen bewußt sein, daß die schwedische Volksgruppe in Estland im Grunde genommen nicht nur national kaum gefährdet ist, sondern in mancher Hinsicht eine geradezu privilegierte Stellung einnimmt. Welcher anderen Volksgruppe wäre es etwa gestattet, Staatsangehörige des Mutterlandes als Lehrer und Geistliche bei sich anzustellen?

Vor allem aber erfreut sich die schwedische Kulturpropaganda einer regen Förderung von Seiten des Estentums.

3.

Das Zentrum der schwedischen Kulturpropaganda ist Dorpat. Hier besteht an der Universität neben dem offiziellen Lektorat der schwedischen Sprache seit 1930 ein von Schweden unterhaltener Lehrstuhl für schwedische Literatur, der von Prof. P. Wieselgren bekleidet wird. An der Universität registriert ist ferner der akademische schwedisch-estnische Verein (ab 1932), der nahezu 200 Mitglieder aufweist. Zu den führenden Förderern des Vereines gehören namhafte Persönlichkeiten des schwedischen öffentlichen und geistigen Lebens, u. a. auch Selma Lagerlöf. Die Vortragsabende des Vereines behandeln wissenschaftliche, aber auch kulturpolitische Fragen. Eine Reihe schwedischer, gelegentlich auch dänischer Gastredner werden herangezogen.

Sehr aufschlußreich war ein Diskussionsabend des Vereins am 7. November 1937 (am 6. Nov. war wie stets des Gustav-Adolfstages durch einen Festgottesdienst in der Universitätskirche gedacht worden). Im Mittelpunkt stand ein Referat des estnischen Volkshochschulinspektors N. Ruus, eines bekannten Vorkämpfers der schwedisch-estnischen Annäherung, der sich für einen Ausbau der gegenseitigen Beziehungen einsetzte, hierbei aber mit Entschiedenheit den Standpunkt absoluter Parität zwischen estnischer und schwedischer Kultur vertrat und sich mit einiger Schärfe gegen einen Artikel des Stockholmer Historikers A. Schück wandte, welcher in Sachen der schwedischen Kulturpropaganda in Estland einen das estnische Selbstgefühl verletzenden Ton angeschlagen hatte. In den anschließenden Debatten wurde eine Fülle von Argumenten vorgebracht, die einer gegenseitigen Annäherung das Wort redeten. Hier und bei anderen Gelegenheiten ist an solchen gemeinsamen Momenten immer wieder die Zugehörigkeit der Esten zu den nordischen Völkern, die ähnliche Mentalität, vor allem aber die gemeinsame demokratische Grundlage nicht nur der Staaten, sondern auch der politischen Haltung hervorgehoben worden.

Dieser Gedanke wurde geradezu zum tragenden Prinzip einer Veranstaltung erhoben, die, sich seit einigen Jahren ständig mit wechselndem Tagungsland wiederholend, im Sommer 1938 in Dorpat und auf dem benachbarten Gut Wahi stattfand: die V. nordische Bildungswoche. In großer Aufmachung wurde als das Fazit dieser Zusammenkunft eine noch festere Eingliederung Estlands in den nordischen Raum gewertet; daneben fiel aber der Versuch der fast ausschließlich sozialdemokratisch eingestellten schwedischen und norwegischen Vertreter auf, die estnischen Vertreter gewissermaßen auf die gemeinsame Plattform einer marxistischen Kulturpolitik zu vereidigen! Eine gewisse Reserve diesen Bemühungen gegenüber war auf Seiten der Esten unverkennbar *).

Der Dorpater schwedisch-estnische Verein unterhält des Weiteren eine durch Stiftungen aus Schweden vergrößerte Bibliothek und gibt das in schwedischer Sprache erscheinende Jahrbuch „Svio-Estonica“ heraus, das bereits im 5. Jahrgang vorliegt: eine gediegene wissenschaftliche Zeitschrift, die Beiträge schwedischer und estnischer Forscher aus dem Gebiet der politischen, der Kriegs-, Kirchen-, Literatur-, Kunst- und Bevölkerungsge-schichte, der Volkskunde und Sprachwissenschaft in schwedischer Sprache bietet. Zugleich dient das Jahrbuch auch als Mitteilungsorgan des Vereins, dessen Tätigkeit hier stets eingehende Würdigung erfährt.

*) Vgl. auch „Domsburg“ 1938/3.

Im Zusammenhang damit muß betont werden, daß gerade auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung ein reger Kontakt zwischen den schwedischen und estnischen Gelehrten hergestellt worden ist. Bei den estnischen Historikern konzentrierte sich das Interesse von vornherein besonders stark auf die schwedische Periode des Landes, die auch im Volksmunde als die „Gute alte Zeit“ bekannt war. Neben den größeren Werken von Vasar über die livländische Güterreduktion, von Liiv über die wirtschaftliche Lage zum Ende der Schwedenzeit und von Sepp über die Schlacht bei Narva sei hier an kleinere Arbeiten von Köpp, Pufsoo, Loone und Zoom erinnert. Es spricht für die Sachlichkeit und Kritikfähigkeit der estnischen Historiker, daß sie sich mitunter nicht gescheut haben, die ihnen an sich auch kulturpolitisch naheliegende günstige Beurteilung der Schwedenzeit gelegentlich fallen zu lassen. So hat z. B. J. Vasar schon seit Jahren eine gegenteilige Wertung bei der Gegenüberstellung der schwedischen und polnischen Periode verlangt; auch aus mehreren Arbeiten von O. Liiv spricht eine größere Skepsis inbezug auf die ungeteilt positive Beurteilung der Schwedenzeit.

Neben den Historikern hat der estnische Geograph E. Kant das größte Verdienst um die Vertiefung der Gemeinsamkeiten mit Skandinavien. Im Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Konzeption steht die Theorie einer Baltostandia; er sieht Skandinavien und Ostbaltikum als durch die Ostsee mehr verbundenen als getrennten gemeinsamen Raum an, während das Westbaltikum, die preussische Küste etwa, schon außerhalb dieser Einheit liege. Er setzt hiermit das Ostbaltikum scharf gegen Mitteleuropa ab. Ebenso fußt auch der Volkskundler O. Voorits in seinen programmatischen Ausführungen zur Geisteshaltung der Esten auf der baltostandischen These.

Auf der anderen Seite ist auch Schwedens Interesse für Estlands Vergangenheit von Jahr zu Jahr gestiegen. Zu einer speziellen Domäne schwedischer Gelehrter ist die Kunstgeschichte des Landes geworden, deren Lehrstuhl anfangs von Helge Kjellin und jetzt von Steu Karling besetzt ist. Aus der Feder des letzteren stammt unter anderem das sehr gründliche Werk über die Baugeschichte der Stadt Narva, welches den schwedischen Anteil an der Gestaltung des Stadtbildes pointiert hervorhebt. Ebenso ist die Vorgeschichte seit 1919 von skandinavischen Gelehrten — dem Finnen Tallgren und dem Schweden Nerman — ausgebaut worden. Wenn auch finnländische Beziehungen außerhalb dieser Betrachtung stehen, so sei doch vollständigkeitshalber erwähnt, daß die Grundlage zum Aufbau eines hi-

storischen Lernbetriebes in Dorpat ebenfalls auf den Finnländer U. R. Cederberg, der nach 1919 jahrelang in Dorpat gewirkt hat, zurückgeht.

Von Werken schwedischer Historiker über Thesen der baltischen Geschichte kann neben kleineren Beiträgen von F. Westling vor allem auf R. Liljedahls „Die schwedische Verwaltung in Livland am Anfang des 17. Jahrhunderts“ hingewiesen werden. Es sind auch gerade die schwedischen Historiker, die sich besonders warm für eine kulturelle Annäherung an die baltischen Staaten, in erster Linie an Estland, einsetzen. Neben Liljedahl wären hier U. Schück, E. Höjer, J. Bergman und Reichsantiquar Curman zu nennen. Bezeichnenderweise stellen sich mehrere der genannten Forscher bei ihren Bemühungen um die baltische Geschichte in einen gewissen Gegensatz zur deutschen Vergangenheit des Landes; ebenso gelingt es ihnen bei der Hervorhebung schwedischer Momente der Landesgeschichte nicht immer unzweifelhaft deutschen Beiträgen gegenüber die nötige Objektivität zu wahren. Wie so häufig auch anderweitig, erhält die Kulturpropaganda auch im Zusammenhang mit diesen Dingen eine oft rückwärts projizierte imperialistische Tendenz.

In ihrer Einstellung zum baltischen Deutschtum entbehrt die schwedische Kulturpropaganda nicht einer mitunter feindseligen und aggressiven Note: es fällt in die Augen, daß maßgebende Schweden in Dorpat ihre Kinder nicht etwa in deutschen, sondern in estnischen Schulen erziehen, und daß schwedische Studenten durch eine entsprechende Stipendienpolitik genötigt werden, sich estnischen Studentenorganisationen anzuschließen.

Nicht nur historische Disziplinen sind von schwedischen Gelehrten in Dorpat betreut worden. Es sei an den klassischen Philologen J. Bergman, an den Juristen Bjerre, Professor für Strafrecht, erinnert, die jahrelang in Dorpat gewirkt haben. Noch im Jahre 1937/1938 ist von einer schwedischen Kandidatur auf den Lehrstuhl der Nationalökonomie die Rede gewesen; gescheitert ist der Plan jedoch am Mangel eines wirklich geeigneten Fachmannes. Ungeachtet der offensichtlichen Tendenz der Vorpater Universität, andersstämmige Lehrkräfte aus ihrem Lehrkörper im Zuge einer vollständigen Nationalisierung immer mehr und mehr auszuschalten, verdient diese grundsätzliche Bereitschaft, schwedischen Kandidaten entgegenzukommen, Beachtung.

Wesentlich für den Ausbau der schwedisch-estnischen Beziehungen ist die Schaffung eines Wörterbuches, an dem schon seit Jahren gearbeitet wird. Beiderseits sind namhafte Summen beigesteuert worden. Der Druck liegt in den Händen des „Eesti kirjanduse selts“ und mit dem Erscheinen kann demnächst gerechnet werden.

Von allergrößter Bedeutung muß die Gründung eines schwedischen Instituts in Dorpat werden: ein Plan, an dem schon lange gearbeitet wird. Im November 1937 stellte der schwedisch-estnische Verein in einer Resolution die Forderung nach einem solchen auf; im Februar 1939 führte Archiwdirektor O. Liiv in Stockholm, wo er anlässlich des estländischen Staatsfeiertages den Festvortrag in der schwedisch-estnischen Gesellschaft hielt, Verhandlungen wegen des Instituts. Obgleich die Mittelbeschaffung, bei der anfangs nur private Kreise in Schweden in Betracht kamen, neuerdings aber auch staatliches Interesse vorliegt, noch nicht gänzlich gelöst ist, kann doch in nächster Zeit mit der Eröffnung des Instituts in Dorpat gerechnet werden. Man hofft, daß dadurch an Stelle der recht lückenhaften Bücherbestände des schwedisch-estnischen Vereins eine wirklich reichlich besetzte Bibliothek treten wird. Vor allem würde die Begründung des Instituts eine noch festere Fundierung der bisherigen Bestrebungen bedeuten. Ebenso ist auch die Frage einer Kulturkonvention zwischen Schweden und Estland wiederholt auf der Tagesordnung gewesen, jedoch noch nicht zu einem Abschluß geführt worden.

Für die Estlandschweden spielt naturgemäß Hapsal eine gewisse Rolle als höchstes städtisches Zentrum; im Allgemeinen fällt für die schwedisch-estnischen Beziehungen neben Dorpat nur noch Reval erachtlich ins Gewicht. Hier schart sich eine kleine Gruppe ortsansässiger schwedischer Einwohner um die St. Michaelisgemeinde. Politisch repräsentativ ist der Revaler schwedisch-estnische Verein, dem maßgebende Persönlichkeiten aus Kreisen der Regierung und Diplomatie angehören. Vorsitzender ist der ehemalige Politiker und jetzige Professor Jaan Tõnnissen, der über langjährige Verbindungen mit Schweden verfügt. Daneben ist 1937 ein skandinavischer Klub entstanden, der über ein eigenes Klublokal verfügt und sich nicht nur um Schweden, sondern auch um Dänen und um ihre Beziehungen zum Gaststaate bemüht.

Es bleibt noch übrig, etwas über den Austausch von Studierenden zwischen Estland und Schweden zu sagen. Die Betreuung estnischer Studenten in Stockholm liegt in der Hand des „Baltischen Instituts“, welches allsommerlich Kurse der verschiedensten Fachgebiete veranstaltet: juristische, nationalökonomische, geographische, Sprachkurse. Auch in Göteborg fanden wiederholt Sprachkurse statt, an denen häufig auch Esten teilgenommen haben. Studentenorganisationen und -chöre haben sich mitunter diesseits und jenseits der Ostsee besucht, ohne daß es jedoch gelungen wäre, einen

dauerhaften und engen Kontakt herzustellen, wie er z. B. zu der finnischen und lettischen Studentenschaft besteht.

Die Stockholmer Hochschule hat in letzter Zeit ihre Aufmerksamkeit recht stark den baltischen Dingen zugewandt. Es sei an das schon erwähnte baltische Institut erinnert, welches diese Fragen bearbeitet. Seit kurzem besteht hier ein Lektorat für estnische Sprache. Für die Mittelbeschaffung zugunsten der Kulturpropaganda in den baltischen Staaten ist neben dem sog. „Aufklärungsausschuß“ des Außenministeriums das Baltische Komitee in Stockholm (Vorsitzender — Curman, Sekretär — Schück) zuständig. Im Jahre 1937 war hierfür die Summe von 10.600 Skr. ausgeworfen worden, die zu gleichen Teilen auf die drei baltischen Staaten verteilt werden sollte. Von Seiten der in Estland wirkenden Schweden (z. B. von P. Wieselgren in Dagens Nyheter v. 28. 5. 1937) ist demgegenüber stets auf die hier besonders günstigen Vorbedingungen einer Kulturpropaganda hingewiesen und eine dementsprechend stärkere Ausrichtung auf Estland gefordert worden. In der Tat liegen die Voraussetzungen für Lettland und Litauen angesichts geographisch-historischer, aber auch volkpsychologischer Momente wesentlich ungünstiger, als in Estland.

6.

Im vergangenen Jahre hat es einige empfindliche Querschläge für die schwedische Kulturpropaganda in Estland gegeben. Schon früher wurde von Seiten Schwedens nicht immer der nötige Takt in der Behandlung der kleineren und jüngeren Nachbarn gewahrt. Nicht selten ist das estnische Selbstgefühl durch anmaßende Überheblichkeiten verletzt worden. Im Sommer 1938 haben dann Berichte in den schwedischen Zeitungen „Signalen“ und „Sozialdemokraten“ die öffentliche Meinung in Estland mit Recht aufs Höchste aufgebracht. In geringschätzig, ja wegwerfender Weise wurden hier oberflächliche Beobachtungen an Passanten zum Anlaß genommen, unzutreffende Behauptungen über Kultur und Wirtschaft des Landes zu machen. Auch die als deutschfeindliche Parole satzsam bekannte These von den 700 Sklavenjahren mußte bei einem schwedischen Journalisten dazu herhalten, die „goldene Schwedenzeit“ als den einzigen Lichtblick in der trüben Vergangenheit und Gegenwart Estlands hervorzuheben.

Die Erbitterung der estnischen Presse war außerordentlich. Das „Aus Eesti“ parierte unter der Überschrift „Überraschungen aus Schweden“ im Dezember 1938 damit, daß es historische Tatsachen anführte: ungeachtet der „goldenen Zeit“ haben die schwedischen Könige die estnischen Bauern nicht befreit. Als in den Hungerjahren 1695—1697 — 20 v. H. des estni-

sehen Volkes zu Grunde gingen, wurde ihnen nicht nur ungenügend geholfen, sondern durch staatliche Maßnahmen Korn in großen Mengen nach Schweden gebracht. Karl XII. überließ während des Feldzugs nach Polen das Land schutzlos als Beute den Russen. „Wir wollen“, schließt die Zeitung, „über die schwedischen Journalisten nicht zu Bericht sitzen; wir wünschen nur, daß sie daran denken mögen, daß vor 200 Jahren Schweden hier ein vom Hunger ausgeemergeltes Land, und ein vom Hunger, Krieg und Seuchen niedergebrochenes Volk hinterlassen hat, das zum größten Teil aus unbefreit gebliebenen Bauern bestand... Wenn nun jenseits des Meeres ein Blatt der Ansicht ist, daß Estland kaum lebensfähig sein dürfte, so wollen wir daselbe beruhigen, indem wir sagen: das estnische Volk hält seinen Teil des Ostgestades der Ostsee fest in der Hand. Deswegen können die Schriftleiter eurer Blätter und eure Touristen sorglos in ihren Betten schlafen.“

Wie man sieht, eine gründliche Abfuhr. Für die Schweden besonders fatal, weil das historische Tatsachenmaterial über die große Hungerzeit ausgerechnet dem kürzlich erschienenen Werke eines der Hauptwortführer einer schwedisch-estnischen Annäherung entnommen ist: dem Werke O. Viiv's über die große Hungerzeit in Estland 1695—1697, einer gediegenen, durch reiches Quellenmaterial ergänzten Darstellung dieser Jahre.

Natürlich dürfen aus dieser vorübergehenden Erübung des gegenseitigen Verhältnisses nicht zu weitgehende Schlüsse gezogen werden. Immerhin wird sich freilich bei dem nüchternen und kritischen Sinn der Esten in jede Zuneigung auch stets eine nicht geringe Dosis von Skepsis und Zurückhaltung mischen. Bei aller Aufgeschlossenheit einer schwedischen Kulturpropaganda gegenüber muß dieses stets im Auge behalten werden. Auch noch so emsigen Bemühungen sind daher Grenzen gesetzt, die angesichts der mangelnden Vitalität eines in überlebten liberalistischen Formen verharrenden Volkes wohl auch nicht überschritten werden dürften.

Jürgen von Nehru

Friedrich von Meyendorff

Zu seinem hundertjährigen Geburtstag am 2. August 1939

Peter der Große hatte Rußland die baltischen Provinzen, wie Schirren es ausgedrückt hat, nicht durch Eroberung, sondern durch Kapitulation gewonnen. In den berühmten Kapitulationen von 1710 bestätigte er der Ritter- und Landschaft alle ihre Privilegien und Rechte einschließlich des

Privilegiums Sigismundi Augusti von 1561. Insbesondere sicherte er dem Lande für sich und seine Nachfolger zu: die Aufrechterhaltung des evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, deutsche Verwaltung, deutsche Sprache und deutsches Recht.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts aber begannen sich in der russischen Regierung mit dem Aufbruch des Panславismus und der slavischen Missionsidee Tendenzen durchzusetzen, die nach völliger Einschmelzung, d. h. Russifizierung der damaligen Ostseeprovinzen strebten. Schon vorher war die Erhaltung der deutschen Rechte und der Sonderstellung der Provinzen schwer durch das absolutistische Regime Katharinas II bedroht worden, doch Kaiser Paul hatte den alten Zustand wiederhergestellt.

Der erste schwere Schlag der die zugesicherte Sonderstellung des Landes nunmehr traf, war das Kirchengesetz von 1832, das auf kirchlichem Gebiet die allmähliche Angleichung an die innerrussischen Verhältnisse anbahnte; dadurch war die Voraussetzung für die bald einsetzende Propaganda für den Übertritt zum griechisch-orthodoxen Glauben geschaffen. Die Konversionswirren der 1840-er Jahre waren die Früchte des Werbefeldzuges der Staatskirche.

Die Lage für die baltischen Provinzen verschlimmerte sich jäh mit der Thronbesteigung Alexanders III. Das Russifizierungsstreben setzte planmäßig auf allen Gebieten ein. Die Vernichtung der deutschen Ratsverfassung durch die Einführung der russischen Städteordnung 1877, die Russifizierung des Schulwesens 1887, die des Gerichtswesens 1889 und die der Universität Dorpat 1890 waren die wichtigsten Etappen dieses russischen Feldzuges gegen die deutsche Art seiner Ostseeprovinzen.

Das Land kämpfte verzweifelt unter Anspannung aller Kräfte gegen die vorwärts brandende russische Flut. Berühmt ist Carl Schirrens „Livländische Antwort“ an die russischen Angreifer geworden. Sie war geboren aus dem lebendigen Gefühl des Rechts und dem Willen zur Behauptung.

Wichtiger aber als die publizistische Abwehr war der Kampf um die deutsche Führung des Landes, der vor allem in Petersburg von den Ritterschaften geführt wurde. Ganz anders als ein moderner Volkstumskampf war dieses Ringen. Die Zeitumstände und die leitenden Ideen waren andere. Der Rückhalt am deutschen Gesamtvolk fehlte. Die großartige Entfaltung des Bismarck-Deutschland war zwar psychologisch eine wichtige Stärkung der Position, andererseits aber rückte der Kanzler des zweiten Reiches mehrfach von den baltischen Deutschen ab. Das Land und seine deutsche Führung waren tatsächlich völlig auf sich allein gestellt.

Das altdeutsche Erneuerungsprinzip und der lutherische Obrigkeitsbegriff bestimmten das Verhältnis der Deutschen zum Zaren. Es kam daher auch in der Zeit der schärfsten Russifizierung nicht zur Auflehnung, es blieb bei Appellationen, Bittschriften und Petitionen und schließlich fügte man sich doch, wenn auch grollend, dem kaiserlichen Befehl. Allein die Tatsache des Widerstrebens vereitelte letztlich doch die Hoffnungen der Russen. Sie konnten das Land nicht innerlich gewinnen. Die Russifizierung erzielte nur äußere Erfolge.

Ein entscheidendes Verdienst in diesem Kampf hat der livl. Landmarschall Friedrich Freiherr von Meyendorff, der 24 Jahre lang in Petersburg für das Land und seine deutsche Führung kämpfte.

Friedrich Meyendorff wurde am 3. August als Sproß eines der ältesten baltendeutschen Geschlechter in Ranka geboren. Seine Mutter Emilie von Richter entstammte gleichfalls einem alten und um die Vergangenheit des Landes verdienten Geschlecht.

Im Jahr 1858 bezog Meyendorff die deutsche Landesuniversität Dorpat, die damals gerade ihre Blütezeit erlebte. Er wählte das juristische Studium, das er später in Zürich fortsetzte. Schon bald nach Abschluß seiner Ausbildung trat er in den Landesdienst. Bereits 1875 wurde er Ritterschaftssekretär. Neun Jahre später wählte ihn der Landtag zum Landmarschall. Sieben Mal ist sein Mandat verlängert worden. Erst 1908, geschwächt durch Alter und Krankheit, lehnte Meyendorff eine erneute Wiederwahl ab. Seine Kräfte waren im Landesdienst verbraucht worden.

Friedrich Meyendorffs Amtszeit fällt in eine dunkle Zeit baltischer Geschichte. Nicht schöpferisches Aufbauen war ihm beschieden; die Rechte des Landes zu verteidigen, war ihm bestimmt, oft vergeblich, doch unermüdet stand er auf der Wacht gegen Osten; „als Vertreter der livländischen Ritterschaft zugleich der Vertreter des livländischen Deutschtums und Verteidiger der nationalen Rechte überhaupt“, wie die Rigasche Rundschau in einem Nachruf später feststellt.

Die Gefahren, die dem Lande drohten, wurden allen deutlich, als Alexander III bei seinem Thronantritt die baltischen Privilegien nicht bestätigte, wie seine Vorfahren getan. Eine von dem radikalen russischen Senator Manassein, wahrscheinlich einem Juden, durchgeführte anderthalbjährige Revision der Landesverwaltung untergrub die Autorität der deutschen Landesbehörden und verbreitete Unruhe im Lande. Manassein fand wirksame Unterstützung beim nationalen Letten- und Estentum, das hoffte, mit russischer Hilfe seine nationalen Wünsche durchsetzen und die Deutschen aus ihrer

Vormachtsstellung drängen zu können. Die auch ihm von von den Russen drohenden Gefahren erkannte es vielfach nicht.

Auf Meyendorff als Landmarschall seiner Ritterschaft lastete vor allem die Aufgabe der Abwehr der russischen Angriffe. Sein juristisches Studium befähigte ihn dazu ganz besonders, denn es handelte sich ja in der Hauptsache um einen Kampf um das geltende Recht. Durch seine langjährige Amtszeit als Ritterschaftssekretär hatte er überdies das russische Streben, Mittel und Methoden, schon ausführlich kennen gelernt.

Einer der schwersten Schläge, die das Land traf, war die Aufhebung der Gewissensfreiheit in religiöser Hinsicht. Eheleute gemischten Bekenntnisses wurden bei der Trauung verpflichtet, ihre Kinder griechisch-orthodox taufen zu lassen. Schwere religiöse Wirren brachen im Lande aus. Die Pastoren ließen sich nicht abhalten, an den zur Zeit Alexanders II zum Luthertum Zurückgekehrten Amtshandlungen im Sinne des evangelisch-lutherischen Bekenntnisses vorzunehmen, was jetzt auch streng verboten war. Die Regierung ging gegen diese Prediger mit großer Härte vor. Die Zahl der Pastorenprozesse stieg ständig; um die Jahrhundertwende schwebte gegen fast alle lutherischen Prediger des Landes ein gerichtliches Verfahren.

Meyendorff und die Vertreter der Schwesterritterschaften wurden beim Kaiser und den maßgebenden Persönlichkeiten wieder und wieder vorstellig; sie verlangten Abhilfe, doch umsonst. Die Petersburger Machthaber lehnten jedes Entgegenkommen ab. Erst gegen Ende des Jahrhunderts gelang es Meyendorff, eine Milderung im Vorgehen gegen die lutherischen Geistlichen durchzusetzen. Schließlich wurden auf Grund eines Gnadenerlasses beim Regierungsantritt Nikolaus' II die meisten Prozesse niedergeschlagen. Der Grundsatz der religiösen Bekenntnis- und Gewissensfreiheit aber drang erst nach der Revolution von 1905 durch, nicht zuletzt dank Meyendorffs Zähigkeit.

Hatte hier die Ritterschaft, wenn auch spät, so doch in gewissem Sinne eine Anerkennung ihres Standpunktes gefunden, so blieb in einer anderen wichtigen baltischen Daseinsfrage der Kampf völlig ergebnislos: im Gerichtswesen. Bisher war dieses auf Grund der Privilegien völlig deutsch gewesen. Allgemein anerkannt wurde, daß die Gerichtsordnung stark reformbedürftig sei. Die deutscherseits vorbereitete Reform fand aber in Petersburg keine Billigung; die Vorschläge landeten für immer in russischen Archiven. Dagegen erfolgte 1888 eine bürokratische Umgestaltung des Landpolizeiwesens, das bisher sogar nach maßgeblichem russischen Urteil ausgezeichnet gearbeitet hatte. Im Jahr darauf folgte die Einführung landfremder russischer Justizbehörden. — Nicht nur die bodenständige Rechts-

entwicklung war damit abgerissen, schlimmer war, daß die neuen Behörden durchaus unfähig waren; sie arbeiteten mit Dolmetschern, die meist ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren. Rechtsunsicherheit und Rechtsverwildering griffen überall um sich.

Weit verhängnisvoller als die Vernichtung eines gesunden Rechtslebens indessen war noch die russische Schulpolitik, die zu einer völligen Russifizierung von Volks- und Elementarschulen, Mittelschulen und Hochschulen führte. Die Ritterschaft sah sich genötigt, ihre eigenen Schulen „Birkenruh“ und Fellin zu schließen, da sie sie selbstverständlich nicht zu Russifizierungsanstalten werden lassen wollte. Private häusliche deutsche Kurse, die mit großen Kosten und großen Mühen ins Leben gerufen wurden, hatten mit ständigen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein Verbot auch dieses bescheidenen Restes muttersprachlichen Unterrichts gelang es Meyendorff nur mit größter Anstrengung zu verhindern. Wieder und wieder stieß er in der Schulfrage vor, doch er predigte tauben Ohren. Der Unterrichtsminister Deljanow erklärte brutal, daß die Ziele des Schulgesetzes nicht pädagogischen, sondern politischen Charakters seien.

Meyendorffs Ringen um die muttersprachliche Schule fand auch bei Letten und Esten Zustimmung. Man sah vielfach auch unter ihnen jetzt ein, daß es ein Fehler gewesen war, sich mit den Russen gegen die Deutschen und damit gegen die Eigenentwicklung des Landes zu verbünden. Vertreter der Letten und Esten suchten Meyendorff auf und sagten ihm Dank für seine anhaltenden Bemühungen in der Schulfrage.

Eine Änderung der russischen Schulpolitik bahnte sich erst nach der Umordnung in Rußland, nach 1905 an. Während im Lande noch der Aufruhr tobte, wurde Meyendorff wieder in der Schulsache in Petersburg vorstellig. Zwei Monate lang kämpfte er um den muttersprachlichen Unterricht, dieses Mal mit Erfolg. Er erwirkte die Genehmigung für die muttersprachlichen Schulen. Auch die ritterschaftlichen Landesgymnasien konnten wieder ihre Tore öffnen.

Die Art an die Wurzel der baltischen Sonderstellung legten die Russen mit ihrer Forderung nach Umgestaltung der Landesverfassung, welche übrigens auch nach deutscher Ansicht einer Verbesserung bedürftig war. Die baltischen Ritterschaften hatten schon 1881 über die Einführung der russischen Landschaftsinstitutionen beraten müssen, doch der vorgestellte Entwurf entsprach keineswegs den russischen Wünschen nach Beseitigung des vorwaltend deutschen Einflusses; auch schien er geeignet, einen Ausgleich zwischen Deutschen und Letten und Esten anzubahnen, was den Russen keineswegs genehm war. So wurde das Projekt nicht bestätigt. Andere ritterschaft-

liche Entwürfe zur Verfassungsreform teilten das gleiche Los. — Da die Russen auf direktem Wege nicht zum Ziele gelangten, suchten sie auf dem Umweg über eine Steuerreform das Land mit russischen bureaukratischen Regierungsinstitutionen zu beglücken.

Jetzt zeigte es sich deutlich, welche Position auch bei russischen Stellen sich Meyendorff im Lauf der Jahre zu schaffen gewußt hatte. Immer nur die Sache im Auge, hatte er es stets vermieden, sich in die vielen Petersburger persönlichen und Ressortstreitigkeiten hineinziehen zu lassen. Die Beradheit und Unbestechlichkeit seines Wesens gaben ihm die Möglichkeit, auch an höchsten Petersburger Stellen offen seine Meinung zu sagen. Meyendorff gelang es, unterstützt von den Vertretern der drei anderen Ritterschaften, das russische Projekt durch eine bis in die kleinsten Einzelheiten hinein vernichtende Kritik zu Fall zu bringen.

Die Verfassung war damit gerettet. Spätere Angriffe konnten nunmehr leichter abgeschlagen werden. Verhängnisvoll war freilich, daß auch keine Weiterbildung und Weiterentwicklung gestattet wurde und infolgedessen die Verfassung erstarrte. Damit aber wurde auch ein politischer Ausgleich zwischen den Deutschen und den Letten und Esten, die nach einer Beteiligung an der Landesverwaltung strebten, unmöglich gemacht. Die Russen verstanden es, die Verantwortung dafür den Deutschen zuzuschieben.

So verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den bodenständigen baltischen Volksstämmen, die vom Schicksal dazu berufen waren, gemeinsam die Front gegen Osten zu halten, immer mehr. Es kam zur Revolution von 1905/06. Meyendorff erkannte die Situation, die sich daraus ergab, und die für das Deutschtum verhängnisvolle Lage. In seiner Landtagsrede von 1906 rief er wieder zur Zusammenarbeit mit Letten und Esten auf, getragen von dem Gefühl der Verantwortung für das ganze Land und seine abendländische Kultur und Gesittung und in dem festen Willen, den Posten nicht vor dem andrängenden Slawentum zu räumen. Doch wieder hemmten die Russen die Einigung.

Wenn aber das deutsch-lettische und deutsch-estnische Verhältnis nicht befriedet werden konnte, dann, so war Meyendorffs Ansicht, mußte die deutsche Stellung mit allen Mitteln verstärkt werden. Er stellte sich daher sofort hinter die Idee der Begründung deutscher Volkstumsvereine, die alle Deutschen in Stadt und Land über alle ständischen und sozialen Schranken hinweg einen und zusammenfassen sollten, und trat selbst als Präsident an die Spitze des „Deutschen Vereins in Livland“.

Allein Meyendorffs Kräfte waren verbraucht. Auf dem Märzlandtag 1908 trat er, entgegen den Bitten aller, als Landmarschall ab. Wie schwer

ihm oft der Kampf gewesen, zeigen deutlich die letzten Worte, die er als Landmarschall sprach: „Dieses Symbol“ — der Landmarschallstab — „wäre nach meiner Meinung und meinem Gefühl wohl lieber ein Schwert gewesen, um dem gepressten Herzen Luft zu schaffen. Das lag nicht in meinen Händen; ich habe daher mit zäher Ausdauer und rastloser Arbeit operieren müssen.“

Als Landrat und Präsident des Deutschen Vereins konnte er dem Lande noch einige Jahre seinen erfahrenen Rat erhalten. Am 3. Mai 1911 befreite ihn der Tod von einer tödlichen Krankheit, an der er zuletzt gelitten.

Das ganze Deutschland des Landes fand sich zusammen in tiefer Trauer über den Verlust. Weit über den Kreis der Ritterschaft hinaus hatte Meyendorff es verstanden, Freunde und Anhänger zu finden. Er hatte tatsächlich jenseits aller ständischen Schranken gestanden, durch die Lauterkeit und Geradheit seiner Gesinnung von allen geachtet und als berufener Führer des Landes im Kampf gegen den Osten anerkannt.

„Ein Stück livländischer Geschichte ist mit Friedrich Meyendorff dahingegangen“, so hieß es damals in einem Nachruf. Und tatsächlich sehen wir heute in Meyendorff nicht nur den Vorkämpfer gegen die Russifizierung, sondern die edelste Verkörperung der Werte einer dahingegangenen Epoche. Aufrecht und eindeutig als Mensch und Persönlichkeit, vertrat er eine Zeit und eine Generation, deren deutsche Aufgabe zwar anders lautete als heute, die aber ein notwendiges Glied der Verbindung ist zwischen den Rittern vom Deutschen Orden und dem Geschlecht von heute.

Ohne Rückhalt am deutschen Gesamtvolk hatte Meyendorff auf Vorposten stehend alle seine Kräfte eingesetzt für die deutsche Sache. Für ihn gilt das Wort des großen Römers:

»Patriae serviendo consumor«.

Politische Chronik

Lettland

Nichtangriffspakt Lettland-Deutschland.

Der Juni brachte für Lettland — und gleichzeitig für das verbündete Estland — ein politisches Ereignis von außerordentlicher Tragweite: den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit dem Deutschen Reich. Ganz abgesehen davon, daß ein solcher Pakt an sich schon ein politisches Ereignis erster Ordnung ist, fiel er außerdem in eine Zeit schwerwiegender zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen. Die Befriedungspolitik Großdeutsch-

lands hatte nun auch im Hinblick auf den baltischen Raum ihren sichtbaren Ausdruck gefunden und wurde von der Öffentlichkeit des Landes entsprechend bewertet. Die Formulierung des Paktes zeichnete sich durch völlige Klarheit und sachliche Kürze aus, wobei das Sonderverhältnis Lettlands zum verbündeten Estland entsprechende Berücksichtigung fand. Darüber hinaus waren die Fragen eines ununterbrochenen normalen Warenaustausches mit etwaigen kriegsführenden Staaten in einem Zusatzprotokoll formuliert.

Dieser Nichtangriffspakt übte in Lettland psychologisch insofern eine außerordentlich wohlthuende Wirkung aus, als er von der völligen Gleichberechtigung der vertragschließenden Teile, sowie der Berücksichtigung lettländischer Sonderinteressen zeugte. Umso mehr, als die Moskauer Verhandlungen der westlichen Großmächte mit der Sowjetunion eine Richtung zu nehmen schienen, die diese Gleichberechtigung und Rücksichtnahme im Hinblick auf die Baltischen Staaten vermissen ließ.

Lettland und die Einkreisung.

Die vorerwähnten Moskauer Paktverhandlungen und die damit mehr oder weniger bestätigten Gerüchte um die gewaltsame Einbeziehung der Baltischen Staaten in ein von diesen auf Grund ihrer Lebensinteressen unerwünschtes Garantiesystem hatten die Öffentlichkeit des Landes außerordentlich beunruhigt. Eine Reihe französischer und englischer Pressestimmen, in welchen die völlig unverblühte Aufforderung zum Ausdruck kam, auf die Baltischen Staaten — die in einem Falle sogar als zitternde Karrikel bezeichnet worden — keinerlei Rücksichten zu nehmen, brachte die öffentliche Meinung in derartigen Aufruhr, daß die halbamtliche „Brihwa Seme“ sich veranlaßt sah, in zwei besonders hervorstechenden Artikeln zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

In einer bisher nie erlebten Schärfe und Eindeutigkeit wandte sich das halbamtliche Blatt unter der Überschrift „Staatlichen Egoismus!“ gegen solche „Freunde“, die Lettland seinerzeit aus eigensüchtigen Interessen Hilfe geleistet hatten. Nachdem die „Brihwa Seme“ von den heißen Herzen der Letten gesprochen hatte, die ihre Sympathien oft völlig unnütz verschwenden hatten, heißt es wörtlich: „... Nun sind die Zeiten anders. Wir haben unseren Staat, unsere politische Unabhängigkeit — das Höchste, was ein Volk überhaupt in der Welt erreichen kann. Wir haben dafür teuer bezahlt, ungeheuer teuer, denn die Opfer des Freiheitskrieges wird das lettische Volk nicht über irgend welchen anderen Ereignissen vergessen. Und wenn wir nun jemandem unsere Freundschaft oder unser Mitgefühl schenken, wenn wir mit Sympathien oder Antipathien irgendein anderes Volk oder einen anderen Staat betrachten, so ist die Frage: handeln wir in einem

der Würde des selbständigen Staates entsprechenden Geist? niemals überflüssig und wird niemals überflüssig sein.

Für unsere heißen Herzen wird keiner einen Groschen geben. Unsere versengten Finger aber müssen selber heilen.

Es gibt Völker und Staaten, gegenüber denen wir Sympathien all die Jahre lang empfanden, solange unser Staat besteht. Denn diese Völker leisteten uns während der Freiheitskriege Hilfe. Wir fühlen diesen Völkern gegenüber tiefe Dankbarkeit, und dieser Dankbarkeit werden wir uns stets im Gedenken an die damaligen Zeiten entsinnen. Wir sind aber auch nicht so naiv, um anzunehmen, daß Engländer, Franzosen oder Amerikaner oder andere Völker damals uns Hilfe um unserer schönen Augen willen oder unserer malerischen Landschaftsbilder wegen leisteten. Diese Hilfe entsprach damals ihren allgemeinen realpolitischen Zielen, und sie war häufig auch wirtschaftlich nicht unvorteilhaft (wovon unsere jahrelang zu zahlende Kriegsschuld für Heeresbedarf zeugt, von dem jetzt noch ein guter Teil unnütz in Lagerwinkeln rostet).

Die Sympathien aber, die im lettischen Volk gegenüber einigen Völkern und Staaten in der Zeit der Freiheitskriege entstanden, verschwanden auch späterhin nicht. Wir bewiesen diese Sympathien auch in der Arbeit des Völkerbundes. Wir beteiligten uns an den Sanktionen gegenüber Italien in der Zeit des Abessinien-Krieges, denn so hatte es der Völkerbund beschlossen; wir beachteten gleichzeitig die verbindlichen Bestimmungen vielleicht noch strenger, als die anderen Staaten, obgleich mehr als je zuvor hier das lettische Sprichwort am Platze wäre: Es ist nicht mein Schwein und nicht mein Acker. Und gerade hier erlebten wir, daß eine Politik nicht richtig ist, die sich lediglich auf Sympathien und den Glauben an die erhabenen Ideale der Völkerzusammenarbeit gründet, die nur auf dem Papier stehen.

Wir erlebten, daß unser Weg nicht mit dem zusammenfällt, den große Völker zu gehen vermögen. Wir befinden uns in einem Teil Europas, der auch seine besonderen Aufgaben hat. Wir sehen, daß anderen zu folgen, unsere Sicherheit schwächt — die doch Voraussetzung unserer politischen Unabhängigkeit ist —, und daß dieses ohne Notwendigkeit unsere Beziehungen zu einigen großen Staaten verschlechtert. Diese Tatsachen zwangen unsere Außenpolitik, eine noch selbständigere Richtung zu beachten, indem sie vollkommene Unabhängigkeit und Neutralität einhält und sich von allen Sympathien befreit, die keine Grundlage in der Realpolitik haben. Darüber hat Außenminister W. Munter in der gemeinsamen Tagung der Staatsräte kürzlich folgende bezeichnende Worte gesagt:

„Erlebnisse und Erfahrungen haben uns gelehrt, daß wir früher zuviel umherblickten und unsere Handlungsweise zu stark von den Wertungen, Urteilen und Ratschlägen anderer abhängig machten. Heute nimmt in unserer Außenpolitik Lettland den ersten Platz ein, und so muß es auch sein.“ Weshalb müssen diese Worte hier noch ein weiteres Mal in Erinnerung gebracht werden? Deshalb, weil es noch viele Letten gibt, die ihre heißen Herzen über die politische Einsicht und gleichzeitig damit auch über die Interessen unseres Staates stellen . . .“

Diese Ausführungen der „Brihwa Geme“ erregten weit über die Öffentlichkeit des Landes hinaus verständliches Aufsehen, bedeuteten sie doch eine sehr energische Absage an traditionelle „Freunde“ Lettlands. Unter der Überschrift „Noch einmal zu den Garantien“ nahm ferner das halbamtliche Blatt kurz darauf abermals in sehr schroffer Form gegen einflußreiche politische Kreise der Westmächte und damit gegen jeden Versuch einer Vergewaltigung der Baltischen Staaten während der Moskauer Verhandlungen Stellung. In diesem zweiten Artikel der „Brihwa Geme“ hieß es u. a.: . . . „Die Baltischen Staaten, die mit gespannter Aufmerksamkeit den Verhandlungen und der öffentlichen Meinung im Auslande folgen, — denn es handelt sich um ihre Sicherheit, und man will wissen, wie andere darüber denken — die Baltischen Staaten konnten während dieser Zeit vieles lernen. Eine der wichtigsten Lehren ist die Erkenntnis, daß sehr maßgebliche Kreise in den verhandlungsführenden Staaten ohne große Gewissensbisse bereit sind, die Selbständigkeit und Sicherheit kleiner Staaten um ihrer machtpolitischen Berechnungen willen zu opfern. Als besonders schlagendes Beispiel sei der Artikel des ehemaligen englischen Ministers Duff Cooper erwähnt, der u. a. sagte: „Die Baltischen Staaten versichern uns mit bebender Stimme — wie Kaninchen vor einer Schlange, die versprochen hat, sie nicht zu fressen —, daß sie keine Garantien wünschen.“ Und weiter: „Wollen wir Realisten sein und den Tatsachen ins Auge sehen. Wir garantieren nicht die Grenzen eines Staates aus Liebe zu seinen Einwohnern, sondern um unserer eigenen Sicherheit willen.“

Das zweite Zeugnis kommt vom französischen Deputierten und hervorragenden Journalisten Henry de Keryllis, der schreibt: „Schließen wir eine Allianz mit Rußland, ja oder nein? Wenn das so ist, so müssen wir Rußland in die beste diplomatische und strategische Position bringen . . . Wenn das so ist, dann haben wir das Unmöglichste zu tun (!), damit sich Deutschland nicht in Riga, Reval, Helsingfors und auf diesen (!) Åland-Inseln einnisten kann . . . Man wendet ein, daß Finnland, Estland und Lettland keine englisch-französisch-sovetische Garantien wollen. Zum Teufel! Ist das

ein Grund sich aufzuregen? .. Man möge uns mit den alten Schimären (1) über das Selbstbestimmungsrecht der Völker zufrieden lassen."

Der Zynismus, der sich in den erwähnten Artikeln ausdrückt, wird für diejenigen die beste Lehre sein, welche noch Hoffnungen auf die ehrenhafte und freundschaftliche öffentliche Meinung in den Großstaaten hegen. Gott-seidank haben sich die entsprechenden Regierungen noch nicht den Druck der Herren gebeugt, die wir eben haben sprechen lassen und deren Zahl nach Wunsch durch das Zitieren verschiedener englischer und französischer Zeitungen vermehrt werden kann. Was würden aber solche Herren sagen, wenn die Presse der Baltischen Staaten den Gedanken erörtern würde, daß der Sicherheit Europas mit der Rückgabe der Kolonien viel besser gedient wäre, als mit ihren Garantien? Wäre das Geschrei dann nicht groß?

Viel feiner ist schon die Argumentation, die wir aus Moskau hören. Hier sieht man keineswegs diese zynische Demagogie, welche bestrebt ist den Baltischen Staaten — vom kranken Kopf auf den gesunden Kopf — die Schuld an den schleppenden Gang der Verhandlungen aufzubürden. ... Wer will denn eigentlich Garantien? Wer will garantieren? Gegen wen will man garantieren? Polen garantiert Holland? England verlangt Sovietgarantien für Polen? Kein normaler Mensch versteht mehr dieses Garantienetz zu entwirren, und darum möge sich auch niemand wundern, wenn sich die Baltischen Staaten nicht darin verfangen wollen. Sie wollen eine englisch-französisch-sovietische Allianz schließen? Bitte schön, lassen Sie uns aber aus dem Spiel. Sie wollen einen Barometer für die internationale Wetterlage? Bitte schön, benutzen Sie aber dazu freundlichst Ihr eigenes Fell. Unser Fell gehört nämlich uns.

Die Baltischen Staaten haben schon zu Ende des Jahres 1933 Garantien für ihre Unabhängigkeit abgelehnt, denn sie benötigen keinerlei Garantien. Damals, als die Sovietregierung zunächst Polen und dann Deutschland vorschlug, mit Deklarationen die Unabhängigkeit der Baltischen Staaten zu sichern, haben die Baltischen Staaten haargenau dieselbe Stellung eingenommen, auf der sie heute stehen. Und nun leben sie schon friedlich und ungestört fünf Jahre — auch ohne Garantien. Sie werden auch noch viele Jahre leben, wenn ihnen sich nur nicht andere aufdrängen wollten. Dann werden aber keine Garantien helfen — dann hilft nur Schild und Speer, wie es jeder zu fühlen bekommen wird, der uns unterwerfen will.

Was würde sich dann ergeben, wenn unsere Unabhängigkeit noch garantiert werden müßte? Eines schönen Tages nämlich, wenn diese Garantien widerrufen sind, hätten wir unsere Unabhängigkeit verloren. Können

andere darüber urteilen, ob wir noch unabhängig sind? Darin liegt nämlich der Hund begraben, daß wir nicht zu einem Objekt werden wollen, das man heute mit Garantien versteht und morgen verschachert.

Wenn ein Staat mit Verwicklungen rechnet, so sucht man heute nicht mehr Garantien, denn der größte Garantievertrag — das Völkerbundstatut — ist bankrott gegangen. Davon können Aethiopien, Oesterreich, die Tschecho-Slowakei und Albanien ein Lied singen. Heute gibt es zwei Möglichkeiten — Allianzen oder Neutralität. Eine Allianzpolitik können die kleinen Staaten nicht führen, ihnen verbleibt lediglich die Neutralität. Seine Neutralität aber muß jeder mit eigenen Kräften schützen, sie kann nicht einseitig garantiert werden. Wenn diese Neutralität von allen nichtneutralen Staaten anerkannt wird, so ist das besser, als alle Garantien. In dieser günstigen Lage befinden sich die Baltischen Staaten, und es ist daher sehr verständlich, daß sie ihre Position nicht verschlechtern wollen, selbst nicht ermuntert durch die verführerischsten Versprechungen.“

Auswirkungen der lettischen Stellungnahme.

Da die „Baltische Frage“ im Hinblick auf die Moskauer Verhandlungen ihren lokalen Charakter — sofern ein solcher überhaupt von Anfang an festzustellen war — verloren hatte und zu einer grundsätzlichen geworden war, so konnte es keineswegs Wunder nehmen, daß die hier eindeutig deklarierte feste Haltung in der Neutralitätsfrage in der politischen Welt Aufsehen erregte. Eine derartige Sprache von Seiten kleiner Staaten England und Frankreich gegenüber war man bisher nicht gewohnt. Eine Reihe von Erklärungen anderer Staaten, die mit dem lettländischen Standpunkt in mehr oder weniger ähnlicher Form solidarisch waren, fiel zeitlich fast zusammen oder folgte kurz darauf. Lettischerseits ließ sich eine unverkennbare Erleichterung der Öffentlichkeit beobachten.

Rund eine Woche später konnte Lettland — und mit ihm die übrigen Baltischen Staaten — einen Erfolg seiner eingenommenen Haltung buchen. Man hatte in England mittlerweile augenscheinlich sehr wohl verstanden, daß die englische Autorität vollends schwinden mußte, wenn nicht bald und eindeutig von maßgeblicher Seite eine Erklärung erfolgte, die eine Distanzierung der Regierungen der Westmächte vom Standpunkt Duff Cooper und de Keryllis ausdrückte. Englands Ministerpräsident Chamberlain sah sich daher in einer Unterhauserklärung veranlaßt festzustellen, daß nunmehr der Standpunkt der Baltischen Staaten Berücksichtigung finden würde.

Die Öffentlichkeit der Baltischen Staaten nahm mit Genugthuung von Chamberlains Feststellung Kenntnis. Wiederum war es die halbamtliche

lettische „Brihwa Geme“, welche unter der Überschrift „Benugtuung“ eine Erklärung brachte, derzufolge nun die Befürchtungen der Baltischen Staaten, zum Gegenstand des Feilschens bei internationalen Verhandlungen zu werden, schwinden würden. Die Formulierungen zeigten gegenüber den letzten scharfen Ausführungen des Blattes ein starkes Einlenken. Die Erklärung schloß mit den Worten: „Wir glauben an das Wort Englands und sind deshalb davon überzeugt, daß wir um unsere Unabhängigkeit und Neutralität nicht mehr zu fürchten brauchen werden.“

Baltische Zusammenarbeit.

Der 5. Kongreß für baltische Zusammenarbeit tagte in der litauischen Hauptstadt. Der Verlauf dieser Tagung brachte die Annahme einer Reihe von Beschlüssen, deren erster im Hinblick auf die allgemeine politische Lage die Notwendigkeit der Erhaltung der staatlichen Unabhängigkeit unterstrich. Aus diesem Grunde richtete der Kongreß eine Aufforderung an die Öffentlichkeit der Baltischen Staaten, die Einheit ihrer Völker zu vertiefen. Eine ganze Reihe weiterer Resolutionen war praktischen Fragen der Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten gewidmet.

Einen beachtlichen Erfolg konnten die Propagandisten für *E s p e r a n t o* als zwischenstaatliche Verkehrssprache erringen, die gelegentlich ihrer Forderung auf Einführung des Esperanto als fakultatives Lehrfach in den Schulen der baltischen Staaten lebhaften Beifall ernteten. Aufmerksamkeit konnte auch der Beschluß erregen, der für die Mitglieder des *R o t a r y*-Klubs eine erhöhte aktive Betätigung im Hinblick auf die Einheitsidee der Baltischen Staaten vorsieht. Die Frage der wiederum unterbrochenen Sportbeziehungen zwischen Lettland und Litauen war ebenfalls Gegenstand der Debatte.

5 Jahre erneuertes Lettland — eine Schau.

Anläßlich der 5. Wiederkehr des Tages der Einführung eines autoritären Staatsregimes veranstaltete die Berufskammer eine Ausstellung bereits errichteter als wie auch geplanter Bauten, die in Gegenwart des Staatspräsidenten eröffnet wurde. Bildungsminister Aushkaps hielt die Eröffnungsrede, in welcher er u. a. sagte: „Wir sehen im Lettland des 15. Mai nur Aufbau, da man ja das Entfernen von früher angelegtem Rost und Schutt zum Zwecke der Ermöglichung neuer Bauten nicht mit Niederreißen bezeichnen kann . . . Ein rücksichtsloser Kampf ist angesagt und wird geführt gegen alle verneinenden Tendenzen der Schlafmützigkeit, der Mutlosigkeit, der Schlappheit, der Trägheit, dem Egoismus, den Interessen enger Kreise

und den Streitigkeiten untereinander“. Der Minister erwähnte dann den Bau des Großkraftwerks in Rēgums und betonte in diesem Zusammenhang, daß die Letten nun ihr Schicksal in die eigene Hand genommen hätten.

Am selben Tage fand die Eröffnung einer landwirtschaftlichen Ausstellung durch den Landwirtschaftsminister Birsneks statt, und einen Tag später wurde die große allgemeine Schau der Errungenschaften fünfjähriger Planung und Durchführung im erneuerten Staate eröffnet. Der Minister für öffentliche Angelegenheiten Behrsinsch hielt die Eröffnungsansprache, wobei er unterstrich, daß die Errungenschaften der letzten 5 Jahre dem geeinten lettischen Volke zu verdanken seien.

Besonderes Interesse erregte ein Exponat, „Aus einem Fischerdorf der alten Letten am Ufer des Rīsingbaches“, das die Entwicklung der Stadt Riga zu veranschaulichen hatte. — Bekanntlich wird von der neuen lettischen Forschung die These eines vordeutschen lettischen Riga vertreten.

Parade der 40 000 Schutzwehrlaute.

Im Zuge der Feiern „5 Jahre erneuertes Lettland“ fand in Riga ein Treffen der Schutzwehrlaute aus allen Teilen des Landes statt, das mit einer Parade von 40 000 Schutzwehrlauten und einem Abendapell seinen Höhepunkt fand. Staatspräsident Ulmanis hielt während des Abendapells eine große Rede, in welcher er u. a. auf die Aufgaben der Schutzwehr zu sprechen kam. Zu Beginn der Staatswerdung seien diese Aufgaben mehr praktischer Natur gewesen, aber schon nach wenigen Jahren sei die Schutzwehr der ideelle Träger der Freiheitskämpfe geworden. Das besondere Verdienst der Schutzwehr sei es, daß diese Idee erhalten wurde und der Glaube an einen neuen Frühling, in welchem Gerechtigkeit, Gläubigkeit und Ehre siegen würden, nicht verschüttet worden sei. . . Mit vollem Recht könne man sagen, daß die Schutzwehr eine Reservearmee sei. Das Bild, welches diese Schutzwehr geboten habe, stärke das Gefühl, daß Lettland sich jetzt immer sicher fühlen könne, wobei seine Politik völlig frei von irgend welchen äußeren Einflüssen sein müsse. „Volk in Waffen“ — überschrieb eine lettische Tageszeitung ihren Stimmungsbericht, der den Schutzwehrfeiern gewidmet war.

Feiern der Kämpfe von 1919 in Nordlettland.

Anläßlich der 20. Wiederkehr des Tages der Begründung einer lettischen Schülerkompanie und der Eroberung von Valmeera hielt Armeekommandeur General Berkis eine Rede, in welcher er hervorhob, daß der 6. Juni ein historischer Tag sei, da an diesem Tage vor 20 Jahren lettische

Soldaten mit dem Erbfeinde die Klinge gekreuzt hätten. Am 22. Juni sei es dann zusammen mit den Esten gelungen, den Feind vernichtend zu schlagen.

Die Schlacht bei Zehsis vor 20 Jahren widmete die lettische Presse Erinnerungsaufsätze. Die Autoren dieser Artikel sprachen bei der Schilderung der damaligen Kämpfe vom „Gegner“ — im Gegensatz zu früheren Jahren, in denen die Baltische Landeswehr und reichsdeutsche Truppenteile direkt genannt wurden. Es kann dieser Umstand augenscheinlich dahingehend gewertet werden, daß angesichts des deutsch-lettischen Nichtangriffspaktes die Erinnerungen an die Kämpfe von 1919 keine Mißstimmung hervorrufen sollen.

In Zehsis selbst wurde dieser Erinnerungstag festlich begangen. Bildungsminister Aushkaps hielt eine Ansprache, in welcher er u. a. sagte: „Unser Kampf mit dem Gegner des Jahres 1919 ist zu Ende gekämpft... Wir hegen keinerlei Haß gegenüber unseren damaligen Gegnern.“

Mangelnde Arbeitskräfte und Rationalisierung.

Gelegentlich einer Besichtigungsfahrt durch Kurseme hielt Staatspräsident Umanis in Brozene vor der Verwaltung und Arbeiterschaft der kürzlich eröffneten großen, neuen Zementfabrik eine Rede, welche er der Rationalisierung der Arbeitsmethoden in Lettland widmete. Der Staatspräsident unterstrich, daß rund ein Fünftel der Gesamteinwohnerschaft des Staates in der Hauptstadt massiert lebe. Daher werde die Begründung industrieller Unternehmungen außerhalb der Landeshauptstadt gefördert. Dann wandte sich der Staatspräsident dem fühlbaren Mangel an lebendiger Arbeitskraft zu, der eine Rationalisierung aller Arbeitsgänge erheische. Die Industrie müsse in erster Linie Arbeitskräfte freimachen, was durch die Anschaffung entsprechender technischer Einrichtungen bewerkstelligt werden muß. Das von der Regierung jüngst in diesem Zusammenhang erlassene Gesetz sei wohl außerordentlich schwer, es nehme jedoch in elastischer Weise Rücksicht im Hinblick auf das Inkrafttreten seiner einzelnen Teile. Insbesondere das Verbot der Beschäftigung junger Arbeitskräfte in der Hauswirtschaft werde schwerwiegende Auswirkungen haben.

Zum kürzlich erlassenen Rationalisierungsgesetz hat der Finanzminister Instruktionen bestätigt, denen zufolge solche Industrieunternehmen, die ihre Rationalisierungsmaßnahmen in Übereinstimmung mit dem Institut für wirtschaftliche Rationalisierung vornehmen, eine Vergütung der Zinszahlungen, die für in diesem Zusammenhang aufgenommene Kredite zu zahlen sind, beantragen können.

Staatshaushalt 1940.

Das Ministerkabinett verabschiedete den Übergangshaushalt für neun Monate des Jahres 1940, womit die Angleichung des Haushaltsjahres — welches bisher am 1. April begann — an das Kalenderjahr vollzogen ist. Besondere Aufmerksamkeit ist neben dem Landesverteidigungsfonds, welchem 2,5 Millionen Lats zugedacht sind, dem Rationalisierungsfonds mit 1,5 Millionen Lats und dem Fonds zum Schutze der lebendigen Volkskraft mit 1 Million Lats zugewandt worden. Finanzminister Waldmanis gab zum vorliegenden Staatshaushalt eine Erklärung ab, in welcher es u. a. heißt: „Der Führerstaat nimmt für sich das Recht in Anspruch, Ablauf und Tempo der Arbeit zu bestimmen; ohne Rücksicht jedoch hat das Finanzministerium diejenigen von einzelnen Verwaltungszweigen geplanten Kapitalinvestitionen gestrichen, die außer Geld auch Arbeitskraft erfordern, an der es uns mangelt. Im Hinblick auf die Landesverteidigung gehen wir den von uns vorhergezeichneten Weg weiter, denn niemals werden wir unserer Armee und unserer Wehrkraft gegenüber gleichgültig bleiben.“

Der vorgesehene Einnahmeüberschuß von 10 Millionen Lats ist der größte, der je veranschlagt wurde. Er gibt der Regierung die Möglichkeit, Mittel für eine Reihe staatlicher Zwecke freizumachen, ohne die Reserven anzutasteten.

Vorzeitiger Auskauf einer Anleihe.

Auf Grund eines Regierungsbeschlusses kaufte das Finanzministerium den restlichen Teil der seinerzeitigen „Zündholzanzleihe“ vom Jahre 1928 aus, deren Laufzeit erst im Jahre 1946 beendet sein sollte. Da für die betreffenden Schuldverschreibungen auf Grund des niedrigen Kursstandes nur rund 45 v. H. des Nennwertes zu zahlen waren, sind insgesamt 25 Millionen Lats erspart worden. Nach Einlösung dieser Anleihe verbleibt dem Staate nur noch eine einzige Außenschuld kommerziellen Charakters — die 5 v. H.-Anleihe für das Großkraftwerk Regums in Höhe von rund 13,65 Millionen Schwedenkronen.

Kampf gegen Geburtenarmut.

Die Frage einer Erhaltung der lebendigen Volkskraft beschäftigte erneut sowohl die Öffentlichkeit, als auch die amtlichen Stellen. Volkswohlfahrtsminister Wolonts betonte anlässlich einer Ansprache, daß diese Frage zu einer der allerwichtigsten im Staate geworden wäre, da die Geburtenkurve im erschreckenden Maße abgeglitten sei. Wenn auch das verflossene Jahr etwas günstigere Resultate aufweise, so genüge dieses noch nicht. Im

Zuge der Abrundung der Gesetzgebung über kinderreiche Familien werde noch in diesem Jahre ein Gesetz erlassen werden, das eine Sonderbesteuerung von Unverheirateten und Kinderlosen vorsehe. Die Mittel aus diesem Fonds würden dann zur Unterstützung kinderreicher Verwendung finden.

Estland

Deutsch-estnischer Nichtangriffspakt.

Am 7. Juni wurde in Berlin gleichzeitig mit dem deutsch-lettischen auch der deutsch-estnische Nichtangriffsvertrag unterzeichnet. Die Texte der beiden Verträge sind völlig gleichlautend. Die Verträge gelten für die Dauer von 10 Jahren. Sollte ein Jahr vor Ablauf dieser Frist keine Kündigung der Verträge erfolgen, so verlängert sich ihre Geltungsdauer um weitere 10 Jahre. Dabei sind die beiden Verträge aber derart aneinander gekoppelt, daß beide ihre Gültigkeit verlieren, sobald einer von ihnen außer Kraft treten sollte. Für Estland zeichnete der speziell zu diesem Zwecke nach Berlin gefahrene Außenminister Selter. Nach der Unterzeichnung der Verträge wurden die Außenminister Estlands und Lettlands vom deutschen Führer Adolf Hitler empfangen. Der deutsch-estnische Vertrag wurde dann später von dem Staatspräsidenten Estlands dem Parlamente vorgelegt und hier mit großer Stimmenmehrheit ratifiziert.

Die estnischen Blätter widmeten dem Nichtangriffsvertrage mit Deutschland längere Leitartikel, wobei sie den Abschluß billigten. Das der Regierung nahestehende „Aus Eesti“ führte u. a. aus, daß der im Jahre 1932 von Estland mit Räterußland abgeschlossene und der jetzt mit Deutschland abgeschlossene Nichtangriffsvertrag zeigen, daß Estland an keiner Front einen Krieg beginnen wolle. Estland habe sich feierlich verpflichtet, neutral zu sein, und es werde seine Neutralität auch mit peinlicher Genauigkeit einhalten.

Das „Paevaleht“ schrieb in seinem, dem Nichtangriffsvertrag mit Deutschland gewidmeten Artikel, daß der Wert eines jeden Vertrages vom guten Willen eines jeden Vertragspartners abhängt. In Bezug auf den vorliegenden Vertrag scheine es, daß auf beiden Seiten die Voraussetzungen für einen derartigen guten Willen vorhanden seien. Man müsse diesen Vertrag als eine Realisierung des von Hitler in seiner am 28. April gehaltenen Rede verkündeten Standpunktes betrachten. Daraus könne gefolgert werden, daß durch den Nichtangriffsvertrag zwischen Estland und Deutschland ein Stück Friedensarbeit geleistet worden sei, welche in internationalem Umfange und von den entgegengesetztesten Standpunkten aus anerkannt werden müßte.

Besuch des Chefs des deutschen Generalstabes.

Der Chef des deutschen Generalstabes General der Artillerie Franz Halder stattete Ende Juni Estland einen mehrtägigen Besuch ab. Es war eine Erwidmung des Besuches, den der Chef des estnischen Generalstabes General Reek im vergangenen Frühjahr in Berlin gemacht hatte. Der deutsche General wurde vom estnischen Staatspräsidenten auf dessen Sommeritz Schloß Dru empfangen. Er besichtigte im Laufe seines Aufenthaltes in Reval die dort stationierten estnischen Truppenteile. Der estnische Oberkommandierende General Laidoner gab auf seiner Besichtigung in Wiems zu Ehren des deutschen Gastes ein Essen, an dem eine Reihe höherer estnischer Offiziere teilnahmen.

Estnische Stimmen zu den Moskauer Verhandlungen.

Die estnische Presse widmet nach wie vor den britisch-räterussischen Verhandlungen spaltenlange Artikel, wobei immer wieder betont wird, daß die Baltischen Staaten keinesfalls bedroht seien, daß diese Staaten fest entschlossen sind, ihre Neutralität gegen jeglichen Angriff zu verteidigen und daß sie mit keiner Garantieübernahme durch irgend welche Großmächte einverstanden sein können, bei der sie nicht um ihre Aufsicht befragt worden sind.

Insbefondere beschäftigt die estnische Presse die Frage der „Interessensphären“. So schrieb z. B. das „Aus Eesti“, die im Zusammenhang mit den britisch-französisch-räterussischen Paktverhandlungen aufgestellte Behauptung, als ob das Gebiet der Baltischen Staaten irgendwie bedroht wäre, sei nicht stichhaltig und stelle einen Vorwand dar, der nur dort geglaubt werden könnte, wo man die tatsächliche Lage nicht übersehe. Daß den Baltischen Staaten auch von Deutschland keine Gefahr drohe, zeige der kürzlich von Estland mit dem Deutschen Reich abgeschlossene Nichtangriffsvertrag. Was aber die Ausführungen eines Teiles der ausländischen Presse betreffe, nach denen das Gebiet der Baltischen Staaten zu der Interessensphäre Räterußlands gehöre, so müsse, schrieb das estnische Blatt, aufs energischste betont werden, daß auch ein einseitiges Gerede darüber, daß das Gebiet der Baltischen Staaten zur Einflußsphäre irgendeines anderen Staates gehöre, unberechtigt und für die Baltischen Staaten unannehmbar wäre. Ein derartiges Gerede gehöre bereits in das Gebiet, wo man es für erlaubt halte, über die Köpfe selbständiger Völker und Staaten hinweg vorzugehen und diese im Namen der eignen Interessen als Objekte zu behandeln. Da der Begriff der „eigenen Lebensinteressen“ hierbei überhaupt nicht

abgegrenzt werde, könne der gewöhnliche Sterbliche nur den Eindruck erhalten, daß es sich um Bestrebungen nach Expansion und Unterwerfung handele.

Und das „Dävaleht“ schrieb: „Die von Räterußland für die Baltischen Staaten geforderte Garantie erstreckt sich nicht auf Litauen, was damit begründet wird, daß Räterußland keine gemeinsame Grenze mit Litauen habe. Somit würde Litauen der einzige Staat an Ostgestade der Ostsee sein, über dessen Unantastbarkeit nicht Räterußland wachen würde. Tatsächlich werde das wohl Polen tun, zu dessen Interessenssphäre Litauen gehöre. Und auf diese Weise wäre dann eine Aufteilung des Gebietes der Baltischen Staaten zwischen den Interessenssphären Räterußlands und Polens vollzogen.

Besuch des ungarischen Handelsministers.

Ende Juni weilte der ungarische Handelsminister Dr. Runder zu einem amtlichen Besuche in Estland, wobei er auch vom Staatspräsidenten K. Päts empfangen wurde. Der ungarische Gast nahm u. a. auch an einer Festsetzung des estnisch-ungarischen Kulturkomitees teil. Aus Reval begab sich Minister Runder nach Helsingfors.

Estnischer Besuch in Warschau.

Während der estnische Außenminister zur Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes mit Deutschland in Berlin weilte, stattete der Chef der estnischen Grenztruppe General Kurvits in Begleitung zweier höherer estnischer Offiziere Warschau einen Besuch ab, wo ihnen der polnische Orden „Polonia Restituta“ verliehen wurde. Die estnischen Offiziere besuchten von Warschau aus auch Krakau, wo sie auf dem Sarkophag des Marschalls Pilsudski einen Kranz niederlegten. In Warschau gewährte General Kurvits einen Vertreter des polnischen Blattes „Czytelny Poranny“ eine Unterredung, in welcher er betonte, daß die zwischen Polen und Estland bestehende Freundschaft durch nichts getrübt werden könnte.

Dorpat, d. 2. Juli 1939.

L. v. Middendorff.

Wissenschaftliche Umschau

Deutsche Forschung im baltischen Raum

Baltische Lande. Herausgegeben von Albert Brackmann und Carl Engel. 1. Bd. Ostbaltische Frühzeit. Mit 277 Abbildungen, sowie 1 mehrfarbigen und 1 einfarbigen Karte. Verlag von S. Hirzel in Leipzig 1939. 498 S.

„Recht bleibt und löst sich nicht unterdrücken, ihm müssen weichen alle böse Suchen“. Mit der Abbildung des Bildsteins aus dem Rathaus in Reval, der diese Inschrift trägt, beginnt die großangelegte Schriftenreihe, deren Ziel es ist, der Erschließung der wechselvollen Geschichte der Baltischen Länder, der Wesensart ihrer Kultur und ihrer Völkstümer zu dienen. Diese im Geiste einer neuen Forschungsrichtung versuchte Gesamtschau eines Sonderraums von möglichst allen für ihre Bewertung in Frage kommenden Gesichtspunkten aus, machte natürlich eine Verteilung der Einzelthemen an Sachkenner notwendig, wobei die in manchen Fragen verschiedene Stellungnahme der einzelnen Mitarbeiter, wie es auch die Herausgeber im Vorwort aussprechen, dem Werke nur zum Vorteil gereicht, da es so den Leser mitten in die Welt der lebendigen Forschung führt.

Die ersten 6 Aufsätze vermitteln eine genaue Kenntnis von Land und Leuten.

Paul W. Thomsen bringt eine „Ubersicht über die nachweiszeitliche Entwicklung des ostbaltischen Gebietes mit besonderer Berücksichtigung des Nord-Westens“. Werner Giere behandelt „Raum und Besiedlung im frühgeschichtlichen Alt-Livland, wobei er feststellt, daß das Land schon um 1300 eine in ihren entscheidenden Zügen deutsch geprägte Kulturlandschaft war. Aber „die Ostseesinnen im Baltikum“ und „Baltische Sprachen und Völker“ schreibt B. Ki-

parsky. E. E. Karsten untersucht das „Altgermanische Sprachgut in den ostbaltischen Ländern“. Der sehr viel Hypothesen enthaltende Aufsatz zeigt, daß auf diesem Forschungsgebiet noch verhältnismäßig wenig Ergebnisse feststehen. Wichtig ist die Behauptung auf S. 76, daß die Letten „Eistland“ Vidseme nennen.

Sophie Ehrhardt berichtet in ihrem Beitrag „Zur Rassenkunde und Rassengeschichte der Baltischen Länder und Ostpreußens“ über die bisherigen Untersuchungsergebnisse auf diesem Gebiet, die noch große Lücken aufweisen. Sie kommt aber doch schon zum Ergebnis, daß das Rassenbild aller baltischen Völker wesentlich nordisch-ostbaltisch ist, wobei der nordische Anteil der Letten, zumal im Westen, stärker ist als der der Esten. Dem Aufsatz sind zahlreiche Abbildungen, vor allem von Esten, und Tabellen der Körper- und Kopfmaße der einzelnen Völker beigelegt.

Die eigentlich historischen Beiträge beginnen mit der Arbeit von Leonid Arbusow: „Die mittelalterliche Schriftüberlieferung als Quelle für die Frühgeschichte der ostbaltischen Völker“. Nach einer genauen Behandlung der ländlichen und völkerkundlichen Darstellungen folgen die geschichtlichen Darstellungen, die Urkunden und Akten und schließlich eine Zusammenfassung über die Gesamtstellung der ostbaltischen Völker im 13. Jh., die ihr Einrücken in den mittelalterlichen Kosmos zeigt. Arbusow bringt dabei eine Fülle von Anregungen und wirft viele noch zu lösende Fragen auf. Unter anderem wird der völlig einwandfreie Nachweis erbracht, daß der Chronist Heinrich von Lettland — entgegen manchen neueren Behauptungen — doch ein Deutscher war. — Es folgt ein Beitrag von Heinrich Laakmann über „Estland und Liv-

land in frühgeschichtlicher Zeit". Die einzelnen Völker und Landschaften werden hier ausführlich behandelt, im besondern auch die Siedlungsformen und die sozialen und staatlichen Verhältnisse, wobei der Verfasser u. a. feststellt, daß Einzelhöfe und Streudörfer im Hügelland, auf schlechtem Boden zu finden sind, während Reihendörfer, die einen entwickelten Ackerbau verlangen, in der Ebene auf gutem Boden angelegt wurden. Mehrere mit genauen Erläuterungen versehene Abbildungen der verschiedenen Dorftypen veranschaulichen die einzelnen Siedlungsformen. Ferner enthält der Beitrag eine Darstellung der Eroberung Livlands und Estlands im Zusammenhange der damaligen großen Politik. —

Paul Johansen schreibt über „Kurlands Bewohner zu Anfang der historischen Zeit". Zunächst schildert er sehr lebendig die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Nordgermanen und Kuren und deren Unterwerfung durch die Deutschen. Es ist dabei wohl nur den wenigsten bekannt, daß sich 1261 der Deutsche Orden mit dem Gedanken trug, die unzuverlässigen Kuren aus ihrem Landbesitz zu verdrängen und deutsche Siedler ins Land zu rufen. Ein Plan, der scheiterte, weil sich der deutsche Bauer nicht in dieses unstrittene Gebiet wagte. — Ferner wendet sich der Verfasser den Liven in Kurland zu. Durch eine sehr genaue Untersuchung der Quellen, vor allem auch der Personen- und Ortsnamen, kommt er zum Ergebnis, daß „Kurland bis gegen 1236 für Dseler, Esten und Liven kolonialer Boden war und die Liven dort die herrschende Oberschicht bildeten", die erst nach der Eroberung Dsels durch die Deutschen zusammenbrach. Die Bedeutung der Liven, eines Volkes, das in Blut und Kultur viel Nordisches übernommen hatte, wird dabei besonders hervorgehoben und festgestellt, daß livisch als Verkehrssprache von Me-

mel bis Finnland verstanden wurde, und sich auch in Semgallen livische Spuren finden.

H. Bauer bringt in seinem Aufsatz über „Semgallen und Upmale in frühgeschichtlicher Zeit" einen geschichtlichen Überblick über die Unterwerfung dieser Länder durch die Deutschen, wobei die Bedeutung der Litauer in diesen Kämpfen klargestellt wird. Auch hier zeigt es sich, daß die Kämpfe im Baltikum nur in größeren politischen Zusammenhängen verstanden werden können. Ferner untersucht Bauer sehr genau die einzelnen Landschaften Semgallens. Upmale, das Land an Muhs und Memel, scheint damals Wildnis gewesen zu sein; es galt als ein Teil Semgallens. — Es folgt ein Aufsatz von Hans Mortensen über die „Landschaft und Besiedlung Litauens in frühgeschichtlicher Zeit". — Eine Frage, der sich besonders lettische Gelehrte in den letzten Jahren viel zugewandt haben ist, die der ältesten Geschichte Rigas. In seinem Beitrag „Die Gründungsgeschichte Rigas" geht Heinrich Laakmann auf diese Arbeiten der lettischen Forscher genau ein, kann sich aber ihren Argumenten nicht anschließen und führt den Nachweis, daß es ein vordritisches Riga nicht gegeben hat. — Leonid Urbusow untersucht „die deutsche Einwanderung im 13. Jahrhundert". Zugleich mit einer Übersicht über den bisherigen Stand der Forschung zeigt er wichtige neue Aufgaben. So hält er auch die Frage, warum der deutsche Bauer ausblieb, noch immer nicht für genügend geklärt. Wenn über die Geistlichkeit, den Ritterstand und die städtischen Ratsegeschlechter schon zahlreiche Arbeiten vorliegen, ist die Einwanderung der übrigen Bürger, vor allem der Handwerker, noch kaum untersucht. Auch das Archivmaterial der westfälischen Städte ist noch nicht genügend ausgewertet worden. Zusammenfassend stellt er fest, daß unter der

Geistlichkeit, den Vasallen und im Schwertbrüderorden die Niederachsen überwogen, während die Bürger vorwiegend Westfalen waren. Es wanderten die aktivsten, bewußtesten, für ihre Sache am stärksten begeisterten Vertreter der einzelnen Stände ein, wobei nie die Zahl der Einwanderer, sondern das Maß ihres Willens und Könnens ausschlaggebend war. —

Die geistesgeschichtlichen Beiträge werden durch *Lutz Mackensen* eingeleitet („Zur deutschen Literaturgeschichte Alt-Livlands“), der genauer auf das Rigaer Prophetenspiel von 1205 und vor allem auf die livländische Reimchronik eingeht. — *Hubert Schrader* behandelt im Aufsatz „Zur frühen Kunstgeschichte in den Baltischen Ländern“ vor allem die Frage, ob der Dom in Riga von vornherein als Halle geplant war, wie es *Otto Freymuth-Dorpat* beweisen zu können glaubt. Ohne eine Entscheidung zu fällen, zeigt *Schrader* doch die Großartigkeit und Kühnheit dieses machtvollen Bauwesens auf. — Dem Gedanken *Heinz Lüfflers* ist der Beitrag von *Karl Heinz Clasen*: „Grundlagen baltendeutscher Kunstgeschichte“ gewidmet. Er behandelt zuerst den geographischen Raum und sein geschichtliches Schicksal und dann die kunstgeschichtliche Leistung, wobei die mittelalterlichen baltendeutschen Kunstleistungen, vor allem natürlich die Bauten, in ihrem Zusammenhang mit dem Reich gezeigt werden. Trotz der engen Beziehungen zu Nordwest-Deutschland, bezw. dem Hansegebiet meint der Verfasser eine gewisse Selbstständigkeit der Bauten in Alt-Livland feststellen zu können. Bedauerlich ist es, daß die Beschriftung der zahlreichen, größtenteils ganz vortrefflichen Abbildungen nicht durchweg sorgfältig erfolgte. So z. B. Abb. 234 Hapsal, Kirche u. Ordensburg, — tatsächlich bischöfliche Burg und Abb. 254 Wenden St. Johannis-kirche, Inneres gegen Westen, tatsächlich gegen Osten. — Im letzten Aufsatz

des Bandes „Baltische Lande — Schicksal und Name. Umriss der äußeren geschichtlichen Wandlungen seit dem 13. Jahrhundert im Spiegel des Landesnamens“ hat *Reinhard Wittram* das sehr zerstreute Material zu diesem Thema gesammelt und ausgewertet. —

Unsere Besprechung konnte nur die Aufgabe haben, den Leser auf das Werk aufmerksam zu machen. Eine genaue Auswertung der einzelnen Aufsätze muß der Fachliteratur vorbehalten bleiben. Eins steht aber fest: die deutsche Wissenschaft hat durch dies Buch den Nachweis erbracht, daß sie auch heute auf den Gebieten der Geschichte und Landeskunde der baltischen Länder zu Hause ist. Die starke Beteiligung gerade baltendeutscher Forscher bei diesem Werk kann uns mit besonderer Genugtung erfüllen. Dem im Vorwort versprochenen baldigen Erscheinen des 2. Bandes, der die Vorzeit behandelt, sehen alle baltischen Historiker mit Spannung entgegen. —

W. Lenz.

Die Estländische Ritterschaft

H. v. Wedel, Die Estländische Ritterschaft vornehmlich zwischen 1710 und 1783. Das erste Jahrhundert russischer Herrschaft. Osteuropäische Forschungen, Neue Folge Band 18, Königsberg und Berlin 1935.

Die estländische Ritterschaft, die älteste der ehrwürdigen ritterschaftlichen Korporationen der baltischen Lande, ist eines der eigenartigsten politischen Gebilde in der Geschichte des deutschen Volkes. Von der Mitte des 13. Jahrhunderts, seit sich im nördlichsten Lande der deutschen Schwertmission die Gemeinschaft der ritterlichen Vasallen bildete, bis zur Aufhebung der Ritterschaften in der Republik Estli 1920 ist diese deutsche Standeschaft ein sozialer und politischer Faktor von einzigartiger Rechtskontinuität gewesen, dessen politische Bedeutung im Grunde nur

noch mit derjenigen der baltischen Schwes-
terkorporationen verglichen werden kann,
die in ihr lange ihr Beispiel und Vorbild
sahen. Trägerin einer weitgehenden Selbst-
verwaltung, die der Provinz Estland bis
ins 19. Jahrhundert hinein den Charakter
eines Adelslandes verlieh, hat die Rör-
perschaft alle Herrschaftswchsel seit dem
Niedergang der dänischen Großmacht über
den Zusammenbruch des Deutschen Ordens
bis zur Zerschlagung des petrinischen
Rußland überdauert, — seit dem Aufkommen
der Nationaldemokratien ein offener An-
achronismus, aber immer noch mit einer
Lebenskraft ausgestattet, die, aus den na-
tionalen Antrieben einer deutschen Auf-
gabe im Osten gespeist, in der Gestalt
ihres letzten Ritterschaftshauptmannes
Eduard Frhr. von Dellingshausen dem
Deutschtum im Osten noch einmal einen
staatsmännischen Charakter schenkte.

Die letzte große osteuropäische Zeit-
wende vor dem Ausgang des Weltkriegs,
der Durchbruch Rußlands an die Ostsee
im Nordischen Kriege, stellte auch das
Deutschtum der baltischen Lande vor neue
Aufgaben. Daß das Land nicht zur Be-
deutungslosigkeit eines russischen Gou-
vernements herabsank, verdankte es der
rechtlichen Sonderstellung seiner deut-
schen Korporationen. Die wesentlichsten
Wirkungen im volkspolitischen Hinsicht
hatte die Begründung der Matrikel, des
Verzeichnisses der zur Ritterschaft gehö-
rigen Geschlechter, durch die der auf der
russischen Rangtabelle beruhende Beam-
tenadel ausgesperrt wurde. Dank der
Schließung der Matrikel konnte die Rit-
terschaft ihren deutschen Charakter bewah-
ren und ein landsässiger politischer Adel
bleiben, und nur als solcher war sie im-
stande, im Zeitalter des aufkommenden
Nationalismus ihre deutsche Aufgabe im
Verbande des autokratisch regierten russi-
schen Reiches zu erfüllen.

Von der estländischen Ritterschaft im

ersten Jahrhundert russischer Herrschaft
gibt das Buch, auf das hier hingewiesen
werden soll, ein wissenschaftliches Bild,
das auf eingehenden Archivforschungen
beruht. Die Arbeit ist bereits vor zehn
Jahren abgeschlossen worden, besitzt aber
als systematische Darstellung der ritter-
schaftlichen Selbstverwaltung, ihrer Grund-
lagen und ihrer Organe den bleibenden
Wert einer materialreichen, den Gegen-
stand gründlich ausschöpfenden Untersu-
chung; einzelne kleine Irrtümer nachzu-
weisen oder Ergänzungswünsche auszu-
sprechen kann nicht die Aufgabe dieser An-
zeige sein. — Nach einer Würdigung der
Bedingungen des Anschlusses an Ruß-
land, der Kapitulation von 1710, läßt v.
Wedel ein interessantes Kapitel „Wesen
und Zusammensetzung der Ritterschaft“
folgen, worauf im systematischen Haupt-
teil die Rittergüter als Grundlage der
Ständemacht, die Organe der Selbstver-
waltung, die ständische Zentralverwaltung,
die staatlichen Provinzialbehörden, die
öffentlichen Lasten und die Organisation
der Justiz und Polizei dargestellt werden.
Mit Recht wird die einzigartige (auch
von den livländischen Verhältnissen ver-
schiedene) obrigkeitliche Stellung des est-
ländischen Landratskollegiums hervor-
gehoben. Die staatlichen Behörden traten
an Bedeutung hinter den ständischen weit
zurück, deren Beamte nicht einmal der
Bestätigung durch die staatlichen Organe
bedurften. Bei der Unterwerfung hatte
die Ritterschaft sich u. a. einen deutschen
und evangelischen Gouverneur ausbedun-
gen und das Deutsche als Amtssprache
gesichert. Im 18. Jahrhundert war — mit
wenigen Ausnahmen — der in Reval re-
sidentierende oberste Vertreter der russischen
Staatsgewalt tatsächlich fast immer ein
Deutscher.

Modernen russischen Kritikern erschien
das verwickelte Gefüge der ständischen
Berechtigungen als ein höchst widerwärtiges

Gestrüpp längst veralteter Rechtsformen, und als antiquiert konnte die estländische Selbstverwaltung mit dem gleichen Recht gelten wie noch heutzutage gewisse Grundlagen etwa der englischen Verfassung. Die Lebenskraft, die ihr innewohnte, beruhte weniger auf der Zweckmäßigkeit ihrer im Lauf der Jahrhunderte langsam ausgebildeten Formen, als auf dem Geist, der sie befeelte, d. h. auf dem politischen Charakter der deutschen Standschaft, die in der Ausübung ihrer Rechte die Erfüllung eines sehr bewußt empfundenen Ehrendienstes sah.

m. w.

Carlleb Merkel

Karl Christoph von Strigly: Carlleb Merkel und „Die Letten am Ende des philosophischen Jahrhunderts“. (Mitteilungen aus der baltischen Geschichte, I. Band, 2. Heft.) X und 65 Seiten, 3 Abb., Riga, E. Bruhns, 1939.

Vor 70 Jahren glaubte Heinrich Diederichs über den Verfasser der „Letten am Ende des philosophischen Jahrhunderts“ als über eine endgültig der Vergangenheit angehörenden Persönlichkeit das abschließende Urteil fällen zu können. Gerade damals jedoch begann eine heute noch nicht abgeschlossene Zeit erneuter Wirkung dieses Mannes. Der i. J. 1868 gegründete Rigasche „Lettische Verein“ setzte ihm zu seinem 100. Geburtstag ein Grabdenkmal, und bald darauf feierte ihn Christian Waldemar, einer der ersten lettischen Nationalisten, in seiner in Moskau erschienenen Schrift „Vaterländisches und Gemeinnütziges“ als den Freiheitsapostel der Letten und Esten. Seitdem ist Merkel immer wieder von Letten gelesen und gefeiert worden, und noch heute gilt er als der „Altwater des lettischen Nationalismus“, dessen Hauptwerk — erst 1905 in lettischer Sprache herausgegeben — zugleich an den Anfang der lettischen Geschichtswissenschaft gestellt wird und in der Tat ihre Grundideen bestimmt hat.

Das alles ist genügend Anlaß, daß heute noch einmal von deutscher wissenschaftlicher Seite Leben und Werk dieses Mannes untersucht werden. Der Verfasser der vorliegenden Veröffentlichung hat das unter sorgfältiger Prüfung aller erreichbaren Quellen sowie der deutschen und lettischen Literatur unternommen. Er hat sich dabei mit Recht auf Merkels Hauptschrift („Die Letten“) beschränkt, durch die allein Merkel historische Bedeutung besitzt. Zu ihrer Entstehungsgeschichte hat er im Anhang 3 aufschlußreiche Stücke aus Merkels Nachlaß, 2 Briefe an den Generalsuperintendenten Sonntag und eine autobiographische Aufzeichnung zum Abdruck gebracht.

In einer sehr gelungenen Biographie der Jugendjahre Merkels (S. 9—19) wird uns der sonderbare Charakter dieses Mannes verständlich. Vom 57 Jahre älteren, verbitterten Vater, dessen sich übrigens auch eine lettische Legendenbildung bemächtigt hat (S. 56, Anm. 31), einseitig spekulativ geistig erzogen, ist Merkel schon in seiner Schulzeit der „Einspänner“, dem Kameradschaft und Einordnung fremd sind. Herber soll von ihm gesagt haben (S. 13), auf seiner Stirne stehe deutlich die Devise: „Ich diene nicht“. Ohne eine Berufsausbildung, hin und her geworfen, schließlich mehrere Jahre als Hofmeister auf dem Lande, hatte Merkel einen schweren Weg bis zur Möglichkeit freien Schriftstellertums, als dessen erste Tat die „Letten“ gelten dürfen.

Es ist sehr charakteristisch für Merkel, daß er die Welt- und Geschichtsauffassung (S. 25—30), die er sich früh erwarb, unverändert bis in sein hohes Alter — schließlich ein lebender Anachronismus — beibehielt. In eingehender Analyse des Hauptwerkes hat v. Strigly nachgewiesen, wie stark Merkel, der in den Tatsachen vielfach einheimischen Vorläufern folgte, im Begrifflichen von Rousseau und bis

in den Aufbau seines Buches von Raynal, einem bekannten Popularisator der Aufklärungsideen und Verfasser einer Geschichte der europäischen Kolonien in Indien, abhängig ist (S. 27 u. Anm. 125—130). Merkwürdig ist es, daß der Mann, der als Vater der lettischen Geschichtswissenschaft gilt, es selbst ablehnte, Historiker zu sein (S. 29 f.). Historisches Forschen betrachtete er als geisttötendes Sammlergewerbe. Nicht Geschichtsschreibung war sein Ziel, sondern „seinem Vaterlande zu geben, wessen es am meisten bedürfte: Publizität“.

Originalität, welche H. Diederichs dem Verfasser der „Letten“ absprach, sieht v. Strigly in Merkels nationaler Auffassung der Bauernfrage. Merkel, für den das Wesen der Geschichte „Biographie eines Volkes“ war (S. 31), habe zuerst die Letten als Nation und als die eigentlichen Bürger Livlands betrachtet. Vielleicht ist hier Merkel zu sehr für sich gesehen. Schon vor Merkel haben livl. und kurl. Pastoren (Bergmann, Börger, Harber, Stender) in ihrer sprach- und volkswissenschaftlichen Arbeit die Letten als Volk empfunden und daher auch nach ihrer Vorgeschichte gefragt. Wie Strigly selbst bemerkt, ist anzunehmen, wenn auch wegen der seltenen Quellenangaben bei Merkel nicht sicher festzustellen, daß dieser Schölers „Allgemeine Geschichte des Nordens“ (1771) und den Abschnitt über die Letten in Herders „Ideen“ (1791) gekannt hat.

Etwas zu isoliert scheint mir auch Merkels Verhältnis zu Heimat und Volkstum gesehen zu sein (S. 30—36). Daß Merkel nicht die Fühlung mit den Landesangelegenheiten besaß, die z. B. den Freiherrn von Schoultz-Alscheraden oder selbst den Generalsuperintendenten Sonntag auszeichnete, lag schließlich im Wesen der Landesverfassung begründet. Mit vielen seiner landfremden Urteile dürfte Merkel innerhalb des Literatenstandes nicht

ganz allein gestanden haben. Die Brandmarfung als „völkisch wurzellos“ scheint mir an sich schwer in einer Zeit anwendbar, die ein betontes Nationalgefühl noch kaum kannte. Merkel hat immerhin mehr als viele andere davon aufzuweisen. Königin Luise nannte ihn wegen seines publizistischen Kampfes gegen Napoleon, den er in Deutschland begann und in Riga fortführte, die „letzte Stimme Deutschlands“. Die aufkommende deutsche Nationalbewegung hat er freilich in der Starrheit seiner aufklärerischen Haltung abgelehnt. Seine stark betonte Bindung an das russische Reich, die ihn 1799 eine Einladung nach Frankreich ausschlagen ließ, ist doch für das Livländertum der Kriege gegen Napoleon und bis in die vierziger Jahre nichts Außergewöhnliches gewesen.

Sorgfältig hat v. Strigly Merkels Arbeitsweise untersucht (S. 36—43). Er konnte Sinnveränderungen von Zitaten nachweisen und in den Fällen, wo Merkel nach (gerichtlichen) Akten gearbeitet hat, gewisse tendenziöse Unvollständigkeiten, die den Ernst, mit dem livländische Gerichte die Mißhandlung von Leibeigenen ahndeten, herabsagen sollten. Wir haben also auch danach Anlaß, die Wirklichkeitstreue des von Merkel in den „Letten“ gegebenen Bildes zu bezweifeln. Schließlich hat Merkel diese nicht einmal selbst gewollt, wenn er in der Einleitung zu seiner Schrift sagen konnte: „Eigentlich historische Urkunden suche man nicht in derselben. Die ich brauchen könnte, müßte beweisen, daß der Lette Sklave sei.“

Was die Nachwirkungen Merkelscher Gedanken betrifft, (S. 44—50), so scheint ihr Einfluß auf den Gang der Reformen, den Herder annahm und den Merkel selbst jedenfalls stark überschätzt hat, nicht groß gewesen zu sein. Es wird bei dem Urteil, das N. J. L. v. Samson-Simmelfstjerna 1838 abgab, bleiben, daß Merkels Buch „auf die jungen Leute damaliger Zeit aufs

beste wirkte.“ — Bedeutsamer als die praktischen sind die ideellen Nachwirkungen gewesen. Vielleicht geht v. Strizky (S. 47) zu weit, wenn er alle Kritik, die im 19. Jahrhundert am ständisch-korporativen Aufbau des Landes geübt wurde, auf die Anschauungen, die Merkel in seinen „Letten“ entwickelt hatte, zurückführen will. Denn hierfür kam auch die nationale und liberale Bewegung des Mutterlandes in Frage. Schwer zu überschätzen ist jedoch die Wirkung, die Merckels Schrift auf die Entstehung und Entwicklung der lettisch-nationalen Idee gehabt haben. Diese ihre Bedeutung wird immer unbestritten bleiben, auch wenn die Unrichtigkeit des in ihr gezeigten Bildes einmal von allen Seiten erkannt und anerkannt sein wird. Mit großer Sachlichkeit und einem dem Stoff angemessenen Takt hat v. Strizky alles getan, um in endgültiger Form einem Manne gerecht zu werden, dessen Hauptwerk — vielleicht gegen seinen Wunsch — der Nahrung nationalen Hasses diente, und der trotzdem heute, da nicht mehr ein ständisches Interesse, sondern die Lebensgemeinschaft des Gesamtvolkes maßgebend ist, als ein Stück deutschen Schicksals verstanden werden kann.

Heinrich Schaublin

„Die Pastoren Hfels seit der Reformation“ von Arved v. Schmidt, vereid. Rechtsanwalt, erschienen als Band 5 der Abhandlungen des Instituts für wissenschaftliche Heimatforschung an der Livländischen Gemeinnützigen u. Economischen Sozietät, Tartu 1939.

Der Verfasser hat seiner Arbeit ein Manuskript seines 1871 verstorbenen Großvaters, des Hfelschen Superintendenten Gottlob Alexander von Schmidt zugrunde gelegt. Er hat einen verlorengegangenen Teil des Manuskripts rekonstruiert und die Daten bis zur Gegenwart fortgesetzt. Als Resultat liegt nun eine wertvolle Arbeit vor uns, in der wir in

knapper Fassung alles finden, was wir, besonders vom genealogischen Gesichtspunkte aus, über die Pastoren Hfels wissen wollen. Durch diese Arbeit ist eine Lücke geschlossen, die sich oft bei genealogischen Forschungen fühlbar machte. Aber die Pastoren von Riga, Kur-, Liv- und Estland waren wir durch die Arbeiten von Bergmann, Rapiersky, Pauker, Kallmeyer und Otto unterrichtet, nur für Hfel hatte es bisher an einem Bearbeiter gefehlt. Die Arbeiten über die Pastoren Liv- und Estlands sind freilich stark veraltet und gehören schon zu den bibliographischen Seltenheiten. Es wäre erfreulich, wenn die Schmidtsche Arbeit dazu anregen würde, daß die Pastoren Estlands neu bearbeitet werden, für das ehemalige Gouvernement Livland steht eine Edition in Aussicht.

M. N.

Der Wanderweg der Russlanddeutschen. Jahrbuch der Hauptstelle für die Sippenkunde des Deutschtums im Ausland. Mit 16 Originalkarten und 21 Bildern. Herausgegeben vom Deutschen Ausland-Institut. 4. Jahrgang 1939. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart und Berlin.

In 22 Aufsätzen wird die Herkunft der Russlanddeutschen, ihre Wanderung innerhalb Russlands und die Auswanderung aus Russland nach Abeksee behandelt. Zahlreiche Verzeichnisse und eine sippenkundliche Bibliographie machen das Werk für jeden Familienforscher, der sich mit dem Russlanddeutschtum befaßt, wertvoll. Es fehlt auch nicht an haltendeutschen Beziehungen, so finden sich in den von Karl Stumpp bearbeiteten Lübecker Traulisten u. a. die bekannten „Hirschenhöfer“ Namen Schwachheimer, Wagnus und Popp.

Annelise Nölle bringt in dem Aufsatz „Zur Wirksamkeit des baltischen Adels in

Rußland, vor allem unter Alexander I und Nikolaus I" eine gute Übersicht über dieses Gebiet baltendeutscher Leistung. Leider ist auf Seite 146 Anm. 8 aus R. Wittram — R. Wittmann gemacht, ein Fehler, der heute wohl vermieden werden könnte. Ferner sei noch auf den Auffas von Friedrich Rink „Das Wolhyniendeutschtum“ verwiesen. Ein genaues Verzeichnis der Familien- und Ortsnamen erleichtert die Benutzung des Bandes.

W. E.

Hans Quednau: „Livland im politischen Wollen Herzog Albrechts von Preußen.“ Ein Beitrag zur Geschichte des Herzogtums Preußen und des preußisch-livländischen Verhältnisses 1525—1540. Deutschland und der Osten Bd. 12. 12. 201 S. Leipzig 1939, Verlag von E. Sirzel.

Es ist eine sehr gut geschriebene und interessante Dissertation über ein Thema der Geschichte des alten Livland, die uns vorliegt. Ein recht umfangreiches Quellenmaterial ist der Arbeit zu Grunde gelegt, das in vielen Fragen zu neuen Erkenntnissen führt. Vor allem aber kann es begrüßt werden, das hier ein Teil der letzten Epoche des livländischen Ordensstaates vom Gesichtspunkte des neu entstehenden und um seine Existenz ringenden protestantischen Herzogtums Preußen gesehen wird. Es ist dies ein Blickpunkt, von dem aus wohl manche Züge der Geschichte des späteren Herzogtums der Kettler und Biron in unserem Lande gesehen werden könnten.

Interessant ist es immer wieder verfolgen zu können, wie der Ordensstaat im politischen Wollen des Herzogs Albrecht Ziel und Mittel der Politik zugleich ist, und das seine Livlandpolitik aufs engste mit seinen Beziehungen zum Reich und zu seinem polnischen Lebens-

herrn verknüpft ist, ja letzten Endes nur von da aus verstanden werden kann.

Der Hauptteil der Arbeit ist dem erzbischöflichen Koadjutor Markgraf Wilhelm von Brandenburg gewidmet, der als Bruder des Herzogs Albrecht und in seinem Interesse vom Erzbischof Riga aus die von Plettenberg abgelehnte Säkularisierung ganz Livlands durchzuführen hoffte. Die vielfältigen Gründe für das Scheitern dieses letzten Versuches, die Kräfte GesamtLivlands auf der Grundlage eines evangelischen Landesfürstentums neu zu organisieren, sind in der vorliegenden Arbeit ausführlich behandelt. Das der Verfasser die nationale Zielsetzung Herzog Albrechts hervorhebt, ist sehr verdienstlich, dagegen darf man auch hierin nicht zu weit gehen, weil gerade bei Herzog Albrecht rein dynastische Ziele vielfach den stärkeren Hintergrund seines Handelns bestimmt haben mögen. Ein wertender Vergleich der Stellungnahme Albrechts und Plettenbergs zur Frage der Entscheidung der Geschichte AltLivlands vom gesamtdeutschen Interesse her scheint nicht gerechtfertigt, da nicht nur die raumpolitische und strategische Lage AltLivlands am Rande des russischen Raumes, sondern auch die Sondergeschichte dieses doch immer Kolonie gebliebenen Landes ganz besonders berücksichtigt werden muß.

Wenn gelegentlich von einem „baltischen Ordenszweig“ oder einer „livländischen Volksgruppe“ die Rede ist, so kann das heute nur befremden und dürfte beim binnendeutschen Leser zu erheblichen Mißverständnissen führen.

Im Ubrigen ist es sehr zu begrüßen, das gerade die Frage der nationalen und protestantischen Politik des ersten preußischen Herzogs vom Gesichtspunkte der engen Zusammengehörigkeit der beiden Teile des alten Ordenslandes gezeigt wird.

Jürgen von Seh n: „Die lettisch-literarische Gesellschaft und das Lettentum“. Schriften der Albertus-Universität. Geisteswissenschaftliche Reihe, Bd. 21.

Die lettisch-literarische Gesellschaft wurde von deutschen Geistlichen 1824 gegründet; ihr Ziel war es, „die lettische Sprache allgemein auszubilden“, zu einer Zeit, als die gebildeten Kreise in den damaligen Ostseeprovinzen zum großen Teil an den Bestand des lettischen Volkes nicht glaubten. Durch diese Frage ist die Tätigkeit der „Gesellschaft der Lettenfreunde“ (so lautete ihr Name in lettischer Sprache) nicht gehemmt worden; ganz uneigennützig arbeiteten deutsche Pastoren zum Wohle ihrer lettischen Gemeindeglieder an der Entwicklung der lettischen Sprache und Literatur. Bis in die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden alle wissenschaftlichen Arbeiten in lettischer Sprache in Verbindung mit der Gesellschaft; aber auch noch zu einer Zeit, als schon eine eigene lettische Wissenschaft im Entstehen war, hatten die Arbeiten der deutschen Forscher die größte Bedeutung, so vor allem die Aug. Bielensteins, der von 1864—1895 Präsident der Gesellschaft war. Durch seine vielseitigen Forschungen ist er zum Begründer der lettischen Volkskunde im weitesten Sinne des Wortes geworden. —

Obwohl der Gesellschaft eine politische Tätigkeit fern lag, wurde sie natürlich von den Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Letten doch berührt. Als in den 40er Jahren infolge der Konversionsbewegungen die Befürchtung einer Russifizierung entstand, wurde deutscherseits erneut die Frage der Germanisierung der Letten aufgeworfen und auch in der lett.-lit. Gesellschaft verhandelt. Es ist interessant, daß sich dabei ein selbst fast ganz germanisierter Lette, Dr. Baar, gegen die Germanisierung aussprach, sie zum mindesten für verspätet und daher für undurch-

föhrbar hielt, während noch ein Jahrzehnt später ein anderer germanisierter Lette, der Pastor Georg Neiken, ein überzeugter Anhänger der Verdeutschung der Letten war. Die Mehrzahl der deutschen Pastoren (eine Ausnahme bildete bekanntlich Bischof Ferdinand Walter) lehnte eine Germanisierung ab, weil sie „ein Eingriff in das Walten Gottes und seine Absichten“ wäre.

Für den entstehenden lettischen Nationalismus hatte die Gesellschaft trotzdem wenig Verständnis; das Junglettentum wurde als eine krankhafte Erscheinung aufgefaßt, seinen Führern jegliche ideale Motive abgesprochen. Trotz der zahlreichen Spannungen kam es am Ende des Jahrhunderts wieder zu einer scheinbaren Annäherung. Es traten wieder viele Letten in die Gesellschaft ein, ohne jedoch sich dadurch den Deutschen tatsächlich zu nähern. Die Ereignisse des Jahres 1905 führten dann zu einem Bruch: von den 199 Mitgliedern wurden 55 wegen ihrer revolutionären Betätigung ausgeschlossen. Die Einwirkung der Gesellschaft auf das lettische Volk hörte nun immer mehr auf, nach dem Weltkrieg hat sie keine Bedeutung mehr gewonnen.

Der Verfasser hat durch seine Arbeit eine empfindliche Lücke in der baltendeutschen historischen Literatur geschlossen. Wer sich mit der Entwicklung des lettischen Schrifttums, den Beziehungen zwischen Deutschen und Letten, ja überhaupt der Geschichte der Letten im 19. Jh. befaßt, kann dieses Buch nicht unberücksichtigt lassen.

W. E.

Volkstum und ständische Ordnung

R. Hoffmann: „Volkstum und ständische Ordnung in Livland. Die Tätigkeit des Generalsuperintendenten Sonntag zur Zeit der ersten Bauernreformen.“

Schr. d. Albertus-Universität. Geisteswiss. Reihe Bd. 23. S. 153. Königsberg und Berlin 1939.

Die evangelische Kirche der ehemaligen russischen Ostseeprovinzen ist reich an großen Persönlichkeiten, Männern, deren Bedeutung nicht nur auf das kirchlich-religiöse Gebiet beschränkt blieb, sondern die mit ihrem Wollen und Handeln tätigen Anteil hatten am Geschick des Landes. In eine Zeit, wo die Grundlagen für eine Strukturwandlung im Lande durch die Agrarreformen, neben der deutschen Bildungsarbeit, der Voraussetzung für das nationale Erwachen der Letten und Esten, gelegt wurden, fällt die Tätigkeit des Generalsuperintendenten Karl Gottlob Sonntag, einer der markantesten Erscheinungen seiner Zeit.

Sonntag selbst stammte gleich vielen anderen damaligen baltendeutschen Geistlichen aus Deutschland, aus Sachsen, wuchs aber durch seine Arbeit so stark in das Land hinein, daß er bald ein viel tieferes Verstehen für seine neue Heimat gewann als der Sohn des Landes Carllieb Merkel, der stets Außenseiter blieb und überdies infolge persönlicher Eitelkeit nie zu völliger Hingabe an die Sache fähig war. Einerseits gehört Sonntag noch ganz der Aufklärung an, andererseits aber zeigen sich bei ihm schon „überraschend wache Beobachtungen über die unterirdischen Gefahren der emanzipierten Bernunft Herrschaft.“

Dazu kam die Prägekraft der baltischen Verhältnisse und der baltischen Geschichte. Als von Petersburg aus der Versuch gemacht wurde, die Sonderstellung der Landeskirche anzutasten, berief er sich auf die Privilegien, die, wie Hoffmann Sonntags Ansicht formuliert, „unverletzlich von außen, so doch... entwicklungsfähig von innen“ seien.

Es ist nicht möglich, im Rahmen einer Besprechung ausführlich Hoffmanns

auf Grund umfangreicher Quellenstudien erarbeiteter Darstellung zu folgen: der Stellungnahme Sonntags und seinem Anteil an der Lösung der Agrarfrage, seiner Haltung gegenüber der Bildung des Landvolkes, seiner Stellung zur Ritterschaft, und seinem Kampf um die Selbstständigkeit der livländischen Kirche. Nur eine uns heute besonders interessierende Frage sei noch herausgegriffen, — Sonntags Wertung des Volkstums.

Wenn auch seinem eigenen Volkstum gegenüber ganz in der Zeit befangen, so stand er doch auch hier ganz anders als Merkel, der gelegentlich schrieb, die Deutschen sollten das Bestreben haben, Russen zu werden, was sie schon längst sein sollten. Sonntag dagegen sagte in einer Pantagespredigt 1812: „Beschämte jene... die da glauben... man könne kein treuer Sohn Rußlands sein, wofern man nicht Rußlands Sprache auf der Amme Schoß gelernt.“ — Diese russische Reichstreue ist damals Allgemeingut und aus der Zeit heraus zu verstehen, besonders wenn man bedenkt, daß Rußland eben als Vorkämpfer gegen napoleonische Unterdrückung hervorgetreten war.

Deutlicher kommt Sonntags Volkstumsauffassung in der Einstellung zum lettischen und estnischen Volk zum Ausdruck. Im Zusammenhang mit den Agrarreformen von 1817/19 war die Frage nach einer Germanisierung der Letten aufgetaucht. Erinneert sei an die bekannte „Mitauer Debatte“. (Ob freilich Hoffmanns Ansicht zutreffend ist, es sei damals den meisten klar geworden, daß die Letten und Esten am Anfang einer Entwicklung ständen, die sie aus der strengen Bindung an die deutsche Oberschicht herauszuführen werde, möchte mir in dieser scharfen Formulierung als fraglich erscheinen; jedenfalls spricht das praktische deutsche Verhalten nicht dafür.) Sonntag war kein grundsätzlicher Gegner des Volks-

tumswechsels, er wollte ihn erschweren, nicht aber unterbinden. Das galt sowohl für den Übergang aus dem lettischen in das deutsche Volkstum als auch für das Umgekehrte. Bei den Klein- und Halbdeutschen fand er es natürlich, daß sie in der lettischen Umgebung Wurzel faßten. Andererseits aber war er der Ansicht, „daß der Unterschied zwischen Nationalen (d. h. den Letten und Esten) und Deutschen an Schärfe verliere und die Eindeutschung der Letten und Esten immer raschere Fortschritte mache!“ An P. v. Goetze schrieb er 1812: „Der Übergang unserer Nationalen in die Deutschesheit wird sich allmählich von selbst machen, aber gemacht werden muß er nicht, noch weniger befohlen...“

Eine Lücke im baltendeutschen historischen Schrifttum gefüllt und uns die Persönlichkeit eines bedeutenden Mannes und seiner Zeit nahe gebracht zu haben, ist das Verdienst der interessanten und in der Problemstellung in die Tiefe gehenden Arbeit.

3. v. Zehn

Beiträge zur Kunde Estlands. Herausgegeben von der Estländischen Literarischen Gesellschaft. 21. Bd., 1. Hest. 1937.

Das erste Heft der neuen — in größerem Format erschienenen — und nunmehr nur geisteswissenschaftlichen Reihe der „Beiträge zur Kunde Estlands“ enthält auf vier Bogen 6 Aufsätze, die zum größten Teile der mittelalterlichen Geschichte gewidmet sind.

Dozent Dr. Gunnar Mickwitz, Helsinki berichtet über die Geschichte des Drucks des ältesten estnischen Buches — des Wanradt-Roellischen Katechismus v. J. 1535 — die aus den Rechnungsbüchern des Revaler Ratsherrn Johann Selhorst hervorgeht. Es ergibt sich ein interessantes Bild von der Art der vielfältigen

Beziehungen mittelalterlicher Kaufleute, die als nahezu einzige Vermittler des internationalen Verkehrs auch für geistige Beziehungen die Vermittlerrolle übernahmen.

Eine bisher unbekannte Silberschüssel des 16. Jahrhunderts Alt-Revaler Herkunft mit biblischen Darstellungen zeigt Prof. Otto Pohrt-Riga in einer kurzen Studie.

An Hand neuer Funde in der Bibliothek der Akademie in Uppsala bringt Dr. Toni Schmid-Stockholm einen Beitrag über „Stundengebet und Heiligenverehrung im Magdalenenkloster zu Riga“, der die bisherigen Kenntnisse von der Gottesdienstordnung und Heiligenverehrung in der Kirche des Rigaer Erzbistums bedeutend vermehrt.

Einen äußerst interessanten Grabungsbericht über zwei Hügelgräber der älteren Eisenzeit Estlands legt Dr. med. U. Friedenthal vor. Wenn sich die Vermutung Friedenthals bestätigen sollte, daß nämlich die viereckigen Steinsetzungen Estlands in jener Zeit Nachbildungen des nordischen Rechteckhauses sind, das in der gleichen Epoche in Gotland und Deland nachgewiesen ist, wäre eine äußerst interessante und wichtige Erkenntnis für die Vorgeschichte Estlands gewonnen. Es bleibt noch abzuwarten, ob das nordische Rechteckhaus in jener Zeit in Estland nachgewiesen werden kann.

Stadtarchivar Dr. P. Johansen-Reval handelt über „Bruchstücke des Landbuches der Ordensmeister für Ruzen und Helmet“, die im Rammerarchiv in Stockholm gefunden worden sind. Besonders wichtig ist hier der Fund zahlreicher Personennamen, die es ermöglichen, in der Frage der estnisch-lettischen Sprach- und Volksgrenze während des 15. Jahrhunderts zu interessanten neuen Schlußfolgerungen zu gelangen.

Der letzte Beitrag von A. Margus-
Reval berichtet über „die Aufnahme des
Leineweberamtes in die St. Olai-
gilde zu Reval, die erst auf Druck von Schwe-
den her im Jahre 1663 erfolgte. Um-
fant und äußerst kennzeichnend für das

starke Selbstgefühl des gildischen Hand-
werkers jener Zeit ist der Briefwechsel
über die Frage der Aufnahme der Leine-
weber, der zwischen der St. Olai-
gilde in Reval und der St. Johannis-
gilde in Riga
geführt wurde.

St.

Mitteilung der Schriftleitung

Wie bereits in dem letzten Jahrgang der „Baltischen Monatshefte“ angebahnt, sollen auch die folgenden Hefte der Zeitschrift jeweils auf ein klar umrissenes Sachgebiet ausgerichtet erscheinen und zwar ist für die Herbsthefte insbesondere die Bearbeitung einiger wirtschaftspolitischer Themen ins Auge gefaßt. Das kommende Septemberheft wird wegen mehrerer erforderlicher Terminverlängerungen jedoch erst gegen Ende des Monats erscheinen, wofür wir die Leser und Bezieher der „Baltischen Monatshefte“ bereits jetzt um Nachsicht bitten. Mit den nachfolgenden Heften soll die kleine Verzögerung im Erscheinen aufgeholt werden, so daß die Hefte wieder, wie vorgesehen, jedesmal am 15. eines Monats dem Bezieher zugehen können.

Mitarbeiter dieses Hefts:

Dr. Karl-Heinz Pfeffer, Leipzig / Dr. Otto Digel, Stuttgart, Deutsches Auslandinstitut / Dr. Paul Kohrbach, Berlin / Dr. Karl Hermann Thiel, Berlin / Dr. Walter Anden, Leipzig / Regierungsrat Dr. Erwin Hölzle, Stuttgart / Dr. Jürgen von Hehn, Riga / Schriftleiter Werner Bormann, Riga / Dr. Lea von Middendorff, Dorpat / Dr. W. Lenz, Riga, Kulturamt der Dt. Volksgemeinschaft / Prof. Dr. K. Wittram, Riga, Herderinstitut / Dr. Heinrich Schaudinn, Zagreb, Jugoslabien / Wilhelm Kaeder, Riga / Karl von Strišky, Riga.

Uz preses likuma pamata atbild par saturu: atbildīgais redaktors Nikolajs Klots.

Redaktors Dr. Heinrichs Bosse.

Redakcijas adrese: Rīgā, M. Monētu ielā 18.

Izdevējs un spiestuve: spiestuves un izdevniecības a/s „Ernst Plates“, Rīgā, M. Monētu ielā 18.

Auf Grund des Pressegesetzes für den Inhalt verantwortlich: Verantwortlicher Schriftleiter Nikolai von Klot.

Schriftleiter Dr. Heinrich Bosse.

Adresse der Redaktion: Riga, M. Monētu ielā 18.

Verlag und Druck: Druckerei und Verlags-A./G. „Ernst Plates“, Riga, M. Monētu ielā 18.

Die
„Rigasche Rundschau“

gegr. 1867

ist die meistgelesene
deutsche Tageszeitung Lettlands

„Revalsche Zeitung“

begründet im Jahre 1860

kulturell, politisch und wirtschaftlich
führendes Blatt in Estland / Vertritt
die politischen und wirtschaftlichen
Interessen des baltischen Deutschtums
in Estland / Eingehende objektive Be-
richterstattung über das gesamte Wirt-
schaftsleben Estlands / Regelmäßige
kursnotierungen.

Demnächst erscheint:

ABHANDLUNGEN DER HERDER-GESELLSCHAFT UND
DES HERDER-INSTITUTS ZU RIGA

SIEBENTER BAND Nr. 1

PRIVATDOZENT OSKAR ZWINGMANN

LEHRBUCH
DES HANDELSRECHTS



Zu beziehen durch die Buchhandlungen und den
Verlag der A.-G. „Ernst Plates“, Riga

M. Monētu telā 18